

EIN VORSCHLAG ZUR BANKREFORM: DIE THEORIE EINER 100-PROZENTIGEN RESERVEPFLICHT

In diesem letzten Kapitel werden wir nach einem kurzen Überblick der Vorschläge, die im zwanzigsten Jahrhundert für die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht im Bankwesen gemacht wurden, unsere Empfehlung für eine Reform des Bankensystems präsentieren. Dieser Vorschlag basiert auf der Praxis der Bankfreiheit, die den traditionellen Rechtsprinzipien unterworfen ist, welche den monetären Bankdepositenvertrag regeln (eine 100-prozentige Reservepflicht). Wir werden dann die Vorteile des vorgeschlagenen System mit denen anderer möglicher System vergleichen, vor allem mit dem gegenwärtigen Bank- und Finanzsystem und mit einem teilgedeckten Bankfreiheitssystem. An dieser Stelle werden wir die verschiedenen Einwände, die gegen den Vorschlag einer Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht gemacht wurden, besprechen und beantworten. Daraufhin werden wir nach der Präsentation eines Programms von Übergangsstufen, welches es praktikabel machen, von unserem gegenwärtigen Bank- und Finanzsystem zum vorgeschlagenen Modell zu wechseln, das Kapitel mit einer Reihe von Bemerkungen zu den spezifischen Fällen der Europäischen Währungsunion und des in den Ländern des ehemaligen Ostblocks im Gange befindlichen Wiederaufbaus des Geld- und Finanzmarktes beenden. Das Buch schließt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Schlussfolgerungen, die gezogen wurden.

1

EIN GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK DER MODERNEN THEORIEN, DIE EINE 100- PROZENTIGE RESERVEPFLICHT UNTERSTÜTZEN

Wir wissen, dass das Misstrauen gegenüber dem Teildeckungsbankwesen zumindest bis zu den salamantinischen Theoretikern des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, David Hume im achtzehnten Jahrhundert, den Theoretikern der Schule Jefferson's und Jackson's in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Vereinigten Staaten und der wichtigen Gruppe von kontinentaleuropäischen Ökonomen des neunzehnten Jahrhunderts (Modeste und Cernuschi in Frankreich; Michaelis, Hübner, Geyer, und Tellkamp in Deutschland) zurück datiert. Weiterhin haben hoch angesehene Wirtschaftswissenschaftler des zwanzigsten Jahrhunderts so wie Ludwig von Mises und mindestens vier Wirtschaftsnobelpreisträger (Friedrich A. von Hayek, Milton Friedman, James Tobin, und Maurice Allais) an einer bestimmten Stelle ihres Lebens die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht für bei Banken platzierte Sichteinlagen gefordert.

DER VORSCHLAG VON LUDWIG VON MISES

Ludwig von Mises war der erste Ökonom des zwanzigsten Jahrhunderts, der die Einführung eines Bankensystems mit einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlagen forderte. Mises gab diese Empfehlung in der ersten Ausgabe seines Buches, *Die Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, aus dem Jahre 1912. Am Ende der ersten Ausgabe in einem Abschnitt, der wörtlich in der zweiten Auflage von 1924 wiederholt wird, kommt Mises zum folgenden Schluss:

Die Umlaufsmittel sind in ihrem Wesen vom Gelde kaum verschieden, sie wirken auf dem Markte in der gleichen Weise als Geldangebot wie das echte Geld; die Veränderungen, die sich im Umlaufsmittelvorrat ergeben, beeinflussen den inneren Tauschwert des Geldes ganz so wie jene, die sich im Geldvorrat ergeben. Mithin wäre es nur konsequent, wenn man auf dem Gebiet des Umlaufsmittelwesens ähnlichen Grundsätzen zum Durchbruch verhelfen wollte wie auf dem des Geldwesens, wenn man sich bestreben würde, auch hier nach Möglichkeit menschliche Beeinflussung des zwischen dem Geld und den übrigen wirtschaftlichen Gütern bestehenden Austauschverhältnisses auszuschalten. Die Möglichkeit, bei der Ausgabe von Umlaufsmitteln auch die zwischen den Gütern höherer und jenen niederer Güterordnungen bestehenden Austauschbeziehungen vorübergehend zu verschieben, und die unheilvollen Folgen, die sich an eine Divergenz des natürlichen Zinsfußes und des Geldzinsfußes knüpfen, müßten ebenfalls in derselben Richtung wirken.

Es leuchtet ein, dass menschlicher Einfluss aus dem Umlaufsmittelwesen nicht anders ausgeschaltet werden kann als durch die Unterdrückung der weiteren Ausgabe von Umlaufsmitteln. Der Grundgedanke der Peelschen Akte müsste wieder aufgenommen und durch Miteinbeziehung der in Form von Kassenführungsguthaben ausgegebenen Umlaufsmittel in das gesetzliche Verbot der Neuausgabe in vollkommenerer Weise durchgeführt werden als dies seinerzeit in England geschah.

Er fügt hinzu:

Es wäre ein Irrtum, wollte man annehmen, dass der Bestand der modernen Organisation des Tauschverkehrs für die Zukunft gesichert sei. Sie trägt in ihrem Innern bereits den Keim der Zerstörung. Die Entwicklung des Umlaufsmittels muss notwendigerweise zu ihrem Zusammenbruch führen¹.

1 Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, S. 418-19.

Mises betrachtet dieses Modell eines idealen Bankensystem erneut in seinem Buch, *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik* aus dem Jahre 1928. Dort lesen wir:

Das wichtigste Erfordernis aller Konjunkturpolitik, mag sie in der Zielsetzung noch so bescheiden sein, lautet: Verzicht auf jeden wir immer gearteten Versuch, den Zinssatz, der sich auf dem Markte bildet, durch bankpolitische Maßnahmen herabzudrücken. Das heißt also: Rückkehr zu dem (jedoch durch Einbeziehung der in Gestalt von Kassenführungsguthaben ausgegebenen Umlaufsmittel, dem Stande unserer Erkenntnis entsprechend, erweiterten) Programm der Currency-Schule, das alle künftige Ausdehnung des Zirkulationskredits und mithin alle weitere Schaffung von Umlaufsmitteln verbieten will. *Die Banken werden verpflichtet, den Gegenwert der ausgegebenen Noten und eröffneten Kassenführungsguthaben von dem absoluten Betrag, der schon heute metallisch gedeckt ist, abgesehen, stets metallisch voll zu decken. Das würde eine vollkommene Neuordnung der Gesetzgebung über die Zentralnotenbanken bedeuten . . . Das allein hieße.... ernstlich Konjunkturpolitik zur Ausschaltung der Krisen betreiben.*²

Zwei Jahre später am 10. Oktober 1930 stellte Mises für das Finanzkomitee des Völkerbunds in Genf ein Memorandum zur „The Suitability of Methods of Ascertaining Changes in the Purchasing Power for the Guidance of International Currency and Banking Policy“ vor. Vor den Geld- und Bankexperten seiner Zeit brachte Mises seine Ideen wie folgt zum Ausdruck:

It is characteristic of the gold standard that the banks are not allowed to increase the amount of notes and bank balances without a gold backing, beyond the total which was in circulation at the time the system was introduced. Peel's Bank Act of 1844, and the various banking laws which are more or less based on it, represent attempts to create a pure gold standard of this kind. *The attempt was incomplete because its restrictions on circulation included only banknotes, leaving out of account bank balances on which cheques could be drawn.* The founders of the Currency School failed to recognize the essential similarity between payments by cheque and payments by banknote.

2 Mises, *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik*, S. 81, Hervorhebung hinzugefügt; eine englische Übersetzung ist zu finden in *On the Manipulation of Money and Credit*, S. 57-173. Die Ausnahme, welche Mises im Text macht, zeigt, dass er ganz im Geiste der Peelschen Bankakte lediglich für eine 100-prozentige Reservepflicht für alle *neu-emittierten* Umlaufsmittel (Kassenführungsguthaben und Noten) eintritt, was bedeuten würde, dass die Menge, welche zum Zeitpunkt des Reformbeginns bereits emittiert ist, würden von Metallgeld ungedeckt bleiben. Die Implementierung des Misesschen Vorschlags würde einen großen Fortschritt bedeuten und könnte in der Praxis relativ einfach erreicht werden, ohne zunächst substantielle Veränderungen der Goldpreises zu verursachen. Der Vorschlag ist jedoch unvollkommen. Er würde die Banken ohne Deckung für die *in der Vergangenheit emittierten* Noten und Depositen zurücklassen und die Banken würden daher besonders anfällig für Vertrauenskrisen sein. Deshalb schlagen wir in diesem Kapitel ein radikaleres Programm vor, welches eine 100-prozentige Reservepflicht für alle Umlaufsmittel (ob bereits emittiert oder nicht) beinhaltet. Bettina Bien Greaves hat den Misesschen Vorschlag im Detail ausgearbeitet in "How to Return to the Gold Standard," *The Freeman: Ideas on Liberty* (November 1995): 703–07.

As a result of this oversight, those responsible for this legislation never accomplished their aim.³

Mises würde später erklären, dass ein Bankensystem, welches auf dem Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht basiert, dazu tendieren würde, die Preise sanft zu drücken, was für die meisten Bürger vorteilhaft wäre, da diese ihre Realeinkommen nicht durch einen nominellen Anstieg ihrer Einkommen erhöhen würden, sondern durch eine kontinuierliche Verringerung der Preise von Konsumgütern und Leistungen bei relativer Konstanz der Nominaleinkommen. Mises hält ein derartiges Geld- und Bankensystem dem gegenwärtigen System, welches von chronischer Inflation und wiederkehrenden Expansions- und Rezessionszyklen befallen ist, für weit überlegen. Mises schließt im Hinblick auf die damals die Welt plagende Rezession:

The root cause of the evil is not in the restrictions, but in the expansion which preceded them. *The policy of the banks does not deserve criticism for having at last called a halt to the expansion of credit, but, rather, for ever having allowed it to begin.*⁴

Zehn Jahre nach der Vorstellung seines Berichts vor dem Völkerbund verteidigte Mises einmal mehr eine 100-prozentige Reservepflicht, diese Mal in der ersten deutschen Ausgabe seiner allumfassenden Abhandlung zur Nationalökonomie, veröffentlicht als *Nationalökonomie: Theorie des Handelns und des Wirtschaftens*. Darin präsentiert Mises erneut seine These, dass die grundlegenden Ideen der Currency Schule die Anwendung einer 100-prozentigen Reservepflicht für alle Umlaufmittel, d.h. nicht nur für Banknoten, sondern auch für Bankdepositen, erfordert. Weiterhin tritt Mises in diesem Buch für die Abschaffung der Zentralbank ein und weist darauf hin, dass solange diese Institution existiert es immer - selbst wenn die Emission neuer Umlaufmittel (Noten und Depositen) strikt verboten ist - die Gefahr besteht, dass „Notsituationen“ des Haushalts als politische Rechtfertigung für die Emission neuer Umlaufmittel herangezogen werden, um bei der Finanzierung des Staatshaushalts zu helfen. Damit antwortet Mises implizit den Theoretikern der Chicago Schule, welche in den 30er Jahren vorschlugen, eine 100-prozentige Reservepflicht für das Bankwesen festzusetzen, jedoch die monetäre Basis dem Staat anzuvertrauen. So sollte die Verantwortung für die Emission und der Kontrolle der Geldmenge der Zentralbank zufallen. Mises betrachtete dies nicht als die beste Lösung. In diesem Fall würde das Geld, obzwar es eine 100-prozentige Reservepflicht geben würde, immer noch letztlich von der Zentralbank abhängen und wäre daher aller Arten von Druck und Einflussnahmen unterworfen. Vor allem bestünde die Gefahr,

3 Dieses Memorandum war der Vergessenheit anheim gefallen und wurde in den Archiven des Völkerbundes wiederentdeckt, als Richard M. Ebeling Materialien für das Buch *Money, Method, and the Market Process*, S. 78-95, vorbereitete. Der obige Ausschnitt ist auf S. 90 zu finden; Hervorhebung hinzugefügt.

4 Ebenda, S. 91; Hervorhebung hinzugefügt.

dass der Staat in einer finanziellen Notsituation seine Macht ausübt, um Geld zu seiner eigenen Finanzierung zu emittieren. Nach Mises würde daher die Ideallösung darin bestehen, ein System der Bankfreiheit (d.h. ohne Zentralbank) einzurichten, welches den traditionellen Rechtsprinzipien (und damit einer 100-prozentigen Reservepflicht) unterworfen ist.⁵ In diesem Buch begleitet Mises seine Verteidigung einer 100-prozentigen Reservepflicht mit der Ablehnung nicht nur der Zentralbank, sondern auch eines teilgedeckten Bankfreiheitssystems: Obgleich ein derartiges System die Umlaufmittelemission stark begrenzen würde, wäre es unzureichend, um die Kreditausweitungen und die mit ihnen unweigerlich einhergehenden wiederkehrenden Aufschwünge und Rezessionen vollkommen zu eliminieren.⁶

Im Jahr 1949 veröffentlichte Yale University Press die erste englische Ausgabe von Ludwig von Mises Abhandlung zur Nationalökonomie mit dem Titel *Human Action: A Treatise on Economics*. In dieser englischen Ausgabe wiederholt Mises die Argumente der deutschen Ausgabe. Er bezieht sich jedoch explizit auf den Plan von Irving Fisher zur Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht für das Bankwesen. Mises lehnt Fisher's Plan ab, nicht weil er den Vorschlag einer 100-prozentigen Reservepflicht beinhaltet, den Mises ja unterstützt, sondern weil Fisher versucht, diese Maßnahme mit der Beibehaltung der Zentralbank und die Einführung einer indexierten Geldeinheit verbindet. In der Tat ist Mises zufolge der Vorschlag, eine 100-prozentige Reservepflicht einzuführen, jedoch gleichzeitig die Zentralbank beizubehalten, unzureichend:

[I]t would not entirely remove the drawbacks inherent in every kind of government interference with banking. What is needed to prevent any further credit expansion is to place the banking business under the general rules of commercial and civil laws compelling every individual and firm to fulfill all obligations in full compliance with the terms of the contract.⁷

5 Mises genauen Worten sind die folgenden:

Wenn heute, dem Grundgedanken der Currency-Lehre entsprechend, auch für das Kassenführungsguthaben volle—hundertprozentige—Deckung verlangt wird, damit die Erweiterung der Umlaufmittelausgabe auch in dieser Gestalt unterbunden werde, dann ist das folgerichtiger Ausbau der Ideen, die jenem alten englischen Gesetz zugrundelagen. . . . Auch das schärfste Verbot der Erweiterung der Umlaufmittelausgabe versagt gegenüber einer Notstandsgesetzgebung. (Mises, *Nationalökonomie*, 2. Aufl. [München: Philosophia Verlag, 1980, S. 403)

6 In diesem Sinne ist Mises'Fußnote auf S. 402 von *Nationalökonomie* besonders illustrativ. Sie liest sich wie folgt: Für die Katallaktik ist der Begriff "normale Kreditausweitung" sinnlos. Jede Kreditausweitung wirkt auf die Gestaltung der Preise, Löhne und Zinssätze und löst den Prozess aus, den zu beschreiben die Aufgabe der Konjunkturtheorie ist.

Diese Aussage von Mises hat unter den Mitgliedern der Österreichischen Schule, die ein teilgedecktes Bankfreiheitssystem verteidigen (White, Selgin, Horwitz, etc.), für starke Verwirrung gesorgt. Diese Erklärung enthüllt die Überzeugung von Mises, dass ein derartiges System nicht den Expansions- und Rezessionsphasen, die jedem Konjunkturzyklus charakteristisch sind, entrinnen würde, obzwar diese Zyklen weniger ausgeprägt wären als diejenigen, die das gegenwärtige Bankensystem, das von einer Zentralbank gestützt wird, befallen. Wir sollten auch an unsere Bemerkung in Fußnote 120 von Kapitel 8 erinnern.

7 Mises, *Human Action*, 3. Aufl. S. 443. Hier deutet Mises zum ersten Mal an, dass die Probleme des Bankensystems

Weiterhin bringt Mises seine Idee einer 100-prozentigen Reservepflicht in einem Anhang der englischen Ausgabe von der *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel* (The Theory of Money and Credit) betitelt mit „Monetärer Wiederaufbau“ zum Ausdruck. Er schreibt explizit:

The main thing is that the government should no longer be in a position to increase the quantity of money in circulation and the amount of checkbook money not fully—that is, 100 percent—covered by deposits paid in by the public.

Außerdem schlägt Mises in diesem Anhang einen Übergangsprozess zum idealen System mit dem folgenden Ziel vor:

No bank must be permitted to expand the total amount of its deposits subject to check or the balance of such deposits of any individual customer, be he a private citizen or the U.S. Treasury, otherwise than by receiving cash deposits in legal-tender banknotes from the public or by receiving a check payable by another domestic bank subject to the same limitations. *This means a rigid 100 percent reserve for all future deposits; that is, all deposits not already in existence on the first day of the reform.*⁸

Obzwar wir später noch den Übergangsprozess zum idealen Banksystem behandeln werden, beobachten wir hier, dass Mises ganz im Sinne seiner Schrift von 1928 das gleiche Übergangssystem vorschlägt wie für die Banknoten in der Peelschen Bankakte zur Anwendung kam (und welche erforderte, dass nur die *neu geschaffenen* Noten zu 100-Prozent mit Metallgeld gedeckt waren).⁹

FRIEDRICH .A. VON HAYEK UND DER VORSCHLAG EINER 100-PROZENTIGEN

darauf zurückzuführen sind, dass die Teilnehmer an diesem System nicht den traditionellen Rechtsprinzipien unterworfen sind. Dies ist die grundlegende Idee, welche Murray N. Rothbard später ausarbeiten würde und die das Herz unserer These ist.

8 Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 481 und 491; Hervorhebung hinzugefügt.

9 Trotz der kristallklaren Aussagen von Mises zugunsten einer 100-prozentigen Reservepflicht, hat seine Verteidigung der Bankfreiheit als ein indirekter Schritt zum Ideal einer 100-prozentigen Deckung (und damit zu einem Bankensystem, welches den traditionellen Rechtsprinzipien unterworfen ist) einige Österreichische Ökonomen der modernen Neo-Banking Schule veranlasst, eine eigennützige Interpretation der Misesschen Position vorzunehmen. Somit betrachten diese Ökonomen Mises an erster Stelle als einen Verteidiger einer teilgedeckten Bankfreiheit und erst an zweiter Stelle eines Bankwesens mit einer 100-prozentigen Reservepflicht. Vgl. beispielsweise White, „Mises on Free Banking and Fractional Reserves“, S. 517-33. In einem interessanten Aufsatz hat Joseph T. Salerno kürzlich gezeigt, dass White's Position unhaltbar ist:

because he overlooks important passages in the very works of Mises that he cites, and because he ignores significant developments in Mises's theory of money that occurred between the publication of the first German edition of *The Theory of Money and Credit* in 1912 and the publication of *Nationalökonomie* in 1940. (Salerno, "Mises and Hayek Dehomogenized," S. 137-46)

RESERVEPFLICHT

Friedrich A. von Hayek, unzweifelhaft Mises' brilliantester Schüler, veröffentlichte im Alter von fünfundzwanzig Jahren den Aufsatz „Die Währungspolitik der Vereinigten Staaten seit der Überwindung der Krise von 1920“ in der Folge eines Studienaufenthalts in den Vereinigten Staaten. In diesem Aufsatz kritisiert Hayek scharf die zu dieser Zeit von der Federal Reserve verfolgte Geldpolitik. Die Politik der Federal Reserve war darauf ausgelegt, die Kaufkraft des Dollars in einem Umfeld hoher Produktivitätssteigerung zu stabilisieren und hatte bereits damit begonnen, die substantielle Kreditausweitung zu generieren, die letztlich die Große Depression auslösen sollte. Zum ersten Mal in seinem Leben bezieht sich Hayek in einer Fußnote dieses wegweisenden Artikels auf die 100-prozentige Reservepflicht. Er schreibt:

Die älteren englischen Theoretiker der Currency school, die, wie wir schon hervorgehoben haben, das Wesen der Konjunkturbewegungen besser erfaßt haben, als die Mehrzahl der Nationalökonomen nach ihnen, hofften durch die von ihnen vorgeschlagene Regelung der Notenausgabe auch die Konjunkturschwankungen zu verhindern. Da sie aber allein die Wirkungen der Notenausgabe in Betracht zogen und die des Depositengeldes außer acht ließen und die durch die Beschränkung der ersteren der bankmäßigen Kreditgewährung gezogenen Grenzen im Wege einer Erweiterung des Giroverkehrs durchbrochen werden konnten, mußten die Peelsche Bankakte und die ihr nachgebildeten Notenbankstatute diesen Zweck verfehlen. *Eine konsequente Fortbildung des Grundgedankens der Peelsakte, die auch für die Bankdepositen eine 100prozentige Golddeckung vorschreiben müßte, würde denn auch das Problem der Krisenverhütung in radikaler Weise lösen.*¹⁰

In seinem bemerkenswerten Werk, *Monetary Nationalism and International Stability*, welches Hayek zwölf Jahre später im Jahr 1937 veröffentlichte, erwähnt er erneut die Errichtung eines Bankensystems, welches auf einem 100-prozentigen Reservepflicht basiert. Zu dieser Zeit hatten die Ökonomen der Chicago Schule bereits einen ähnlichen Vorschlag gemacht, in welchem sie die Reservepflicht für die Papiergeldwährung der Zentralbank vorsahen. Im Gegensatz dazu stellt Hayek fest, dass die Ideallösung die Kombination einer 100-prozentigen Reservepflicht für die Banken mit einer Rückkehr zum Goldstandard wäre. Auf diese Weise würden alle Banknoten und Depositen zu 100 Prozent mit Gold gedeckt und es entstünde ein weltweites stabiles Geldsystem, welches effektiv Regierungsmanipulationen und einen „monetären Nationalismus“ verhindern

10 Hayek, „Die Währungspolitik der Vereinigten Staaten seit der Überwindung der Krise von 1920,“ *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*, Bd. 1–3, Nr. 5 (1925): 25–63 und Bd. 4–6, S. 254–317, Fußnote 267, Fußnote 1.

würde. Hayek kommt zum folgenden Schluss:

The undeniable attractiveness of this proposal lies exactly in the feature which makes it appear somewhat impracticable, in the fact that in effect it amounts . . . to *an abolition of deposit banking as we know it*.¹¹

Beinahe vierzig Jahre später nahm F.A. von Hayek erneut das Thema des Geldes und des Bankwesens in seinem berühmten Werk, *Denationalization of Money*, zu deutsch: *Entnationalisierung des Geldes*, auf. Obgleich moderne Vertreter einer teilgedeckten Bankfreiheit dieses Buch zur Rechtfertigung ihres Modells benutzt haben, besteht kein Zweifel, dass Hayek ein Bankfreiheitssystem und die private Emission von Geldeinheiten vorschlägt und letztlich zu sehen wünscht, dass das Bankmodell mit einer 100-prozentigen Reservepflicht die Oberhand behält. In der Tat kommt Hayek in dem Abschnitt, dem er den Änderungen der Methoden im Depositengeschäft widmet, zu dem Schluss, dass die überwältigende Mehrheit der Banken sich wahrscheinlich damit zufriedengeben [müßten], ihr Geschäft in anderen Währungen zu führen. Sie müßten somit . . . eine Art „100 prozentige Deckung“ („100 per cent banking“) proaktizieren und in voller Höhe ihrer Verbindlichkeiten eine auf Verlangen auszahlbare Reserve halten.

Hayek setzt noch eine harsche Kritik am gegenwärtigen Bankensystem hinzu:

Eine Einrichtung, die sich als so schädlich erwiesen hat, wie die Politik partieller Reservehaltung der einzelnen Banken ohne Verantwortung für das Geld (d.h. das Buchgeld), das sie geschaffen haben, kann sich nicht beklagen, wenn ihr die Unterstützung des Regierungsmonopols, die ihr die Existenz ermöglicht hatte, entzogen wird.¹²

MURRAY N. ROTHBARD UND DER VORSCHLAG EINES REINEN GOLDSTANDARDS

-
- 11 Hayek, *Monetary Nationalism and International Stability*, S. 81-84, vor allem S. 82; Hervorhebung hinzugefügt. Hayek lobt besonders den Vorschlag einer 100-prozentigen Reservepflicht „because it goes to the heart of the Problem“ (S. 81). Hayek sieht abgesehen davon, dass der Plan „somewhat impracticable“ ist, nur einen Nachteil: es erscheint unwahrscheinlich, dass ungedeckte Bankdepositen nicht in einer anderen Rechtsform entstehen würden. Denn das „banking is a pervasive phenomenon“ (S. 82). Später werden wir detailliert auf diesen Einwand eingehen.
- 12 Hayek, *Entnationalisierung des Geldes: Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufsmittel* [Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1977] S. 118 und S. 53. Hayek fordert zudem eine scharfe Trennung zwischen einfachem Depositengeschäft (auf welches eine 100-prozentige Reservepflicht anzuwenden wäre) und das Investmentbanking, welches darauf beschränkt wäre, jene Gelder zu verleihen, welche die Kunden zunächst ihren Banken geliehen hätten. Hayek schließt:
Ich vermute, man wird bald entdecken, daß das Geschäft der Geldschaffung nicht gut mit der Beherrschung großer Investment-Portfolios oder sogar der Beherrschung großer Teile der Industrie einhergehen kann. (S. 119)

Eine scharfe, jedoch gerechtfertigte Kritik an Hayek's anderen Vorschlägen zur Entnationalisierung des Geldes und die Einführung einer auf einem Warenindex basierenden Währung (welche nur *indirekt* mit unserem Untersuchungsziel in Verbindung stehen), erscheint in Murray N. Rothbard, „The Case for a Genuine Gold Dollar,“ in *The Gold Standard*, Llewellyn H. Rockwell, Jr., ed. (Lexington, Mass.: Lexington Books), 1985, S. 2-7.

MIT EINER 100-PROZENTIGEN RESERVEPFLICHT

Im Jahre 1962 erschien Murray N. Rothbard's mittlerweile klassische Artikel „The Case for a 100-Percent Gold Dollar,“ in dem Buch, *In Search of a Monetary Constitution*¹³ (welches von Leland B. Yeager herausgegeben wurde und zudem Artikel von James M. Buchanan, Milton Friedland, Arthur Kemp und anderen enthält). In diesem Aufsatz entwickelt Rothbard zum ersten Mal seinen Vorschlag für einen reinen Goldstandard, der auf einem Bankfreiheitssystem mit einer 100-prozentigen Reservepflicht beruht. Ferner kritisiert Rothbard all diejenigen, die eine Rückkehr zu einem unechten Goldstandard befürworten, der in einem teilgedeckten von einer Zentralbank kontrollierten Bankensystem wurzelt. Stattdessen schlägt er das vor, was er als einzige kohärente, stabile, langfristige Lösung ansieht: ein Bankfreiheitssystem mit einer 100-prozentigen Reservepflicht, die Abschaffung der Zentralbank und die Einführung eines reinen Goldstandards. Rothbard zufolge wäre die Folge die Verhinderung nicht nur der wiederkehrenden Aufschwungs- und Rezessionszyklen, sondern auch der Möglichkeit, dass die Beibehaltung der Zentralbank das gesamte System weiterhin anfällig für die politischen und finanziellen Bedürfnisse des jeweiligen Augenblicks lassen würde. Diese Möglichkeit besteht selbst bei der 100-prozentigen Reservepflicht, die von der Chicago Schule in den 1930er Jahren verteidigt wurde.

Nichtsdestoweniger erachten wir als Rothbard's Hauptbeitrag in diesem Artikel das solide juristische Fundament, auf welches er seinen Vorschlag baut. In der Tat begleitet er seine ökonomische Analyse mit einer im Wesentlichen juristischen, jedoch multidisziplinären Studie, deren Ziel es ist zu zeigen, dass ein Bankwesen mit einer 100-prozentigen Reservepflicht einfach die logische Folge der Anwendung der traditionellen Rechtsprinzipien auf die Banken ist. Mithin versuchen wir in diesem speziellen Punkt in diesem Buch lediglich Rothbard's originelle These zu entwickeln und auszubauen. Ausdrücklich vergleicht Rothbard den Bankier, der mit einer Teildeckung operiert mit einem Kriminellen, der eine Veruntreuung begeht:

[H]e takes money out of the company till to invest in some ventures of his own. Like the banker, he sees an opportunity to earn a profit on someone else's assets. The embezzler knows, let us say, that the auditor will come on June 1 to inspect the accounts; and he fully intends to repay the "loan" before then. Let us assume that he does; is it really true that no one has been the loser and everyone has gained? I dispute this; a theft has occurred, and that theft should be prosecuted and not condoned. Let us note that the banking advocate assumes that something has gone wrong only if everyone should decide to redeem his property, only to find that it isn't there. But I maintain that the

13 *In Search of a Monetary Constitution*, Leland B. Yeager, Hrsg. (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1962).

wrong—the theft— occurs at the time the embezzler takes the money, not at the later time when his “borrowing” happens to be discovered.¹⁴

Obzwar Rothbard die rechtlichen Aspekte der Angelegenheit richtig präsentiert hat, ist er der angelsächsischen Rechtstradition gefolgt, ohne zu realisieren, dass – wie wir in den Anfangskapiteln erklärt haben - eine noch stärkere Unterstützung seiner These in der kontinentaleuropäischen Rechtstradition zu finden ist, die auf römisches Recht basiert.¹⁵

MAURICE ALLAIS UND DIE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG EINER 100-PROZENTIGEN RESERVEPFLICHT

In Europa hat sich der Franzose Maurice Allais, der 1988 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, für den Vorschlag eines Bankensystems mit einer 100-prozentigen Reservepflicht eingesetzt. Wie Allais schreibt:

Der Kreditmechanismus, *so wie er gegenwärtig funktioniert*, basiert auf einer Teildeckung der Depositen, der *ex nihilo* Schaffung von Geld und der langfristigen Vergabe von kurzfristig geliehenen Geldern und verschärft die erwähnten Verzerrungen substantiell. In der Tat resultieren alle großen Krisen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts aus einer exzessiven Kreditausweitung, aus Schuldscheinen und ihrer Monetisierung sowie aus der Spekulation, welche

14 Murray N. Rothbard, *The Case for a 100 Percent Gold Dollar* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1991), S. 44–45.

15 Im September 1993 teilte ich zum ersten Mal mit Murray N. Rothbard persönlich die Ergebnisse meiner Forschungen zur Fundierung der Bankdepositen im römischen Recht und zur Position der salamantinischen Gelehrten zu diesem Thema. Rothbard war enthusiastisch. Er ermutigte mich später eine kurze Zusammenfassung meiner Schlussfolgerungen in einem Artikel für das *Review of Austrian Economics* zu veröffentlichen. Unglücklicherweise erlebte er nicht die Veröffentlichung des Artikels, da er unerwartet am 7. Januar 1995 verstarb. Weitere wichtige Werke, in denen Rothbard dieses Thema behandelt, umfassen: *What Has Government Done to Our Money?*, 4. Aufl. (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1990); *The Mystery of Banking; Man, Economy, and State*, S. 703–09; und die Artikel, “The Myth of Free Banking in Scotland,” S. 229–45, und “Aurophobia: or Free Banking on What Standard?” S. 99–108. Neben Murray Rothbard sind als zeitgenössische Vertreter einer 100-prozentigen Reservepflicht für das Bankwesen folgende Autoren zu nennen: Hans-Hermann Hoppe, *The Economics and Ethics of Private Property* (Dordrecht, Holland: Kluwer Academic Publishers, 1993), S. 61–93, und “How is Fiat Money Possible?—or The Devolution of Money and Credit,” S. 49–74; Joseph T. Salerno, “Gold Standards: True and False,” *Cato Journal: An Interdisciplinary Journal of Public Policy Analysis* 3, Nr. 1 (Frühling, 1983): 239–67, und auch “Mises and Hayek Dehomogenized,” S. 137–46; Walter Block, “Fractional Reserve Banking: An Interdisciplinary Perspective,” S. 24–32; und Skousen, *The Economics of a Pure Gold Standard*. Das letzte Werk ist eine Dissertation zur 100-prozentigen Reservepflicht im Bankwesen und enthält eine besonders wertvolle, erschöpfende Besprechung aller bis zu diesem Datum relevanten Quellen zu diesem Thema. Genau wie Rothbard folgen obige Ökonomen der lange Tradition amerikanischer Denker (beginnend mit Jefferson und Jackson), die dafür eintreten, dass das Bankwesen streng den traditionellen Rechtsprinzipien und einer 100-prozentigen Reservepflicht unterworfen sein muss. Der wichtigste Theoretiker dieser Bewegung aus dem neunzehnten Jahrhundert ist Amasa Walker, *The Science of Wealth*, S. 138–68 und 184–232.

diese Expansion anfeuerte und möglich machte.¹⁶

Obgleich Maurice Allais oftmals Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard zitiert und obwohl Allais' ökonomische Analyse der Effekte der Teildeckungsbankwesens und seiner Rolle bei der Erzeugung von Wirtschaftskrisen fehlerlos und stark von der Österreichischen Konjunkturtheorie beeinflusst ist, schlägt Allais schließlich die Beibehaltung der Zentralbank als eine Organisation vor, die letztlich für die Kontrolle der monetären Basis und die Überwachung ihres Wachstums (in einer festgelegten Rate von 2 Prozent pro Jahr) verantwortlich ist.¹⁷

Denn Allais glaubt, dass einzig der Staat und nicht die Bankiers einen Nutzen aus der Enteignung ziehen sollte, welche mit der Möglichkeit der Geldschaffung einhergeht. Mithin ist sein Vorschlag einer 100-prozentigen Reservspflicht nicht die logische Folge der Anwendung der traditionellen

16 Maurice Allais, "Les conditions monétaires d'une économie de marchés: des enseignements du passé aux réformes de demain," *Revue d'économie politique* 3 (Mai-Juli 1993): 319–67. Der obige Ausschnitt erscheint auf S. 326 und die Originalstelle liest sich wie folgt:

Le mécanisme du crédit *tel qu'il fonctionne actuellement* et qui est fondé sur la couverture fractionnaire des dépôts, sur la création de monnaie *ex nihilo*, et sur le prêt à long terme de fonds empruntés à court terme, a pour effet une amplification considérable des désordres constatés. *En fait, toutes les grandes crises des dix-neuvième et vingtième siècles ont résulté du développement excessif du crédit, des promesses de payer et de leur monétisation, et de la spéculation que ce développement a suscitée et rendue possible.* (Hervorhebung hinzugefügt)

Maurice Allais brachte seine Thesen der allgemeinen Öffentlichkeit in seinem bekannten Artikel, „Les faux monnayeurs,“ veröffentlicht in *Le Monde*, 29. Oktober 1974 näher. Allais präsentiert sie zudem in den Kapiteln 6-9 seines Buches, *L'impôt sur le capital et la réforme monétaire* (Paris: Hermann Éditeurs, 1989), S. 155–257. Im Jahr 1994 wurde unsere kritische Evaluierung des Teildeckungsbankwesens zudem in Frankreich veröffentlicht: in Huerta de Soto, „Bankue central ou banque libre“, S. 379-91.

17 Vgl. beispielsweise die Zitat von Murray Rothbard's Werk auf den S. 316, 317 und 320 in Allais' Buch, *L'impôt sur le capital et la réforme monétaire*. Vgl. zudem die Referenzen zu Amasa Walker auf S. 317, und vor allem zu Ludwig von Mises, mit dessen Buch, *The Theory of Money and Credit*, Allais äußerst vertrat war und welches er bei verschiedenen Gelegenheiten unter anderem auf den S. 355, 307 und 317 zitiert. Außerdem zollte Maurice Allais Ludwig von Mises warmherzige Anerkennung:

Si une société libérale a pu être maintenue jusqu' à présent dans le monde occidental, c'est pour une grande part grâce à la courageuse action d'hommes comme Ludwig von Mises (1881–1973) qui toute leur vie ont constamment défendu des idées impopulaires à l'encontre des courants de pensée dominants de leur temps. Mises était un homme d'une intelligence exceptionnelle dont les contributions à la science économique ont été de tout premier ordre. Constamment en butte à de puissantes oppositions, il a passé ses dernières années dans la gêne, et sans l'aide de quelques amis, il n'aurait guère pu disposer d'une vie décente. Une société qui n'est pas capable d'assurer à ses élites, et en fait à ses meilleurs défenseurs, des conditions de vie acceptables, est une société condamnée. (S. 307)

Obzwar Maurice Allais in der Praxis vollkommen mit der Analyse und den Empfehlungen der Österreichischen Schule in Hinblick auf Geldangelegenheiten und den Zyklus übereinstimmt, begrüßte er die mathematische Entwicklung allgemeiner Gleichgewichtsmodelle und grenzt sich damit radikal von den Österreichern ab, wie gewisse fundamentale Fehler in seiner Analyse attestieren (Huerta de Soto, *Socialismo, cálculo económico y función empresarial*, S. 248–49). Pascal Salin ist mithin zu dem Schluss gekommen, dass Maurice Allais kein liberaler Ökonom des Hayekschen Typus ist, sondern „Sozialingenieur“ mit starken persönlichen Tendenzen für ein laissez-faire. Nach Salin ist Allais ein Ökonom, dessen mathematische Analyse ihn oftmals zu einem pragmatischen Utilitarismus führt, den Hayek und die Österreichischen Gelehrten eindeutig als „konstruktivistisch“ oder „szientistisch“ betiteln würden. Vgl. Pascal Salin, „Maurice Allais: Un économiste libéral?“, unveröffentlichtes Manuskript, S. 12. Salin hat zudem ein Papier veröffentlicht, in dem er die Österreichische Konjunkturtheorie und die von ihr abgeleiteten Empfehlungen für Banktätigkeit analysiert. Vgl. Pascal Salin, „Macro-Stabilization Policies and the Market Process,“ *Economic Policy and the Market Process: Austrian and Mainstream Economics*, K. Groenvelde, J.A.H. Maks, and J. Muysken, eds. (Amsterdam: North-Holland, 1990), S. 201–21. In Fußnote 98 von Kapitel 8 erklären wir, warum wir nicht mit Salin's Standpunkt übereinstimmen können, der ein teilgedecktes Bankfreiheitssystem favorisiert.

Rechtsprinzipien auf das Bankwesen wie es bei Murray N. Rothbard der Fall ist. Stattdessen stellt sein Vorschlag den Versuch dar, den Regierungen bei der Regulierung einer stabilen Geldpolitik zu helfen, in dem eine elastische, verzerrende Kreditausweitung, welche alle Teildeckungsbanksystem aus dem Nichts generieren, verhindert wird. In diesem Sinne folgt Maurice Allais lediglich der alten Tradition einiger Mitglieder der Chicago Schule, welche eine 100-prozentige Reservepflicht vorschlugen, um die staatliche Geldpolitik effektiver und berechenbarer zu machen.

DIE ALTE TRADITION DER CHICAGO SCHULE DER UNTERSTÜTZUNG EINER 100-PROZENTIGEN RESERVEPFLICHT

Das Rezept einer 100-prozentigen Reservepflicht seitens der Chicagoschule datiert auf den 16. März 1933 zurück, als Henry C. Simons, Lloyd W. Mints, Aaron Director, Frank H. Knight, Henry Schultz, Paul H. Douglas, Albert G. Hart und andere ein anonymes sechsseitiges Dokument mit dem Titel „Banking and Currency Reform“ in den Umlauf brachten¹⁸. Albert G. Hart baute dieses Programm später in seinem 1935 veröffentlichten Artikel “The ‘Chicago Plan’ of Banking Reform” aus. Darin erkennt Hart ausdrücklich Professor Ludwig von Mises als den letztendlichen Vater der Vorschlags an.¹⁹ Später im November 1935 veröffentlichte er einen umfassenden Artikel, in dem er seine Position verteidigte und ihre verschiedenen Aspekte analysierte. Sein Artikel trägt den Titel „The 100-Percent Reserve Plan.“²⁰ Kurz darauf im Jahr 1936 folgte ein Papier von Henry C. Simons, „Rules *versus* Authorities in Monetary Policy.“²¹

Von den Ökonomen der Chicago Schule kommt Henry C. Simons der These am Nächsten, dass eine 100-prozentige Reservepflicht nicht lediglich ein wirtschaftspolitischer Vorschlag sondern auch ein Gebot des institutionellen Rahmens ist, der für das reibungslose Funktionieren einer Marktwirtschaft vital ist. In der Tat erklärt Simons:

A democratic, free-enterprise system implies, and requires for its effective functioning and survival, a stable framework of definite rules, laid down in legislation and subject to change only gradually and with careful regard for the vested interests of participants in the economic game.²²

18 Vgl. Ronnie J. Phillips, *The Chicago Plan and New Deal Banking Reform* (Armonk, N.Y.: M.E. Sharpe, 1995), S. 191–98.

19 Albert G. Hart, “The ‘Chicago Plan’ of Banking Reform,” *Review of Economic Studies* 2 (1935): 104–16. Der Hinweis auf die Professoren Mises und Hayek ist am Ende der S. 104 zu finden. Ein weiterer interessanter Vorgänger des Chicagoplans ist in einem Buch von Frederick Soddy, einem Nobelpreisträger für Chemie, zu finden: *Wealth, Virtual Wealth and Debt* (New York: E.P. Dutton, 1927) Knight schrieb eine positive Rezension von Soddy’s Buch im selben Jahr: “Review of Frederick Soddy’s *Wealth, Virtual Wealth and Debt*,” *Saturday Review of Literature* (April 16, 1927): 732

20 James W. Angell, “The 100 Percent Reserve Plan,” *The Quarterly Journal of Economics* 50, Nr. 1 (November 1935): 1–35.

21 Henry C. Simons, “Rules versus Authorities in Monetary Policy,” *Journal of Political Economy* 44, Nr. 1 (Februar 1936): 1–30.

22 Simons, “Rules versus Authorities in Monetary Policy,” S. 181; erneut veröffentlicht in Kapitel 7 von *Economic*

Nichtsdestoweniger verteidigt Henry C. Simons eine 100-prozentige Reservepflicht mit der grundlegenden Absicht, die vollkommene Kontrolle der Regierung über die Geldmenge und ihren Wert wiederherzustellen. Er hatte seinen Vorschlag 1934, ein Jahr zuvor in einem Pamphlet mit dem Titel „A Positive Program for Laissez-Faire: Some Proposals for a Liberal Economic Policy,“ gemacht. Wie dieses Pamphlet zeigt, glaubte Simons bereits zu diesem Zeitpunkt, dass Depositenbanken, welche 100-prozentige Reserve aufrecht erhielten, simply could not fail, so far as depositors were concerned, and could not create or destroy effective money. These institutions would accept deposits just as warehouses accept goods. Their income would be derived exclusively from service charges—perhaps merely from moderate charges for the transfer of funds by check or draft. . . . These banking proposals define means for eliminating the perverse elasticity of credit which obtains under a system of private, commercial banking and for restoring to the central government complete control over the quantity of effective money and its value.²³

Auf Simon´s Beiträge²⁴ folgten die von Fritz Lehmann in seinem Aufsatz „100 Percent Money“²⁵ geleisteten und jene von Frank D. Graham, welche im September 1936 mit dem Titel „Partial Reserve Money and the 100 Percent Proposal“ veröffentlicht wurden.²⁶

Irving Fisher sammelte diese Vorschläge in Buchform in seinem *100 Percent Money*²⁷. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden diese wieder von Henry C. Simons 1948 in seinem Buch, *Economic Policy for a Free Society* und von Lloyd W. Mints in *Monetary Policy for a Competitive Society* aufgenommen.²⁸ Dieser Trend fand seinen Höhepunkt in der Publikation von Milton Friedman´s *A*

Policy for a Free Society (Chicago: University of Chicago Press, 1948), S. 160–83. Es ist von großer Bedeutung, dass Simons diese juristisch-institutionelle Analyse gerade in dem Artikel vornimmt, in dem er seinen Vorschlag zur Bankenreform basierend auf einer 100-prozentigen Reservepflicht anbietet.

23 Henry C. Simons, “A Positive Program for Laissez-Faire: Some Proposals for a Liberal Economic Policy,” ursprünglich veröffentlicht als “Public Policy Pamphlet,” Nr. 15, Harry D. Gideonse (Chicago: University of Chicago Press, 1934). Es wurde erneut veröffentlicht als Kapitel 2 von *Economic Policy for a Free Society*, S. 64–65. Zu Henry Simons vgl. Walter Block, “Henry Simons is Not a Supporter of Free Enterprise,” *Journal of Libertarian Studies* 16, Nr. 4 (Herbst, 2002): 3–36.

24 Henry C. Simons fügt in Fußnote 7 auf S. 320 seiner *Economic Policy for a Free Society* hinzu: There is likely to be extreme economic instability under any financial system where *the same funds* are made to serve at once *as investment funds for industry and trade* and *as the liquid cash reserves of individuals*. Our financial structure has been built largely on the illusion that funds can at the same time be both available and invested—and this observation applies to our savings banks (and in lesser degree to many other financial institutions) as well as commercial, demand-deposit banking.

25 Fritz Lehmann, “100 Percent Money,” *Social Research* 3, Nr. 1: 37–56.

26 Frank D. Graham, “Partial Reserve Money and the 100 Percent Proposal,” *American Economic Review* 26 (1936): 428–40.

27 Irving Fisher, *100 Percent Money* (New York: Adelphi Company, 1935).

28 Lloyd W. Mints, *Monetary Policy for a Competitive Society* (New York, 1950), S. 186–87.

Program for Monetary Stability im Jahr 1959.²⁹ Milton Friedman empfiehlt wie seine Vorgänger, dass gegenwärtige System durch eines zu ersetzen, welches eine 100-prozentige Reservepflicht mit sich bringt.³⁰ Der einzige Unterschied ist, dass Friedman eine Verzinsung dieser Reserve vorschlägt und in einer interessanten Fußnote erwähnt er ein System der kompletten Bankfreiheit - wie es von Gary Becker verteidigt wird - als einen Weg, um dieses Ziel zu erreichen.³¹

Henry C. Simons kommt der Anerkennung der juristisch-institutionellen Erfordernis einer 100-prozentigen Reservepflicht am nächsten³². Im Allgemeinen haben die Ökonomen der Chicago Schule jedoch ein 100-prozentiges Reservebankensystem aus ausschließlich praktischen Gründen befürwortet in dem Glauben, dass diese Anforderung die staatliche Geldpolitik einfacher und vorhersagbarer machen würde. Mithin haben sich die Ökonomen der Chicago Schule des naiven Glaubens schuldig gemacht, dass die Staaten den Willen und die Möglichkeit haben unter allen Umständen eine stabile Geldpolitik zu verfolgen.³³ Diese Naivität entspricht derjenigen, welche

29 Milton Friedman, *A Program for Monetary Stability* (New York: Fordham University Press, 1959). Friedman veröffentlichte seine Ideen zu einer 100-prozentigen Reservepflicht 1948 in seinem Artikel, "A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability," *American Economic Review* 38, Nr. 3 (1948): 245–64. Rothbard's Kritik von Friedman ist in seinem Artikel, "Milton Friedman Unraveled," *Journal of Libertarian Studies* 16, Nr. 4 (Herbst, 2002): 37–54, zu finden.

30 Friedman, *A Program for Monetary Stability*.

31 Friedman erwähnt nicht Mises, der beinahe fünfzig Jahre früher auf Deutsch und fünfundzwanzig Jahre früher auf Englisch bereits eine detaillierte Version der gleichen Theorie aufgestellt hatte. Milton Friedman, *A Program for Monetary Stability*, Fußnote 10. Viele Jahre später wurde Gary Becker's Vorschlag veröffentlicht: Gary S. Becker, "A Proposal for Free Banking," *Free Banking*, Bd. 3: *Modern Theory and Policy*, White, Hrsg., Kapitel 2, S. 20–25. Obgleich Gary Becker ganz einfach als ein moderner Advokat der Neo-Banking Schule, welche ein teilgedecktes Bankfreiheitssystem fordert, klassifiziert werden könnte, erkennt er an, dass in jedem Falle ein System, welches eine 100-prozentige Reservepflicht beinhaltet, einen beträchtlichen Fortschritt im Vergleich zum heutigen Finanz- und Bankensystem darstellen würde (S. 24).

32 Auch Irving Fisher behandelte die rechtlichen Aspekte einer 100-prozentigen Reservepflicht. Er zeigte, dass in diesem System

demand deposits would literally be deposits, consisting of cash held in trust for the depositor . . . the check deposit department of the bank would become a mere storage warehouse for bearer money belonging to its depositors. (Irving Fisher, *100 Percent Money*, S. 10)

Unglücklicherweise war die Theorie, welche Fisher zu Grunde legte, die Monetaristische. Daher verstand er niemals wie die Kreditausweitung, welche aus dem Teildeckungsbankwesen resultiert, die Struktur der gesellschaftlichen Produktionsstufen beeinflusst. Weiterhin empfahl Fisher die Einführung eines indexierten Standards und die Kontrolle des Geldmenge durch die Regierung, worauf Ludwig von Mises mit einer scharfen Kritik antwortete (*Human Action*, S. 442-43). Besonders der Gebrauch der monetaristischen Verkehrsgleichung veranlasste Fisher zu bedeutenden Fehlern in seiner theoretischen Analyse und seinen Wirtschaftsprognosen. Fisher erkannte nicht - abgesehen von den makroökonomischen Effekten, welche diese Gleichung berücksichtigt -, dass ein Geldmengenwachstum die Produktionsstruktur verzerrt und unweigerlich Krisen und Rezessionen speist. Mithin dachte Fisher in den späten 1920er Jahren, dass die wirtschaftliche Expansion „unbegrenzt“ andauern würde. Er erkannte nicht, dass sie auf einer künstlichen Grundlage beruhte, die zum Zusammenbruch verurteilt war. In der Tat wurde er von der Großen Depression 1929 vollkommen überrascht. Sie ruinierte ihn beinahe. Zur faszinierenden Persönlichkeit dieses amerikanischen Ökonomen siehe Irving N. Fisher's Buch, *My Father Irving Fisher* (New York: A Reflection Book, 1956), und die Biographie von Robert Loring Allen, *Irving Fisher: A Biography*.

33 So wie es Pasa Salin in seinem Aufsatz über Maurice Allais ausdrückt, "Toute l'histoire monétaire montre que l'État a refusé de respecter les règles monétaires et que la source ultime de l'inflation provient de ce défaut institutionnel." Pascal Salin, "Maurice Allais: Un Économiste Liberal?" S. 11. Mithin können wir nicht darauf vertrauen, dass eine Zentralbank, welche immer in einem gewissen Maß von der aktuellen politischen Szenerie beeinflusst wird, in der Lage sein wird, eine Geldpolitik aufrecht zu erhalten, welche die Gesellschaft gegen die Übel der Konjunkturwechsel immunisiert, selbst wenn der Willen dazu gegeben ist und eine 100-prozentige

moderne Vertreter der Neo-Banking Schule und eines teilgedeckten Bankfreiheitssystems zeigen, wenn sie sich darauf verlassen, dass die spontane Interbankenliquidierung und die Clearingmechanismen unter allen Umständen eine geplante, simultane Expansion des Großteils der Banken aufhalten. Diesen Ökonomen gelingt es nicht zu erkennen, dass, obzwar ein teilgedecktes Bankfreiheitssystem engere Grenzen als das aktuelle System haben würde, es nicht die Schaffung von Umlaufmitteln verhindern würde und es daher logischerweise den Markt nicht gegen Wirtschaftskrisen immunisieren würde. *Wir müssen daher folgern, dass der einzige effektive Weg zur Befreiung der Gesellschaft von Spezialprivilegien und Wirtschaftszyklen die Einführung eines Bankfreiheitssystems ist, welche durch die Rechtsprinzipien gelenkt wird; das heißt durch eine 100-prozentige Reservepflicht.*³⁴

2

UNSER BANKREFORMVORSCHLAG

Die auf der Analyse dieses Buches basierende logische Deduktion legt ein bestimmtes Programm zur Bankenreform nahe: Einerseits sollten die finanzwirtschaftlichen Institutionen von den traditionellen Rechtsprinzipien abhängig gemacht werden; andererseits sollten die Regierungseinrichtungen, welche bis heute das Finanzsystem kontrolliert und gelenkt haben, eliminiert werden. Wir glauben, dass mit dem Ziel ein wahrhaft stabiles Geld- und Finanzsystem für das einundzwanzigste Jahrhundert einzurichten, ein System, welches unsere Volkswirtschaften so weit als möglich vor Krisen und Rezessionen schützt, folgendes notwendig sein wird: (1) eine vollständige Wahlfreiheit der Währung; (2) ein Bankfreiheitssystem und die Abschaffung der Zentralbank; und am wichtigsten (3) die obligatorische Befolgung der traditionellen Rechtsregeln und Prinzipien von allen im Bankfreiheitssystem involvierten Wirtschaftssubjekten, vor allem die Befolgung des wichtigen Prinzips, nach dem niemand sich des Privilegs erfreuen darf, ihm etwas

Reservepflicht für Privatbanken etabliert worden ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nichts die Zentralbank davon abhält, direkt Staatsausgaben zu finanzieren oder mittels Offenmarktoperationen in großer Anzahl Staatsanleihen oder andere Wertpapiere zu erwerben und so dem System durch den Kapitalmarkt Liquidität zu zuführen und temporär den Zinssatz und die gesellschaftliche Produktionsstruktur zu verzerren. Dies würde unvermeidbar den Mechanismus des Konjunkturwechsels in Bewegung setzen, der eine scharfe Depression auslöst. Dies ist das *prima facie*, das Argument gegen die Beibehaltung der Zentralbank spricht. Es zeigt die Notwendigkeit der Verbindung der Wiedereinführung der Rechtsprinzipien ins Privatbankwesen mit der vollständigen Deregulierung dieses Sektors und der Abschaffung der Zentralbank. Zu der traditionell starken Tendenz zum Interventionismus seitens der Chicago Schule vgl. "Symposium: Chicago versus the Free Market," *Journal of Libertarian Studies* 16, Nr. 4 (Herbst, 2002).

34 Auf keynesianischer Seite hat James Tobin, der 1981 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, ein „Depositenwährungssystem“ vorgeschlagen, welches viele Aspekte des Chicagoplans für eine 100-prozentige Reservepflicht beinhaltet. Vgl. sein "Financial Innovation and Deregulation in Perspective," *Bank of Japan Monetary and Economic Studies* 3 (1985): 19–29. Vgl. auch die Kommentare, die Charles Goodhart zum Tobinschen Vorschlag einer 100-prozentigen Reservepflicht in seinem *The Evolution of Central Banks*, S. 87 ff, abgibt. Unlängst hat Alex Hocker Pollock erneut ein ähnliches Bankensystem in seinem Artikel, "Collateralized Money: An Idea Whose Time Has Come Again?" *Durrell Journal of Money and Banking* 5, Nr. 1 (März 1993): 34–38, verteidigt. Der Hauptnachteil von Pollock's Vorschlag ist es, dass er fordert, dass die Reserven nicht in Geld gehalten werden sollten, sondern in Vermögenswerten mit einem leicht zu liquidierenden Marktwert.

als Sichteinlage anvertrautes zu verleihen. Kurzum ist es notwendig zu jeder Zeit ein Bankensystem aufrecht zu erhalten, welches eine 100-prozentige Reservepflicht einhält. Wir werden nun jeden der Bestandteile unseres Vorschlag genauer diskutieren.

TOTALE WAHLFREIHEIT DER WÄHRUNG

Wir empfehlen die Privatisierung der Währungen und die Beendigung der Staats- und Zentralbankeingriffe in Bezug auf ihre Emission und die Kontrolle ihres Wertes. Diese Ziel erfordert die Beseitigung der Regulierungen hinsichtlich eines gesetzlichen Zahlungsmittels, welches alle Bürger dazu verpflichtet, sogar gegen ihren Willen, eine staatlich emittierte Geldeinheit in allen Fällen als Bezahlung zu akzeptieren. Die Aufhebung eines gesetzlichen Zahlungsmittels ist mithin ein grundlegender Bestandteil jedes Deregulierungsprozesses für den Finanzmarkt. Diese „Entnationalisierung des Geldes“, um Hayek’s Worte zu benutzen, würde es Wirtschaftssubjekten, welche ein weit präziseres Wissen erster Hand ihrer spezifischen zeitlichen und örtlichen Koordinaten haben, ermöglichen für jeden Fall zu entscheiden, welche Art von Geldeinheit sie in ihren Verträgen am Stärksten begünstigen würde.

Es ist nicht möglich, über die zu künftige Entwicklung des Geldes, *a priori* Theorien aufzustellen. Unsere theoretischen Untersuchung muss sich auf die Beobachtung begrenzen, dass Geld eine Institution ist, welche wie das Recht, die Sprache und andere rechtlichen und ökonomischen Institutionen in einem spontanen Prozess entsteht, der ein enormes Informationsvolumen enthält und auf evolutionäre Weise während sehr langer Zeit unter Mitwirkung vieler Generationen auftaucht. Weiterhin tendieren genau wie es bei der Sprache der Fall ist, bestimmte Institutionen, die in einem sozialen Prozess des Ausprobierens ihre Funktion am besten erfüllen, dazu die Oberhand behalten. Das Ausprobieren allein kann durch den spontanen, evolutionären Marktprozess zur Vorherrschaft jener Institutionen führen, welche der sozialen Kooperation am zuträglichsten sind, ohne dass irgendeine Person oder Gruppe über die Intelligenz und das Wissen verfügt, welches notwendig ist, um diese Art von Institutionen *ex novo* zu schaffen.

Diese Überlegungen sind vollständig auf die Entstehung und die Evolution des Geldes anwendbar.³⁵

35 Zur Theorie der Entstehung der Institutionen und vor allem des Geldes siehe Menger, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere* und “On the Origin of Money,” S. 239–55. Wir sollten auch an das Mises’sche Regressionstheorem des Geldes erinnern, nach dem der Preis bzw. die Kaufkraft des Geldes durch sein Angebot und seine Nachfrage bestimmt wird. Diese Nachfrage wird wiederum nicht durch die heutige Kaufkraft bestimmt, sondern durch das Wissen, welches der Handelnde auf Basis der Kaufkraft von gestern geformt hat. Gleichzeitig wurde die Kaufkraft des Geldes gestern durch die Geldnachfrage bestimmt, welches sich auf Basis des Wissens der Kaufkraft des Geldes von Vorgestern entwickelt hat. Wir könnten dieses Muster bis zu dem Moment zurückverfolgen, in dem zum ersten Mal in der Geschichte die Menschen

Daher müssen wir in diesem Feld besonders misstrauisch gegenüber Vorschlägen sein, die eine künstliche Währung schaffen, ganz gleich wie viele Vorteile ein derartiger Plan auf den ersten Blick mit sich bringen mag.³⁶

Daher ist unser Vorschlag der freien Wahl der Währung eindeutig. Im Übergangsprozess, welchen wir im weiteren untersuchen werden, muss das Geld in seiner heutigen Form privatisiert werden durch die Ersetzung durch eine Form von Geld, welche sich auf evolutionäre Art, Generation für Generation, in der Geschichte durchgesetzt hat: Gold.³⁷ In der Tat ist es zwecklos zu versuchen, eine neue allgemein genutzte Geldeinheit im Markt einzuführen und dabei tausende von Jahren der Evolution zu ignorieren, in denen Gold spontan als Geld die Oberhand behielt. Nach dem Regressionstheorem des Geldes ist ein solches Kunststück unmöglich, da keine Geldform in einer Gesellschaft als allgemein akzeptiertes Tauschmittel benutzt werden kann, falls sie sich nicht auf einen sehr langen historischen Prozess stützen kann, der mit dem ursprünglichen industriellen oder kommerziellen Gebrauch der fraglichen Ware (wie mit Gold und Silber) beginnt. *Mithin basiert*

begannen, ein gewisses Gut als Tauschmittel nachzufragen. Mithin reflektiert dieses Theorem die Mengersche Theorie des spontanen Entstehens und der Evolution des Geldes. Jedoch handelt es sich in diesem Falle um einen rückwirkenden Effekt. Das Regressionstheorem des Geldes von Mises ist von äußerster Wichtigkeit für jedes Reformprojekt eines Geldsystems und es erklärt, warum es auf diesem Gebiet keine „Sprünge ins Ungewisse“ geben kann. Versuche, *ex novo* Geldsysteme einzuführen, welche nicht das Resultat des evolutionären Prozesses sind, wäre genau wie im Fall von Esperanto in Hinblick auf Sprachen unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Zum Regressionstheorem des Geldes vgl. Mises, *Nationalökonomie*, S. 369-370, S. 384 und *Human Action*, S. 610. Die Markteinführung von neuen Zahlungstechnologien (zunächst Papier, dann Plastikkarten und jetzt elektronisches „Geld“) tangiert rein gar nicht die Schlussfolgerungen unserer Analyse. Es ist weder möglich noch zweckdienlich zu versuchen, ein System von privaten, elektronischen Zwangswährungen einzuführen, welche miteinander in einer chaotischen Welt flexibler Wechselkurse in Wettbewerb stehen; vor allem wenn wir das Endergebnis einer weltweiten, freien Geldevolution der Menschheit bereits kennen: eine einzige weltweite Ware (Geld), die weder von Privatpersonen noch von Beamten manipuliert werden kann. Daher können wir nicht den Vorschlag von Jean Pierre Centi, „Hayekian Perspectives on the Monetary System: Toward Fiat Private and Competitive Moneys,“ in *Austrian Economics Today I*, The International Library of Austrian Economics, K.R. Leube, Hrsg. (Frankfurt: FAZ Buch, 2003), S. 89–104, annehmen. Vgl. Auch Fußnote 103.

36 Der bekannteste Plan zur Entnationalisierung des Geldes ist in Hayek's 1976 Buch, *Denationalisation of Money*, zu deutsch: *Entnationalisierung des Geldes*, zu finden. Nichtsdestoweniger begannen Hayek's Narrheiten in Form einer Unterstützung von künstlichen Geldstandards bereits dreißig Jahre früher: „A Commodity Reserve Currency,“ *Economic Journal* 53, Nr. 210 (Juni–September 1943): 176–84 (auch zu finden als Kapitel 10 von *Individualism and Economic Order*, S. 209–19). Während wir Hayek's Mengersche Analyse der Evolution von Institution für korrekt halten und wir übereinstimmen, dass es höchst vorteilhaft wäre, auch auf dem Felde des Geldes das private Experimentieren, welches für Märkte charakteristisch ist, zu zulassen, finden wir es bedauernd, dass Hayek letztlich einen vollkommen künstlichen Standard (bestehend aus einem Warenkorb) als neue Geldeinheit vorschlug. Obwohl man Hayek's Vorschlag als eine Methode zur Rückkehr zum traditionellen Geld (einem reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht) interpretieren kann, verdient Hayek eindeutig die Kritik, die verschiedene Österreichische Ökonomen gegen seine Vorschläge vorgebracht haben. Diese Ökonomen beurteilten diese recht scharf und bezeichneten sie als „szientistisch“ und „konstruktivistisch“. Unter den Kritikern waren Murray N. Rothbard, Hans-Hermann Hoppe und Joseph T. Salerno, „Mises and Hayek Dehomogenized,“ Die gleichen Einwände können gegen einen sehr ähnlichen Vorschlag von Leland B. Yeager, „The Perils of Base Money,“ S. 262 gebracht werden.

37 Silber könnte zudem als zweiter, paralleler Metallgeldstandard betrachtet werden, welcher, falls es die Wirtschaftssubjekte wünschen sollten, mit Gold bei einem flexiblen Wechselkurs koexistieren könnte. Weiterhin müssen wir anerkennen, dass der Rückgang im Gebrauch von Silber als Geld beschleunigt wurde, als die Regierungen des neunzehnten Jahrhunderts einen festen Wechselkurs zwischen Gold und Silber festlegten, der letzteres künstlich unterbewertet. Vgl. Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 724-26.

*unser Vorschlag auf der Privatisierung des Geldes in seiner heutigen Form und seinen Tausch in seinen metallischen Gegenwert in Gold sowie in der Maßnahme, es zu zulassen, dass der Markt seine freie Entwicklung vom Zeitpunkt des Übergangs an wieder aufnimmt; entweder in dem Gold als allgemein akzeptierte Geldform bestätigt wird oder in dem der spontane und graduelle Eintritt anderer Geldstandards erlaubt wird.*³⁸

EIN SYSTEM VOLLSTÄNDIGER BANKFREIHEIT

Dieses zweite Element unseres Vorschlags bezieht sich auf die Notwendigkeit die Bankenregulierung aufzuheben, die Zentralbank und im Allgemeinen jede Regierungsbehörde zu eliminieren, die sich der Kontrolle und dem Eingriff in das Finanzsystem oder den Bankenmarkt widmet. Es sollte möglich sein, jede beliebige Anzahl von Privatbanken mit kompletter Freiheit sowohl hinsichtlich ihres Unternehmenszwecks als auch ihrer Rechtsform zu gründen. Wie der distinguierte Laureano Figuerola y Ballester im Jahr 1869 schrieb, ist es notwendig, „die Wahl der Bankform jedem Individuum (zu überlassen), welches wissen wird, wie es die Beste für die jeweiligen zeitlichen und geographischen Umstände auswählt.“³⁹ Nichtsdestoweniger bedeutet die Verteidigung der Bankfreiheit nicht, es den Banken zu erlauben mit einer Teildeckung zu operieren. An dieser Stelle sollte es vollkommen klar sein, dass das Bankwesen den traditionellen Rechtsprinzipien unterworfen sein sollte und dass diese die jederzeitige Aufrechterhaltung einer 100-prozentigen Reserve für die Sichteinlagen bei den Banken erfordern. Mithin darf die Bankfreiheit nicht als eine Lizenz zum Verstoß gegen diese Regel betrachtet werden, da dieser Verstoß nicht nur eine Verletzung der traditionellen Rechtsprinzipien darstellt, sondern auch eine Kette von Konsequenzen auslöst, welche für die Wirtschaft äußerst schädlich sind. Die rechtlichen und ökonomischen Aspekte dieser Angelegenheiten sind eng miteinander verknüpft und es ist unmöglich, die rechtlichen und moralischen Prinzipien zu verletzen ohne schwerwiegende, schädigende Konsequenzen für den spontanen Prozess der sozialer Kooperation zu verursachen. Mithin sollte die Bankfreiheit keine anderen Grenzen haben, als jene die durch den Rahmen der allgemeinen Rechtsprinzipien gesetzt sind. Dies bringt uns zum dritten grundlegenden Element

38 Der von uns vorgeschlagene Goldstandard ähnelt nicht im Entferntesten dem unechten Goldstandard, der bis in die 1930er Jahre genutzt wurde. Dieser Standard basierte auf der Existenz von Zentralbanken und einem teilgedeckten Bankensystem. Wie Milton Friedman zeigt:

A real honest-to-God gold standard . . . would be one in which gold was literally money and money literally gold, under which transactions would literally be made in terms either of the yellow metal itself, or of pieces of paper that were 100-percent warehouse certificates for gold. (Milton Friedman, “Has Gold Lost its Monetary Role?” in *Milton Friedman in South Africa*, Meyer Feldberg, Kate Jowel, and Stephen Mulholland, eds. [Johannesburg: Graduate School of Business of the University of Cape Town, 1976])

Zur ökonomischen Theorie des Goldes vgl. Kapitel 8 (“The Theory of Commodity Money: Economics of a Pure Gold Standard”) von Mark Skousen’s Werk, *The Structure of Production*, S. 265–81.

39 Laureano Figuerola, *Escritos económicos*, vorläufige Studie von Francisco Cabrillo Rodríguez, Hrsg. (Madrid: Instituto de Estudios Fiscales, 1991), S. 268. Diese Behauptung, welche selbst Mises und Hayek nicht präziser hätten formulieren können, ist in dem Bericht zu finden, den Laureano Figuerola vor der verfassungsgebenden Versammlung Spaniens am 22. Februar 1869 vorstellte.

unseres Vorschlags, welches wir nun betrachten werden.⁴⁰

DIE VERPFLICHTUNG ALLER WIRTSCHAFTSSUBJEKTE IN EINEM BANKFREIHEITSSYSTEM DIE TRADITIONELLEN RECHTSREGELN UND PRINZIPIEN ZU BEACHTEN, BESONDERS DIE 100-PROZENTIGE RESERVEPFLICHT FÜR SICHTEINLAGEN

An dieser Stelle bleibt uns wenig der Empfehlungen einer 100-prozentigen Reservepflicht für das Bankwesen hinzu zu fügen. Wir haben die gesamte Analyse dieses Buches der Rechtfertigung dieses dritten Elements unseres Vorschlags gewidmet und dieser Punkt ist logisch und eng mit den anderen beiden verknüpft. In der Tat ist der einzige Weg die staatliche, planwirtschaftliche Behörde, die sich mit dem Geld und dem Finanzsystem beschäftigt (d.h. die Zentralbank), mit der Wurzel auszureißen, es der Gesellschaft zu erlauben, den Gebrauch der privaten Geldform wieder aufzunehmen, welche auf evolutionäre Weise in der Geschichte entstanden ist (Gold, und in geringerem Maße Silber). Weiterhin kann eine Marktwirtschaft nur auf einem Rahmen basieren, der

40 Kurzum empfehlen wir das gegenwärtige Netzwerk administrativer Gesetzgebung, welches die Banken reguliert, durch ein paar einfache Artikel zu ersetzen, welche in die Strafgesetzbücher und das Handelsgesetzbuch eingefügt werden müssen. In Spanien könnte beispielsweise die gesamte Bankgesetzgebung eliminiert und einfach durch eine Erneuerung der Artikel 180 und 182 des Handelsgesetzbuches ersetzt werden. Der Text dieser neuen Artikel könnte dem folgenden ähneln (die Abschnitte, welche sich von der gegenwärtigen Formulierung unterscheiden, sind kursiv geschrieben):

Artikel 180: Die Banken werden in ihren Kassen eine Bargeldmenge vorhalten, welche dem *Gesamtwert* an Depositen, Kontokorrentkonten und zirkulierenden Noten entspricht.

Artikel 182: Die Summe der zirkulierenden Noten zusammen mit der Menge, die Depositen und Kontokorrentkonten entspricht, wird in keinem Fall die Summe der Barreserve übersteigen, *welche jede Bank zu jedem gegebenen Zeitpunkt hält.*

In unseren Artikeln für das Handelsgesetzbuch brauchen wir uns nicht auf die Operationen zu beziehen, die eine Gesetzesumgehung beinhalten, um einen wahrhaftigen Depositenvertrag (Transaktionen wie Pensionsgeschäfte, oder amerikanische Verkaufsoptionen, etc.) zu verschleiern. Denn nach der Rechtslehre der Gesetzesumgehung würden solche Operationen Null und nichtig sein. Um jedoch die Möglichkeit auszuschließen, dass eine „Finanzinnovation“ vor ihrer rechtlichen Annullierung in Geld umgewandelt wird, wäre es umsichtig, folgendes zu Artikel 180 hinzu zu fügen: *„Die gleiche Verpflichtung muss von allen Individuen und Firmen erfüllt werden, die in einer Umgehung des Gesetzes rechtliche Transaktionen ausführen, welchen eine echten Gelddepositenvertrag verschleiern.“*

Im Bezug auf das Strafgesetzbuch wären in Spanien nur wenige Reformen notwendig. Nichtsdestoweniger sollte Artikel 252 des neuen Strafgesetzbuches, um seinen Inhalt noch weiter klar zu stellen und ihn mit der Formulierung vergleichbar machen, welche wir für Artikel 180 und 182 des Handelsgesetzbuches vorgeschlagen haben, wie folgt formuliert sein:

Artikel 252: Die festgesetzten Strafen werden auf jeden angewendet, der zum Nachteil eines anderen sich Geld, Güter oder anderes bewegliches Eigentum oder ererbte Vermögenswerte aneignet oder veruntreut, welche er als Hinterlegung, *irreguläres Depositum oder monetäres Bankdepositum* in Konsignation oder treuhänderisch, oder durch *irgendeinen* anderen *ähnlichen* Anspruch empfangen hat, der die Verpflichtung mit sich bringt, das Eigentum zurückzugeben oder auszuliefern; oder der abstreitet, es empfangen zu haben. . . . Diese Strafen werden um 50 Prozent für den Fall eines notwendigen Depositums, *eines irregulären oder monetären Bankdepositums, oder irgendeiner anderen Operation, welche in Umgehung des Gesetzes ein irreguläres Gelddepositum verbirgt*, erhöht. Diese einfachen Modifikationen des Handels- und des Strafgesetzbuches würden es möglich machen, alle gegenwärtig in Spanien bestehenden Bankgesetze abzuschaffen. Es würde dann den normalen Gerichten zufallen, das Verhalten der Individuen zu evaluieren, welche sich der Verletzung irgendeiner der erwähnten Verbote verdächtig gemacht haben. (Dieser Prozess würde logischerweise alle Garantien einschließen, welche für einen Verfassungsstaat charakteristisch sind. Diese Garantien fehlen heute bei vielen administrativen Handlungen der Zentralbank in auffälliger Weise.)

durch Regeln des materiellen Rechts begründet ist. Wenn man diese Regeln auf das Bankwesen anwendet, fordern sie die Errichtung eines Systems vollkommener Bankfreiheit. Dies ist indes ein System, in dem Bankiers fortwährend das Prinzip der Aufrechterhaltung einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlageverträge beachtet. In Kombination machen die obigen drei Elemente das Herz eines Vorschlags zur endgültigen Reform und Privatisierung des modernen Bank- und Geldsystems aus. Dieser Vorschlag befreit das Bank- und Geldsystem von den Hindernissen, welche es heute stören, vor allem von Zentralbankeingriffen und staatlich garantierten Privilegien, deren sich die wichtigsten Subjekte im Finanzsektor erfreuen. Diese Reform würde die Entwicklung von Bankinstitutionen erlauben, die tatsächlich für eine Marktwirtschaft angemessen wären; Institutionen, welche die wirtschaftliche Entwicklung und die Akkumulation von umsichtig investierten Kapitals erleichtern und gleichzeitig die Fehlabbildungen und Krisen verhindern würden, welche das gegenwärtige, streng kontrollierte und zentralisierte System verursacht.

WIE WÜRDEN DAS FINANZ- UND BANKENSYSTEM IN EINER VOLLKOMMEN FREIEN GESELLSCHAFT AUSSEHEN?

Wir stimmen mit Israel M. Kirzner überein, dass es unmöglich ist, heute schon zu wissen, welche Information und Institutionen die Unternehmer, die am künftigen Finanz- und Bankensystem teilnehmen, morgen frei und spontan schaffen werden, unter der Annahme, dass sie unter keinem institutionellen staatlichen Zwang leiden und lediglich dem rechtlichen Rahmen materieller Regeln unterworfen sind, welchen das Funktionieren jeden Marktes erfordert. Wie wir wissen ist die Wichtigste aller derartiger Regeln im Bankwesen das Prinzip einer 100-prozentigen Reserve.⁴¹

Trotz dieser Einschränkung können wir mit F.A. von Hayek mutmaßen⁴², dass unter diesen Umständen eine Vielzahl von Investmentfonds entstehen würden⁴³, in die Leute einen Teil ihrer

41 We are not able to chart the future of capitalism in any specificity. Our reason for this incapability is precisely that which assures us . . . the economic future of capitalism will be one of progress and advance. The circumstance that precludes our viewing the future of capitalism as a determinate one is the very circumstance in which, with entrepreneurship at work, we are no longer confined by any scarcity framework. It is therefore the very absence of this element of determinacy and predictability that, paradoxically, permits us to feel confidence in the long-run vitality and progress of the economy under capitalism. (Israel M. Kirzner, *Discovery and the Capitalist Process* [Chicago and London: University of Chicago Press, 1985], S. 168)

42 Hayek, *Entnationalisierung des Geldes*, S. 119.

43 Zur Entwicklung dieses Netzes von Investmentfonds, vgl. den Artikel von Joseph T. Salerno, „Gold Standards: True and False,“ S. 257-58. Die Wahrnehmung, dass die Anteile an diesen Investmentfonds sich letztlich zu Geld entwickeln würden, ist inkorrekt, denn diese Anteile sind lediglich Rechtsansprüche auf reale Investitionen und würden nicht die Wiedererlangung des Nominalwerts derartiger Investitionen garantieren. Diese Investitionen würden immer den Markttrends der Preise für die korrespondierenden Kapitalgüter, Aktien und Anleihen ausgesetzt sein. In anderen Worten wäre, trotz des hohen Liquiditätsgrads, den diese Investitionen erreichen könnten, die Liquidität weder unmittelbar noch würde sie dem Nominalwert entsprechen, der Geldeinheiten per Definition angeheftet ist. In der Tat würde jede Person mit einem Liquiditätsbedürfnis gezwungen sein, auf dem Markt irgendjemanden zu finden, der bereit ist, diese Liquidität bereitzustellen, indem er den Marktwert der

gegenwärtigen „Depositen“ investieren würden. Diese Investmentfonds würden auf Grund der Existenz umfassender Sekundärmärkte äußerst liquide sein. Sie würden jedoch, logischerweise nicht ihren Teilhabern garantieren, dass sie zu jeder Zeit den Nominalwert ihrer Investitionen wiedererlangen könnten. Wie beim Kurs jedes anderen Wertpapiers auf einem Sekundärmarkt, wären die entsprechenden Anteile Änderungen im Marktwert unterworfen. Somit würde eine plötzliche, wenngleich unwahrscheinliche Änderung der sozialen Zeitpräferenzrate allgemeine Fluktuationen im Marktpreis der Anteile auslösen. Derartige Kursschwankungen würden sich nur auf die Besitzer der entsprechenden Aktien auswirken und nicht, wie es jetzt geschieht, auf alle Bürger, die Jahr für Jahr einen signifikanten Abfall der Kaufkraft der vom Staat emittierten Geldeinheiten erfahren, die sie zu nutzen verpflichtet sind.

Es ist gut möglich, dass das verbreitete System von Investmentfonds durch ein ganzes Netzwerk von Institutionen begleitet wird, welche es sich zur Aufgabe machen, ihren Kunden mit Dienstleistungen zum Zahlungsverkehr, Überweisungen, Buchhaltung und Kassenführung im Allgemeinen zu versorgen. Diese Unternehmen würden in einem Umfeld des freien Wettbewerbs operieren und den entsprechenden Marktpreis für ihre Leistungen in Rechnung stellen.

Zudem ist es vorstellbar, dass eine Anzahl von Privatfirmen auftaucht, *die überhaupt keine Verbindung zum Kreditgeschäft hat*, und sich dem Fördern, dem Design und dem Angebot von verschiedenen Arten privaten Geldes widmet. Derartige Firmen würden auch einen Gewinn (sehr wahrscheinlich einen bescheidenen) durch ihre Leistungen erzielen. Wir schreiben „Fördern“, weil wir keinen Zweifel hegen, dass in einem Umfeld vollständiger Freiheit, die vorherrschende Geldform immer ein Metall sein wird, welches zumindest die grundlegenden Charakteristiken besitzt, welche bis heute nur Gold hat anbieten können: Unveränderlichkeit, große Homogenität und vor allem Knappheit. Denn je knapper Geld ist und desto unwahrscheinlicher signifikante Anstiege und Rückgänge in seinem Volumen innerhalb relative kurzer Zeitperioden sind, desto besser erfüllt Geld seine Funktion.⁴⁴

3

EINE ANALYSE DER VORTEILE DES VORGESCHLAGENEN SYSTEMS

In diesem Abschnitt werden wir die Hauptvorteile betrachten, welches ein Bankfreiheitssystem, das

entsprechenden Fondsanteile in Gold zahlt. Mithin können Investmentfonds weder den Wert des investierten Kapitals zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile garantieren, noch die Verzinsung der Investition. Jede „Liquiditätsgarantie“ bezieht sich bloß auf die relative Leichtigkeit, mit der die Fondanteile auf dem Markt verkauft werden können. Es gibt jedoch keine rechtliche Garantie, dass der Verkauf unter allen Umständen möglich sein wird und erst recht nicht zu einem festgesetzten Preis.

⁴⁴ Es ist daher keine historische Laune gewesen, dass in einem freiheitlichen Umfeld Gold als allgemein akzeptiertes Geld die Oberhand behalten hat. Denn es besitzt die grundlegenden Charakteristika, welche aus Sicht der allgemeinen Rechtsprinzipien und der ökonomischen Theorie, eine weit akzeptiertes Tauschmittel haben muss. Auf diesem Gebiet hat die Ökonomie, wie auf vielen anderen (der Familie, der Eigentumsrechte, etc.), die spontanen Ergebnisse des sozialen Evolutionsprozesses unterstützt.

an den Rechtsprinzipien, einer 100-prozentigen Reservepflicht und einer vollkommen privaten Geldform (Gold) festhält, gegenüber dem System der finanzwirtschaftlichen Planwirtschaft (Zentralbankwesen) offeriert, welches gegenwärtig die Finanzmärkte und Bankensysteme aller Länder kontrolliert.

1. *Das vorgeschlagene System verhindert Bankkrisen.* Selbst die herausragendsten Verteidiger eines teilgedeckten Bankfreiheitssystems haben erkannt, dass die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht den Bankkrisen ein Ende setzten würde.⁴⁵ In der Tat sind Bankkrisen auf den inhärenten Liquiditätsmangel dieser Institutionen zurückzuführen, welche den Großteil des bei ihnen auf Sicht hinterlegten Geldes in der Form von Darlehen verleihen. Wenn unter Beibehaltung der traditionellen Rechtsprinzipien des irregulären Depositums irgendjemand, der Geld als Depositum erhält, dazu verpflichtet ist, zu jeder Zeit ein *tantundem* in Höhe von 100 Prozent des empfangenen Geldes bereitzuhalten, ist es offensichtlich, dass Deponenten in der Lage sein werden, den deponierten Betrag jeder Zeit abzuheben, ohne irgendeine finanzielle Belastung den entsprechenden Banken zu zu fügen.

Natürlich können Banken bei der Ausübung von anderen Aktivitäten als dem Depositengeschäft, z.B. in ihrer Rolle als Darlehensintermediäre, auf gewisse wirtschaftliche Probleme als Folge von unternehmerischen Fehler oder schlechtem Management stoßen. Jedoch wäre in diesen Fällen die einfache Anwendung der Prinzipien des Insolvenzrechts⁴⁶ ausreichend, um diese Art von Bankoperationen in geordneter Weise zu liquidieren, *ohne sich in irgendeiner Weise* auf die garantierte Rückgabe der Sichteinlage aus zu wirken. Aus rechtlicher und ökonomischer Sicht ist diese zweite Art von „Bankkrisen“ ohne jede Relation, sowohl qualitativ als auch quantitativ, zu den traditionellen Krisen, welche die Banken seitdem sie begannen, mit Teildeckung zu operieren, plagten. Der einzige Weg, um diese traditionellen Krisen zu vermeiden, ist gerade die Abschaffung des Teildeckungsbankwesens.

2. *Das vorgeschlagene System verhindert das zyklische Auftreten von Wirtschaftskrisen.* Wie wir in Theorie und Geschichte gesehen haben, haben sukzessive Zyklen künstlichen Aufschwungs und wirtschaftlicher Rezession die Marktwirtschaften seit dem Zeitpunkt heimgesucht, an dem die Banken begannen mit einer Teildeckung zu operieren. Weiterhin wurde die schädigende Wirkung dieser Zyklen noch verstärkt, als die Staaten den Banken ein Privileg gaben, in dem sie die Teildeckung legalisierten. Die Schäden waren am größten als mit der Zentralbank ein Kreditgeber letzter Instanz geschaffen wurde, der darauf ausgelegt war, dass System in schwierigen Zeiten mit der notwendigen Liquidität zu versorgen. Denn während die Zentralbank die Häufigkeit von Bankkrisen verringert hat, ist sie nicht in der Lage gewesen, die wirtschaftlichen Rezessionen zu

45 Unter anderen bekräftigt George A. Selgin, dass “a 100-percent reserve banking crisis is an impossibility.” Selgin, “Are Banking Crises a Free-Market Phenomena?” S. 2

46 Vgl. Cabrillo, *Quiebra y liquidación de empresas: un análisis económico del derecho español*.

beenden, welche ganz im Gegenteil in den meisten Fällen länger und schärfer geworden sind. Ein Bankensystem in Harmonie mit den traditionellen Prinzipien des Eigentumsrechts (d.h. einer 100-prozentigen Reservepflicht) würde unsere Gesellschaften gegen wiederkehrende Wirtschaftskrisen immunisieren. In der Tat könnte unter diesen Umständen das Darlehensvolumen nicht ansteigen, ohne dass es *zuvor* zu einem parallelen Anstieg der realen freiwilligen Ersparnisse gekommen wäre. Unter solchen Bedingungen wäre es nicht vorstellbar, dass die Produktionsstruktur als Resultat einer Fehlkoordination im Verhalten der Sparer und Investoren verzerrt wird. Die beste Garantie gegen intertemporale Fehlabbildungen in der Produktionsstruktur ist die Befolgung der traditionellen Rechtsprinzipien, die in der innersten Logik der Rechtsinstitutionen, die mit dem irregulären Depositenvertrag und dem Eigentumsrecht in Bezug stehen, präsent sind.⁴⁷

Entgegen der Ansicht der Ökonomen der Chicago Schule (jene, welche eine 100-prozentige Reservepflicht für das Bankwesen forderten) hängt die Ausmerzung der Wirtschaftskrisen und Rezessionen zudem eindeutig von der totalen Privatisierung des Geldes (einem reinen Goldstandard) ab. Denn wenn die Zentralbank weiterhin für die Emission einer reinen Zwangswährung verantwortlich ist, gibt es niemals irgendeine Garantie, dass diese Institution mittels Offenmarktoperationen an der Börse nicht künstlich die Zinssätze reduziert und die Kapitalmärkte mit künstlicher Liquidität überschwemmt, was letztlich die gleichen verzerrenden Effekte auf die Produktionsstruktur ausübt wie die Kreditausweitung durch die Privatbanken ohne Deckung durch die entsprechenden realen Ersparnisse.⁴⁸ Die Schlüsselvertreter einer 100-prozentigen Reservepflicht der Chicago Schule (Simons, Mints, Fisher, Hart und Friedman) wollten in erster Linie die Geldpolitik vereinfachen und Bankenkrisen vermeiden (der obige Punkt eins). Ihre makroökonomischen, monetaristischen Analysewerkzeuge hielten sie jedoch davon ab, zu sehen, dass zyklische Wirtschaftskrisen, welche auf die reale Produktionsstruktur durch ein Teildeckungsbankensystem losgelassen werden, noch schädlicher sind als Bankenkrisen. Nur die vollständige Abschaffung der Regulierungen hinsichtlich eines gesetzlichen Zahlungsmittels und die totale Privatisierung des vom Staat emittierten Geldes, welches heute existiert, wird die

⁴⁷ Eine akkurate Definition der Eigentumsrechte im Hinblick auf den monetären Bankdepositenvertrag (100-prozentige Reserve) und eine energische, wirksame Verteidigung dieser Rechte ist mithin die einzige Grundvoraussetzung für ein „stabiles Geldsystem“, ein Ziel welches Papst Johannes Paul II. als eine der (wenigen) Schlüsselaufgaben des Staates in der Wirtschaft ansieht. Vgl. Johannes Paul II., *Enzyklika Centesimus Annus, Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, den Klerus, die Ordensleute, die Gläubigen der katholischen Kirche und alle Menschen guten Willen zum hundertsten Jahrestag von Rerum Novarum.*, 1. Mai 1991, (Bonn: Deutsche Bischofskonferenz, 1991), S. 55. Hier schreibt Johannes Paul II.: „Die Wirtschaft, insbesondere die Marktwirtschaft, kann sich nicht in einem institutionellen, rechtlichen und politischen Leerraum abspielen.“ Diese Feststellung ist perfekt im Einklang mit unserer Unterstützung der Anwendung der Rechtsprinzipien auf den konkreten Fall des monetären Bankdepositenvertrags.

⁴⁸ Wie wir wissen, vermag die Regierung auch eine *horizontale* (intratemporale) Fehlabbildung in der Produktionsstruktur durch die Emission neuen Geldes zur Ausgabenfinanzierung verursachen.

Regierungsinstitutionen davon abhalten, Wirtschaftszyklen auszulösen, sobald einmal eine 100-prozentige Reservepflicht für private Banken eingeführt worden sind.

Schließlich müssen wir zugeben, dass das empfohlene System nicht *alle* Wirtschaftskrisen und Rezessionen vermeiden würde. Es würde nur die wiederkehrenden Konjunkturwechsel von Aufschwung und Rezession abwenden, an welchen wir heute leiden (und welche die große Mehrheit und die schwerwiegendsten Krisen ausmachen). Es würde nicht die isolierten Krisen verhindern, die durch Kriege, Naturkatastrophen oder ähnliche Phänomene ausgelöst werden, welche wegen ihrer plötzlichen Attacke auf die Zuversicht und die Zeitpräferenz der Wirtschaftssubjekte Schocks für die Produktionsstruktur verursachen könnten und mithin beträchtliche, schmerzhafte Anpassungen erfordern würde. Nichtsdestoweniger dürfen wir uns nicht von der Vorstellung täuschen, wie es eine Anzahl von Ökonomen tut (hauptsächlich die Anhänger der „neuklassischen Theorie“), dass alle Wirtschaftskrisen auf externe Schocks zurückzuführen sind. Diese Ökonomen erkennen nicht, dass die meisten Krisen einen endogenen Ursprung haben und durch gerade die Kreditausweitung angefeuert wird, welche der Bankensektor hervorbringt und die Zentralbanken koordinieren. In Abwesenheit dieses verzerrenden Einflusses auf die Kredite, würde die Anzahl der Schocks auf ein Minimum fallen; nicht nur, weil der Hauptgrund der Instabilität in unseren Volkswirtschaften verschwinden würden, sondern auch, wie wir später erklären werden, weil die Staaten eine viel diszipliniertere Haushalts- und Steuerpolitik anwenden würden. Mit dieser größeren Beschränkung würde das vorgeschlagene System rechtzeitig reagieren, um vielen Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die finanzielle Verantwortungslosigkeit und sogar Gewalt, Konflikte und Kriege fördern, welche zweifellos auch letztlich für das isolierte Auftauchen externer Schocks verantwortlich sind, welche sich als höchst schädigend für die Volkswirtschaft erweisen.

3. Das vorgeschlagene System steht in vollster Harmonie mit dem Konzept des Privateigentums

Die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht für Bankdepositenverträge würde der juristischen Verworfenheit ein Ende setzen, welche die Institution des Bankwesens von Anfang an heimgesucht hat. Wie wir in unserer historischen Studie der Evolution des Bankwesens gesehen haben, übersahen die Regierungen zunächst die betrügerische Natur des Teildeckungsbankwesens. Dann, wenn die Effekte des System offensichtlicher wurde, wurden die Regierungen zu Komplizen, anstatt die traditionellen Prinzipien des Eigentumsrecht zu beschützen. Später wurden sie die treibende Kraft hinter den entsprechenden expansiven Prozessen immer mit dem Ziel eine günstige Finanzierungsquelle für ihre politischen Projekte zu gewinnen. Die Evolution des Bankwesens ohne die Beachtung der Rechtsprinzipien hat nur negative Ergebnisse gebracht: sie hat aller Arten von

betrügerischen, unverantwortlichen Verhalten ermutigt; sie hat die künstliche Kreditausweitung und die höchst schädlichen wiederkehrenden Wirtschaftsrezessionen und sozialen Krisen angestoßen; und sie hat letztlich das unvermeidbare Entstehen von Zentralbanken und ein ganzes Netz von Verwaltungsregulierungen zu Finanz- und Bankaktivitäten zu verantworten. Diese Regulierungen haben nicht die von ihnen erhofften Ziele erreicht und destabilisieren überraschenderweise noch heute an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts die Volkswirtschaften der Welt.

4. *Das vorgeschlagene Modell fördert ein stabiles, nachhaltiges Wachstum und reduziert damit drastisch die Transaktionskosten auf dem Markt und vor allem die Spannungen bei Lohnverhandlungen.* Über neunzig Jahre chronischer weltweiter Inflation und eine kontinuierliche und während vieler Perioden vollkommen unkontrollierte Kreditausweitung haben das Verhalten und die Gewohnheiten der Wirtschaftssubjekte korrumpiert. Mithin glauben die Meisten heute, dass Inflation und Kreditausweitung zur Stimulation der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig sind. Weiterhin hat sich daher die falsche Vorstellung verbreitet, dass eine Volkswirtschaft, die sich nicht in einer Boomphase befindet, „stagniert“. Die Leute erkennen nicht, dass eine schnelle, übertriebene Expansion immer wahrscheinlich eine künstliche Ursache hat und sich in Form einer Rezession umkehren muss. Wir haben uns kurzum daran gewöhnt, in manisch depressiven Volkswirtschaften zu leben und haben unser Verhalten an ein unstabiles, beunruhigendes Muster wirtschaftlicher Entwicklung angepasst.

Durch die vorgeschlagene Reform würde jedoch dieses „manisch depressive“ Modell wirtschaftlicher Entwicklung durch ein sehr viel stabileres und nachhaltigeres ersetzt. In der Tat würde nicht nur die künstliche Expansion zusammen mit all dem sie auf allen Niveaus beinhaltenden Stress (ökonomischer, ökologischer sozialer und persönlicher Art) verhindert, sondern auch die Rezessionen, welche unweigerlich auf jede Expansionsphase folgen. In dem vorgeschlagenen Modell wäre das Geldsystem in Hinblick auf die Geldmenge starr und unelastisch, sowohl in Bezug auf das Wachstums der zirkulierenden Geldmenge als auch vor allem in Bezug auf mögliche Verringerungen und Kontraktionen der Geldmenge. In der Tat würde eine 100-prozentige Reservepflicht einen expansiven Anstieg der Geldmenge in Form von Darlehen ausschließen und die zirkulierende Geldmenge würde ganz einfach natürlich wachsen und an den jährlichen Anstieg der weltweiten Goldmenge gebunden sein. Die weltweite Goldmenge ist in den letzten 100 Jahren durchschnittlich um 1 bis 3 Prozent pro Jahr gewachsen.⁴⁹ Mithin würde in einem Geldsystem

⁴⁹ Vgl. Skousen, „The Theory of Commodity Money: Economics of a Pure Gold Standard,“ in *The Structure of Production*, S. 269–71. Skousen erklärt zudem, dass durch die unveränderliche Beschaffenheit des Goldes die weltweite im Laufe der Geschichte angesammelte Menge nur steigt und nicht fällt. Mithin wird *ceteris paribus*, wenn die weltweit geförderte Goldmenge konstant bleibt, die Geldmenge immer weniger stark ansteigen, zumindest prozentual. Jedoch wird dieser Umstand durch technologische Verbesserungen und Innovationen im Minensektor kompensiert. Diese Innovationen haben dazu geführt, dass im Durchschnitt die weltweite Goldmenge seit 1910

basierend auf einem reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht für die Banken und unter der Annahme, dass der Produktivitätsfortschritt durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr beträgt, dieses wirtschaftliche Wachstumsmodell zu einem *allmählichen, kontinuierlichen Fall der Preise von Konsumgütern und Leistungen führen*. Dieser Preisrückgang ist mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung aus theoretischer und praktischer Sicht nicht nur vollkommen kompatibel. Das System würde auch garantieren, dass die Gewinne eines solchen Wachstums allen Bürgern durch einen kontinuierlichen Anstieg der Kaufkraft ihres Geldeinheiten zu Gute kommen würde.⁵⁰

Dieses Modell steigender Produktivität, wirtschaftlicher Entwicklung und einer Geldmenge, welche langsam wächst (in einer Rate von einem Prozent), würde durch den Preisrückgang einen Anstieg der Realeinkommen der Produktionsfaktoren erzeugen. Vor allem die Realeinkommen der Arbeiter würde steigen, was wiederum in einem enormen Rückgang der Verhandlungskosten resultieren würde, welche gegenwärtig mit den Tarifvereinbarungen einhergehen. (Unter der Annahme einer stabilen Geldnachfrage, einem Produktivitätsanstieg von 3 Prozent, und einem Geldmengenwachstum von 1 Prozent würden die Preise dazu tendieren, ungefähr 2 Prozent pro Jahr zu fallen). In diesem Modell würden die Realeinkommen aller Faktoren vor allem der Arbeit automatisch angepasst und die kollektiven Tarifvereinbarungen, welche gegenwärtig so große Spannungen und Konflikte in den westlichen Volkswirtschaften verursachen, könnten eliminiert werden. In der Tat würde dieser Prozess auf die isolierten Fälle reduziert, in denen beispielsweise ein größerer Anstieg der Produktivität oder der Marktpreise der spezifischen Arbeitsarten es notwendig gemacht hat, noch größere Lohnanstiege zu verhandeln als jene, welche automatisch jedes Jahr in den Realeinkommen mit dem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus reflektiert sind. Weiterhin wären in diesen Fällen sogar die Intervention der Gewerkschaft unnötig (obzwar diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist), denn die Marktkräfte selbst, geleitet durch das unternehmerische Gewinnmotiv, würden spontan dazu führen, dass die Einkommen so stark steigen würden, wie relativ gesehen gerechtfertigt ist. Mithin würde die kollektiven Tarifverhandlungen sich in der Praxis auf jene isolierten Fälle beschränken, in denen die Produktivität weniger als der

zwischen 1 und 3 Prozent pro Jahr gestiegen ist. Mises seinerseits weist darauf hin, dass der jährliche Anstieg der weltweiten Goldmenge tendenziell dem allmählichen und anhaltendem Anstieg entspricht, welches das Bevölkerungswachstum in der Geldnachfrage verursacht. Wenn daher die Nachfrage zwischen 1 und 3 Prozent ansteigt (eine Rate, die der des Goldanstiegs ähnlich ist), würden die Preise um ungefähr 3 Prozent pro Jahr fallen unter der Annahme, dass die allgemeine wirtschaftliche Produktivität um 3 Prozent durchschnittlich steigt. Die Nominalzinsen würden zwischen 0,25 und 1 Prozent oszillieren. Vgl. Mises, *Nationalökonomie*, S. 374. Mises erwähnt nicht, dass eine gesunde, lang-anhaltende Deflation verursacht durch einen Produktivitätsanstieg *ceteris paribus* eine Tendenz zur Verringerung der Geldnachfrage auslöst, was höhere Nominalzinsen erlaubt.

⁵⁰ George A. Selgin hat jüngst argumentiert, dass die beste geldpolitische Regel darin besteht, zu erlauben, dass das allgemeine Preisniveau im Einklang mit dem Produktivitätswachstum fällt. Vgl. sein Buch, *Less Than Zero: The Case for a Falling Price Level in a Growing Economy*. Wir erachten diesen Vorschlag als fundamental richtig. Nichtsdestoweniger unterstützen wir nicht in Gänze Selgin's These, aus den in Kapitel 8 genannten Gründen. Vor allem stimmen wir nicht mit der Auffassung über ein, dass die für seinen Vorschlag günstigste institutionelle Maßnahme, die Einführung eines teilgedeckten Bankfreiheitssystems wäre.

Durchschnitt steigt und damit eine gewisse Reduzierung der Nominallohne notwendig machen. In jedem Fall wäre die Reduzierung geringer als der Rückgang im allgemeinen Preisniveau.⁵¹

Schließlich müssen wir darauf hinweisen, dass die wichtigste Tugend der Starrheit des vorgeschlagenen Geldsystem darin besteht, dass es plötzliche Kontraktionen oder einen Rückgang der Geldmenge, wie sie heute unweigerlich in der Rezessionsphase vorkommen, die im Konjunkturwechsel auf jede Expansion folgt, *vollkommen* ausschließen würde. Mithin ist der größte Vorteil der von uns vorgeschlagenen Reform, dass sie vollkommen die Kreditklemme eliminiert, welche auf jeden Aufschwung folgt und eines der klarsten Anzeichen der Wirtschaftskrisen ist, welche unsere Volkswirtschaften wiederholt erfassen. Die weltweite Goldmenge ist unveränderlich und ist über Jahrhunderte der Zivilisation angehäuft worden. Damit ist es unvorstellbar, dass die Goldmenge in der Zukunft sich plötzlich verringert. Eine der hervorragendsten Eigenschaften von Gold und vielleicht die einflussreichste bei der evolutionären Vorherrschaft von Gold als Geld *par excellence* ist seine Homogenität und Unveränderlichkeit während der Jahrhunderte. Somit ist der Hauptvorteil des vorgeschlagenen System, dass es die plötzlichen Verringerungen im Kreditvolumen und damit der zirkulierenden Geldmenge ausschließen würde, welche bis heute wiederholt in den „elastischen“ Geld- und Kreditsystemen, welche in der Welt vorherrschen, vorkommen. Kurzum würde ein reiner Goldstandard mit einer 100-prozentigen Reservepflicht eine Deflation verstanden als ein Rückgang der zirkulierenden Geld- oder Kreditmenge verhindern würde.⁵²

51 Mises bringt in dem für den Völkerbund vorbereiteten Memorandum, welches wir an früherer Stelle in diesem Kapitel erwähnt haben, die obigen Ideen brillant auf den Punkt:

[I]f all expansion of credit by the banks had been effectively precluded, the world would have had a monetary system in which—even apart from the discoveries of gold in California, Australia, and South Africa—prices would have shown a general tendency to fall. The majority of our contemporaries will find a sufficient ground for regarding such a monetary system as bad in itself, *since they are wedded to the belief that good business and high prices are one and the same thing*. But that is prejudice. If we had had slowly falling prices for eighty years or more, we would have become accustomed to look for improvements in the standard of living and increases in real income through falling prices with stable or falling money income, rather than through increases in money income. At any rate, a solution to the difficult problem of reforming our monetary and credit system must not be rejected offhand merely for the reason that it involves a continuous fall in the price level. Above all, we must not allow ourselves to be influenced by the evil consequences of the recent rapid fall in prices. *A slow and steady decline of prices cannot in any sense be compared with what is happening under the present system: namely, sudden and big rises in the price level, followed by equally sudden and sharp falls.* (Mises, *Money, Method, and the Market Process*, S. 90–91; Hervorhebung hinzugefügt)

52 Wir müssen daran erinnern, dass die Geldmenge während der Großen Depression von 1929 um 30 Prozent zurück ging. Eine Kontraktion dieser Art wäre mit einem reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht unmöglich, da das von uns vorgeschlagene Geldsystem in Hinblick auf Kontraktionen unelastisch ist. Mithin wäre es in unserem Modell nicht zu der monetären Kontraktion, welche viele fälschlicherweise für den Hauptgrund für die Große Depression halten, gekommen. Gleichzeitig ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Kombination eines reinen Goldstandard und eine 100-prozentigen Reservepflicht jemals zu einem inflationären Preisanstieg führt. Vgl. Mark Skousen, *Economics on Trial: Lies, Myths and Realities* (Homewood, Ill.: Business One Irwin, 1991), S. 133–38. In der Tat ist die Gesamtgoldmenge in keinem Jahr von 1492 bis heute mehr als 5 Prozent gestiegen und der durchschnittliche Anstieg lag, wie wir bereits erwähnt haben, zwischen einem und drei Prozent pro Jahr.

5. *Das vorgeschlagene System würde der fieberartigen Finanzspekulation und ihren abträglichen Folgen ein Ende setzen.* Wir können die Geldschaffung der Banken mittels Kreditausweitung mit der Öffnung der Büchse von Pandora vergleichen. Um sie wieder zu verschließen, müssen wir alle Anreize eliminieren, die Individuen in Versuchung bringen sich in allerlei Arten skrupellosen, betrügerischen Verhalten zu ergehen. Derartige Anreize können äußerst schädlich sein, da sie die etablierten Spar- und Arbeitsgewohnheiten -das heißt, die Gewohnheit beständige, ehrliche, verantwortliche und langfristige wirtschaftliche Anstrengungen zu unternehmen – nachhaltig korrumpieren.⁵³ Weiterhin würden auch wilde Aktienmarktspekulationen vereitelt und Übernahmeangebote, welche von sich aus harmlos sind, würden nur abgegeben werden, wenn es dafür echte, objektive ökonomische Gründe geben würde. Sie wären nicht lediglich die Folge der großen Leichtigkeit mit der auf Grund der *ex nihilo* Kreditausweitung des Bankensektors externe Finanzierung erlangt werden kann. In Maurice Allais Worten: Übernahmeangebote sind im Wesentlichen zweckdienlich, jedoch sollte die Gesetzgebung, die diese Angebote regeln, überarbeitet werden. Es sollte nicht möglich sein, wie es in den Vereinigten Staaten passiert, sie mittels *ex nihilo* von dem Bankensystem geschaffenen Zahlungsmitteln oder neu emittierten Risikoanleihen zu finanzieren.⁵⁴

Im Markt schafft das ausgeweitete von Ersparnissen nicht gedeckte Darlehensangebot seine eigene Nachfrage, welche sich oft in skrupellosen Wirtschaftssubjekten verkörpert, deren einzige Intention die Erzielung kurzfristiger Gewinne durch die enormen Vorteile ist, welche sie zum Nachteil aller anderen Bürger daraus ziehen, dass sie die neu geschaffenen Zahlungsmittel vor allen anderen benutzen.

6. *Das vorgeschlagene System reduziert die wirtschaftlichen Funktionen des Staates auf ein Minimum und erlaubt im Besonderen die Abschaffung der Zentralbank.* Das von uns empfohlene System würde die Notwendigkeit der Federal Reserve, der Europäischen Zentralbank, der Bank von England, der Bank von Japan und im Allgemeinen jeder Behörde, Zentralbank, und offiziellen, öffentlichen oder staatlichen Institution mit dem Notenemissionsmonopol, sowie einer staatlichen Geldplanungsbehörde zur Kontrolle und Leitung des Geld- und Finanzsystem jeden Landes eliminieren. Sogar gewisse ausgezeichnete Politiker wie Andrew Jackson, amerikanischer

⁵³ In den genauen Worten von Maurice Allais, “spéculation, frénétique et fébrile, est permise, alimentée et amplifiée par le crédit *tel qui fonctionne actuellement.*” Maurice Allais, “Les conditions monétaires d’une économie de marchés,” S. 326. Vielleicht gibt es keine präzisere und elegantere Art sich auf das zu beziehen, was man in Spanien seit ein paar Jahren „la cultura del pelotazo“ [die Kultur des schnellen Reichtums] genannt hat. Dieser Trend ist unzweifelhaft durch die unkontrollierte Kreditausweitung durch das Finanzsystem ermöglicht und genährt worden.

⁵⁴ Allais, “Les conditions monétaires d’une économie de marchés,” S. 347. Der Originaltext liest sich wie folgt: Les offres publiques d’achat sont fondamentalement utiles, mais la législation les concernant doit être réformée. Il n’est pas souhaitable qu’elles puissent être financées par des moyens de paiement créés *ex nihilo* par le système bancaire, ou par l’émission des *junk bonds*, comme c’est le cas aux États-Unis.

Präsident im neunzehnten Jahrhundert, verstanden diese Idee vollkommen und widersetzten sich, motiviert von dieser Idee auf Schärfste der Einrichtung einer Zentralbank. Unglücklicherweise war ihr Einfluss nicht stark genug, um die Kreation des gegenwärtigen zentralen Planungssystems im Bank- und Finanzsektor zu verhindern. Sie vermochten auch nicht die abträglichen Effekte dieses Systems in der Gegenwart und der Vergangenheit von unsere Volkswirtschaften abzuwenden.⁵⁵ Außerdem werden, wie es die Public Choice Schule zeigt, privilegierte Interessengruppen und Politik dazu tendieren, jedes Umlaufmittelsystem basierend auf dem staatlichen Monopol der Geldausgabe auszubeuten. In der Tat sehen sich die Politiker der unwiderstehlichen Versuchung ausgesetzt zu versuchen Stimmen mit aus dem Nichts geschaffenen Geldern zu *kaufen*. Diese Verlockung wird unter anderen von den Theoretikern des „politischen Konjunkturzyklus“ analysiert.⁵⁶ Weiterhin erlaubt die Möglichkeit der Geld- und Kreditausweitung den Politikern ihre Ausgaben zu finanzieren ohne auf Steuern zurückgreifen zu müssen, die immer unpopulär und schmerzhaft sind. Gleichzeitig arbeitet bei dieser Option der Rückgang der Kaufkraft des Geldes zu Gunsten der Politiker, da die Einkommensteuer normalerweise progressiv ist. Aus diesen Gründen ist es besonders wichtig, dass wir ein Geldsystem finden, welche wie das hier vorgeschlagene die Einstellung der Staatseingriffe auf dem Gebiet des Geldes und der Finanzen erlaubt. Mises fasst dieses Argument recht gut zusammen:

*The reason for using a commodity money is precisely to prevent political influence from affecting directly the value of the monetary unit. Gold is the standard money . . . primarily because an increase or decrease in the available quantity is independent of the orders issued by political authorities. The distinctive feature of the gold standard is that it makes changes in the quantity of money dependent on the profitability of gold production.*⁵⁷

Wir sehen daher, dass die Institution eines reinen Goldstandards mit einer 100-prozentigen Reservepflicht durch die von Abermillionen Wirtschaftssubjekten im Markt getroffenen Entscheidungen in einem langen evolutionären Prozess entstanden ist und diese Institution die lebenswichtige Gelegenheit gewährt, der Tendenz aller Regierungen Einhalt zu gebieten, sich in das

⁵⁵ Wir sollten daher besonders kritisch mit jenen Autoren sein, welche wie Alan Reynolds, Arthur B. Laffer, Marc A. Miles und andere versuchen, einen Pseudogoldstandard einzuführen, in dem die Zentralbank weiterhin eine führende Rolle bei der Geld- und Kreditpolitik einnimmt, aber mit einer Referenz zum Gold. Friedman hat diesen Pseudogoldstandard angemessen als “a system in which, instead of gold being money, gold was a commodity whose price was fixed by governments” bezeichnet. (Vgl. Friedman, “Has Gold Lost its Monetary Role?” S. 36). Die Vorschläge von Laffer und Miles sind in ihrem Buch, *International Economics in an Integrated World* (Oakland, N.J.: Scott and Foresman, 1982). Eine kurze, brillante Kritik dieser Vorschläge findet sich in Salerno, “Gold Standards: True and False,” S. 258–61.

⁵⁶ Vgl. beispielsweise Kapitel 5 (“Ciclo Político-Económico”) von Juan Francisco Corona Ramón’s Buch, *Una introducción a la teoría de la decisión pública* (Public Choice) Alcalá de Henares (Madrid: Instituto Nacional de Administración Pública, 1987), S. 116–42, und die darin zu findende Bibliographie. Es sei zudem an die Referenzen in Fußnote 57 von Kapitel 6 erinnert.

⁵⁷ Mises, *On the Manipulation of Money and Credit*, S. 22; Hervorhebung hinzugefügt.

Geld- und Kreditsystem einzumischen und es zu manipulieren.⁵⁸

7. *Das vorgeschlagene System ist das mit der Demokratie verträglichste.* Eines der Schlüsselprinzipien der Demokratie ist es, dass die Finanzierung der staatlichen Aktivitäten Bestandteil der Diskussion und des expliziten Entscheidungsfindungsprozesses der politischen Repräsentanten sein muss. Das gegenwärtige Monopol der Geldemission, welches eine staatliche Behörde und ein Bankensystem, welches mit einer Teildeckung operiert, erlaubt die *ex nihilo* Geldschaffung, welche den Staat und gewisse Individuen und Unternehmen zum Nachteil des Restes der Gesellschaft begünstigt. Diese Möglichkeit wird in erster Linie von der Regierung ausgenutzt, welche diese Option als Mechanismus zur Finanzierung ihrer Ausgaben nutzt, ohne dass sie die offensichtlichste und politisch am kostenträchtigste Route, eine Steuererhöhung, beschreiten müsste. Obgleich die Regierungen versuchen, diesen Finanzierungsmechanismus zu verheimlichen, in dem sie rhetorisch geschickt fordern, dass der Haushalt auf „konservative“ Weise finanziert werden sollte und dass das Defizit nicht *direkt* durch die Emission der Währung und Krediten aufgebracht werden sollte, ist in der Praxis das Ergebnis sehr ähnlich, wenn ein signifikanter Teil der Staatsanleihen, welche die Regierungen zur Finanzierung ihrer Defizite emittieren später von den Zentral- und Privatbanken mit dem neuen Geld erworben werden, welches diese selbst geschaffen haben (ein indirekter Prozess der Monetisierung der Staatsschulden). Weiterhin sollten wir betonen, dass die versteckte Enteignung des Vermögens der Bürger, -eine Vorgang, welchen der Prozess der Umlaufmittelinflation ermöglicht- nicht nur die Regierungen begünstigt, sondern auch die Bankiers selbst. Weil die Bankiers mit einer Teildeckung operieren und die Regierungen sie nicht dazu zwingen, die gesamte Kreditausweitung zur Finanzierung des öffentlichen Sektors (durch den Kauf von Staatsanleihen) zu verwenden, führen in der Tat auch die Bankiers eine graduelle, diffuse Enteignung eines Großteils der Kaufkraft der Geldeinheiten der Bürger aus. Dabei reflektieren die Bankbilanzen die Anhäufung von beträchtlichen Vermögenswerten, welche das kumulative Ergebnis dieses historischen Enteignungsprozesses ist. In diesem Sinne müssen die Proteste der Bankiers dagegen, dass sie einen so großen Anteil ihrer Aktiva zur Finanzierung der Staatsdefizit verwenden müssen, als ein Standpunkt in einem Disput zwischen zwei „Komplizen“ in dem sozial schädlichen

58 Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 455. Dort lesen wir:

Thus the sound-money principle has two aspects. It is affirmative in approving the market's choice of a commonly used medium of exchange. It is negative in obstructing the government's propensity to meddle with the currency system.

Mithin erachten wir unseren Vorschlag dem der Schule des „Monetären Konstitutionalismus“ als weit überlegen. Die Anhänger dieser Schule versuchen die gegenwärtigen Fragen durch die Einführung von konstitutionellen Regeln für das Geldmengenwachstum und die Bank- und Finanzmärkte zu lösen. Ein monetärer Konstitutionalismus wäre im Kontext eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht nicht notwendig. Außerdem würde er nicht die Versuchung der Politiker zügeln, den Kredit und das Geld zu manipulieren.

Kreditausweitungsprozess verstanden werden. Diese Komplizen „verhandeln“ mit einander, welcher Anteil der „Gewinne“ an jeden abfällt.

Im Gegensatz zum obigen System würde ein reiner Goldstandard mit einer 100-prozentigen Reservepflicht die Staaten dazu zwingen, in Gänze ihre Ausgaben und Einkommensquellen offen zu legen. Dies würde sie davon abhalten, auf die heimliche Finanzierung verfügbar durch Inflation und Kreditausweitung zurückzugreifen. Weiterhin würde ein solches System die privaten Bankiers daran hindern, von einem Großteil dieser „Inflationssteuer“ zu profitieren. Maurice Allais hat eine mehr als klare Einschätzung dieses Punktes gemacht. Er schreibt:

Gegeben, dass jede Geldschaffung die gleichen Effekte wie eine echte Steuer ausübt, die allen jenen auferlegt wird, deren Einkommen durch den Preisanstieg gemindert wird, der unweigerlich der Emission neuen Geldes folgt, sollte der Gewinn, der damit gemacht wird und in der Tat beträchtlich ist, dem Staat zurückgegeben werden und damit es ihm erlauben, die Gesamtmenge seiner Steuern zu reduzieren.⁵⁹

Nichtsdestoweniger schlagen wir eine viel günstigere Option vor: der Staat sollte seine Geldausgabemacht aufgeben und damit die Auflage akzeptieren, sich auf Steuern bei der Finanzierung all seiner Ausgaben zu stützen, was er mit vollkommener Transparenz tun müsste. Als eine Folge des Obigen würden die Bürger direkt die gesamten involvierten Kosten wahrnehmen und würden daher ausreichend motiviert sein, alle staatlichen Stellen der notwendigen Überwachung zu unterziehen.

8. *Das vorgeschlagene System fördert die friedliche, harmonische Kooperation der Nationen.*

Eine Analyse der Geschichte der militärischen Konflikte der letzten zwei Jahrhunderte enthüllt deutlich, dass viele Kriege, welche die Menschheit verheerten, gänzlich hätten verhindert werden können oder viel weniger bösartig gewesen wären, wenn die Staaten nicht ihren Einfluss auf das Geld ausgedehnt hätten und letztlich die Kreditausweitung und die Geldschaffung kontrolliert hätten. In der Tat haben die Staaten die wahren Kosten der militärischen Konflikte vor ihren Bürgern verheimlicht, indem sie diese Kosten zu einem Großteil mit inflationären Maßnahmen finanzierten, welche die Staaten unter dem Vorwand eines militärischen Notfalls vollkommen

⁵⁹ Comme toute création monétaire équivaut par ses effets à un véritable impôt prélevé sur tous ceux dont les revenus se voient diminués par la hausse des prix qu'elle engendre inévitablement, le profit qui en résulte, considérable à vrai dire, devrait revenir à l'État en lui permettant ainsi de réduire d'autant le montant global de ses impôts. (Allais, "Les conditions monétaires d'une économie de marchés," S. 331)

An der gleichen Stelle identifiziert Allais folgenden Sachverhalt als eines der bemerkenswertesten Paradoxe unserer Zeit: obzwar die Öffentlichkeit sich der ernststen Gefahren bewusst geworden ist, welche der staatliche Gebrauch der Notenpresse impliziert, *sind die Bürger weiterhin vollkommen unwissend über die identischen Gefahren, welche das System der Kreditausweitung ungedeckt durch reale Ersparnisse in Form des Teildeckungsbankwesens darstellt*. Der Spanier Juan Antonio Gimeno Ullastres hat die steuerlichen Effekte der Inflation studiert. Er erwähnt jedoch leider nicht die Konsequenzen, welche die Kreditausweitung des Teildeckungsbankwesens beinhaltet. Vgl. seinen Aufsatz "Un impuesto llamado inflación," veröffentlicht in Homenaje a Lucas Beltrán (Madrid: Editorial Moneda y Crédito, 1982), S. 803–23.

ungestraft einsetzen. Mithin können wir getrost behaupten, dass die Inflation Kriege anheizt: Wenn in jedem Falle die Bürger der in dem Kampf engagierten Nationen sich der wahren, implizierten Kosten bewusst gewesen wären, wären die Feindseligkeiten entweder zeitig durch die entsprechenden demokratischen Mechanismen verhindert worden oder die Bürger hätten ihre Regierungen dazu angehalten, eine Lösung auszuhandeln lange bevor die Zerstörung und der Schaden für die Menschheit das immense Ausmaß erreichten, welche sie traurigerweise in der Geschichte erreicht haben. Wir können damit mit Ludwig von Mises schließen:

One can say without exaggeration that inflation is an indispensable intellectual means of militarism. Without it, the repercussions of war on welfare would become obvious much more quickly and penetratingly; war-weariness would set in much earlier.⁶⁰

Gleichzeitig würde die Einrichtung eines reinen Goldstandard mit einer 100-prozentigen Reservepflicht *de facto* der Einführung eines einzelnen, weltweiten Währungsstandards entsprechen. Es gäbe keinen Notwendigkeit für eine internationale Zentralbank. Es bestünde damit auch kein Risiko, dass eine derartige Bank die weltweite Geld- und Kreditmenge manipuliert. Auf diese Weise würde wir uns aller Vorteile eines einzigen, internationalen Währungsstandards erfreuen, jedoch unter keinem der Nachteile leiden, den zwischenstaatliche Geldbehörden mit sich bringen. Weiterhin würde dieses System nicht den Verdacht eines Souveränitätsverlusts erregen. Alle Nationen und sozialen Gruppen würden sich der Vorteile aus der Existenz einer einzigen Geldeinheit erfreuen, welche niemand beherrschen oder manipulieren würde. Mithin würden ein reiner Goldstandard und eine 100-prozentige Reservepflicht die internationale Wirtschaftsintegration in einem harmonischen juristischen Rahmen zu gegenseitiger Befriedigung fördern. Dieser Rahmen würde den Frieden und den freiwilligen Handel zwischen allen Nationen ermutigen.

4

ANTWORTEN AUF MÖGLICHE EINWÄNDE GEGEN UNSEREN VORSCHLAG ZUR GELDREFORM

Obgleich noch keine integrierte, kohärente und systematische Kritik unseres Reformplans für das

⁶⁰ Ludwig von Mises, *Nation, State and Economy: Contributions to the Politics and History of Our Time* (New York and London: New York University Press, 1983), S. 163; und auch *Nationalökonomie*, S. 402. Ersteres ist Leland B. Yeager's Übersetzung von Mises's *Nation, Staat, und Wirtschaft*, welches ursprünglich 1919 auf deutsch veröffentlicht wurde (Wien und Leipzig: Mainzische Verlagsbuchhandlung, 1919). Zu diesem wichtigen Thema vgl. Joseph T. Salerno, "War and the Money Machine: Concealing the Costs of War Beneath the Veil of Inflation," chapter 17 of *The Costs of War: America's Pyrrhic Victories*, John V. Denson, ed. (New Brunswick und London: Transaction Publishers, 1997), S. 367–87. Nichtsdestoweniger war der erste, der auf die enge Verbindung von Militarismus und Inflation hinwies, wiederum der Pater Juan de Mariana in seinem Buch *De Monetae Mutatione*, veröffentlicht im Jahr 1609. Vgl. *De Monetae Mutatione* = *Über die Münzverschlechterung*, S. 33.

Bankensystem vorgebracht worden ist,⁶¹ hat es gewisse isolierte, unsystematische Einwände gegen den Vorschlag ein Bankensystem mit einer 100-prozentigen Reservepflicht einzurichten gegeben. Wir werden diese Herausforderungen nun eine nach der anderen präsentieren und analysieren.

1. „Die Banken würden verschwinden, da sie ihre *raison d'être* und *Haupteinkommensquelle* verlieren würden.“ Eine derartige Kritik ist unbegründet. Alles, was die Banken bei der Anwendung einer 100-prozentigen Reservepflicht verlieren würden, ist die Möglichkeit, Darlehen *ex nihilo* zu schaffen, d.h. Darlehen, welche nicht durch einen Anstieg der freiwilligen Ersparnisse gedeckt sind. Die vorgeschlagene Reform würde es dem Bankensystem unmöglich machen den Kredit und damit die Geldmenge künstlich auszudehnen, und somit wiederkehrende Zyklen von Aufschwung und Rezession auszulösen.

Eine signifikante Anzahl von vollkommen legitimen Aktivitäten würden verbleiben, um das Bankgeschäft am Leben zu erhalten. Die Bankiers könnten weiterhin diesen Aktivitäten nachgehen und damit die Bedürfnisse der Konsumenten befriedigen. Eine dieser Aktivitäten ist die wahre Kreditvermittlung, welche darin besteht Gelder, welche zuvor den Banken von ihren Kunden geliehen worden waren (nicht Sichteinlagen) mit einer Zinsdifferenz wieder zu verleihen. Außerdem können Institutionen als Depositenbanken (mit einer 100-prozentigen Reservepflicht) eine sichere Aufbewahrung und Schutz anbieten und den entsprechenden Marktpreis für diese Leistung einfordern. Sie könnten sogar diese Leistung mit anderen peripheren Diensten kombinieren (Zahlungsverkehr, Überweisungen, Buchhaltung der Operationen der Kunden, etc.). Wenn wir dem noch die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Vermietung von Safes, etc., hinzufügen, bekommen wir eine ausreichend gute Idee der umfassenden Bandbreite von legitimen Funktionen, welche die Banken weiterhin erfüllen könnten.

Mithin ist der Glaube, dass eine Wiedereinführung einer 100-prozentigen Reservepflicht den Tod für der privaten Banken bedeuten würde, unbegründet. Es gäbe einfach eine Modifikation in ihrer Struktur und ihren Operationen, die zum großen Teil evolutionär und nicht traumatisch von statten ginge. Wir haben bereits die hohe Wahrscheinlichkeit der spontanen Entwicklung eines Bankensystems bestehend aus einem Netzwerk von Investmentfonds und Unternehmen, welche sich auf die Bereitstellung von Buchhaltungs- und Kassendiensten spezialisieren, erwähnt. Mithin schließen wir mit Ludwig von Mises:

It is clear that prohibition of fiduciary media would by no means imply a death sentence for the banking system, as is sometimes asserted. The banks would still retain the business of negotiating

61 “Exhaustive research, however, fails to uncover any published critiques in this regard.” Walter Block, “Fractional Reserve Banking,” S. 31. Leland Yeager’s kurze kritischen Kommentare zu unserem Vorschlag sind bereits in diesem Abschnitt beantwortet worden. Vgl. “The Perils of Base Money,” S. 256–57.

credit, of borrowing for the purpose of lending.⁶²

Kurzum könnten sich die Banken auch weiterhin in einer Vielzahl von Aktivitäten engagieren und damit die Bedürfnisse der Konsumenten befriedigen und im Gegenzug einen legitimen Gewinn erzielen.

2. „Das vorgeschlagene System würde die verfügbare Kreditmenge erheblich mindern, damit die Zinssätze nach oben treiben und die wirtschaftliche Entwicklung behindern.“ Dies ist die am häufigsten vorgebrachte populäre Kritik und sie kommt hauptsächlich von jenen Wirtschaftssubjekten (Geschäftsleuten, Politikern, Journalisten, etc.), welche es sich erlauben, sich hauptsächlich von den äußeren und sichtbarsten Eigenschaften des Wirtschaftssystems beeinflussen zu lassen. Nach diesem Einwand würden, wenn wir die Banken von der *ex nihilo* Darlehensschaffung abhalten, viele Unternehmen bedeutend größere Schwierigkeiten bei der Beschaffung ihrer Finanzierung haben und damit würde, *ceteris paribus*, der Zinssatz ansteigen und die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Dieser Einwand ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass gegenwärtig die Geschäftsleute aufgrund der Kreditausweitung wenig Schwierigkeiten bei der Sicherung der Finanzierung für beinahe jedes Investitionsprojekt, ganz gleich wie ausgefallen es ist, haben, sofern die Wirtschaft sich in einer Phase befindet, in denen sich die Bankiers nicht davor fürchten, die Kredite auszudehnen. Die Kreditausweitung hat die traditionell mit der „unternehmerischen Kultur“ verbundenen Gewohnheiten verändert. Diese Gewohnheiten ruhten auf einer viel umsichtigeren, verantwortungsvolleren und vorsichtigeren Abwägung vor der Entscheidung, ob ein bestimmtes Investitionsprojekt gestartet wurde oder nicht.

In jedem Falle ist es ein schwerer Fehler anzunehmen, dass der Kredit in einem Bankensystem, welches einer 100-prozentigen Reservepflicht unterliegt, verschwindet. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Banken würden weiterhin Gelder verleihen, jedoch *nur* solche Gelder, die zuvor von den Wirtschaftssubjekten freiwillig gespart wurden. Kurzum würde das vorgeschlagene System garantieren, dass nur das, was gespart worden ist, verliehen wird. Dieses neue Arrangement würde mithin die Koordination zwischen Angebot und Nachfrage von Gegenwarts- und Zukunftsgütern im Markt gewährleisten und folglich die tiefen Fehlanpassungen verhindern, welche das gegenwärtige Bankensystem produziert und welche letztlich Wirtschaftskrisen und Rezessionen hervorbringen.

Weiterhin ist die Auffassung ein Trugschluss, dass die im gegenwärtigen System geliehenen für Investitionen genutzten Gelder letztlich die freiwilligen Ersparnisse übersteigen können. Wie wir wissen sind die Ersparnisse *ex post* immer gleich den Investitionen und falls die Banken *ex ante* Darlehen mittels des Kreditausweitungsprozesses in einem schnelleren Rhythmus gewähren als die freiwilligen Ersparnisse expandieren, werden Unternehmer ganz einfach en masse dazu tendieren,

⁶² Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 361.

Fehler zu begehen und die knappen realen Ressourcen, welche die Gesellschaft gespart hat, für *überproportionale* Investmentprojekte verwenden, welche sie niemals in der Lage sein werden, erfolgreich abzuschließen.

Deswegen ist dieser zweite Einwand unbegründet: mit einer 100-prozentigen Reservepflicht würden die Banken weiterhin das verleihen, was gespart worden ist. Jedoch würden die Unternehmer dahintendieren, die gesparten Gelder auf eine viel umsichtigeren, realistischere Weise zu investieren. Falls Unternehmer von Beginn an größere Hindernisse bei der Finanzierung bestimmter unternehmerischer Projekte antreffen würden, würden diese Schwierigkeiten logisch zeigen, dass der Marktmechanismus richtig funktioniert, der einzig in der Lage ist, den Beginn von unrentablen Investitionsprojekten rechtzeitig zu stoppen und damit ihre unkluge und unkoordinierte Entwicklung vermeidet, die gegenwärtig in der Phase des Kreditbooms angestoßen wird.

Im Hinblick auf den Zinssatz ist zu sagen, dass es kein Anzeichen dafür gibt, dass er auf lange Sicht im vorgeschlagenen System höher wäre als im gegenwärtigen. In der Tat hängt der Zinssatz letztlich von den subjektiven Wertschätzungen der Wirtschaftssubjekte hinsichtlich der Zeitpräferenz ab. In unserem System würden die Wirtschaftssubjekte nicht von der massiven Verschwendung von Kapitalgütern beeinflusst, welche die wiederkehrenden Wirtschaftsrezessionen begleiten. Weiterhin ist es klar, dass *ceteris paribus* in einem System wie dem von uns vorgeschlagenen der Zinssatz tendenziell nominal gesehen sehr niedrig sein würde, da die entsprechende Prämie für die erwartete Entwicklung der Kaufkraft des Geldes in den meisten Fällen negativ wäre. Zudem würde die Risikokomponente von der Bedenklichkeit jedes spezifischen Investitionsprojekts abhängen und würde nach einer Periode ohne Wirtschaftsrezessionen tendenziell auch fallen. Wir kommen mithin zu dem Schluss, dass es überhaupt keine theoretische Grundlage für die Annahme gibt, dass der Zinssatz in dem vorgeschlagenen System höher wäre als er jetzt ist. Gerade das Gegenteil wäre der Fall. Es gibt sehr gute Gründe zu glauben, dass sowohl real als auch nominal gesehen die Marktzinssätze niedriger sein würden als jene, an die wir zur Zeit gewöhnt sind.⁶³

Daher würde ein System bestehend aus einem reinen Goldstandard mit einer 100-prozentigen Reservepflicht die wirtschaftliche Entwicklung nicht schwächen. In der Tat würde ein solches System eine stabile, kontinuierliche Entwicklung frei von den manisch depressiven Reaktionen zur Folge haben, an die wir uns unter Schwierigkeiten gewöhnt haben und die unglücklicherweise die regelmäßige Fehlinvestition einer gewaltigen Menge der knappen gesellschaftlichen Ressourcen

⁶³ Wir wollen als Beispiel annehmen, dass die Wirtschaft mit einer durchschnittlichen Rate von ungefähr 3 Prozent pro Jahr wächst und dass die Geldmenge (die weltweite Menge an Gold) 1,5 Prozent wächst. Unter diesen Umständen werden wir eine sehr leichte Deflation von 1,5 Prozent pro Jahr sehen. Falls der reale Marktzinssatz 4 Prozent ist (ein natürlicher Zinssatz von 3 Prozent und eine Risikokomponente von 1 Prozent) wäre der Nominalzinssatz ungefähr *2,5 Prozent pro Jahr*. In Fußnote 48 haben wir angenommen, dass die Nominalzinssätze wegen eines Bevölkerungswachstums und des daraus folgenden beständigen niedrigen Anstiegs der Geldnachfrage sogar noch niedriger wären.

zum ernsthaften Nachteile eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der gesellschaftlichen Harmonie involvieren.

3. „Das vorgeschlagene Modell würde jene bestrafen, welche von dem gegenwärtigen Bank- und Finanzsystem profitieren.“ Es ist bisweilen argumentiert worden, dass das empfohlene System auf ungerechte Weise all jene benachteiligen würde, welche von dem gegenwärtigen Finanz- und Bankensystem profitieren. Unter den Hauptbegünstigten müssen wir in erster Linie die Regierungen nennen, die, wie wir wissen, es bewerkstelligen ihre Ausgaben (direkt und indirekt) mittels Kreditausweitung zu finanzieren ohne die politisch schmerzvolle Maßnahme der Steuererhöhung ergreifen zu müssen. Als nächstes sind die Bankiers selbst zu nennen (die sich die Taschen auf ähnliche Weise wie die Regierungen füllen, jedoch direkt und privat) und auch die Deponenten, wenn sie einen Zins für ihre Depositen erhalten und für eine Reihe von peripheren Dienstleistungen, welche die Banken erbringen, „nichts zahlen“.⁶⁴

Nichtsdestoweniger berücksichtigen jene, die diesen Einwand äußern, nicht, dass viele der angeblichen „Gewinne“, welche Individuen aus dem Bankensystem ziehen, keine echten Gewinne sind.

In der Tat ist es ungenau zu argumentieren, dass Deponenten sich gegenwärtig beträchtlicher Vorteile (in Form von Kassen-, Zahlungs- und Buchhaltungsleistungen) erfreuen, ohne für diese zu zahlen. Denn die Deponenten selbst tragen tatsächlich die vollen Kosten (explizit oder implizit) dieser Vorteile.

Im Hinblick auf die explizite Verzinsung, die oftmals für Depositen verfügbar ist, ist zu sagen, dass derartige Zahlungen für gewöhnlich durch den kontinuierlichen Rückgang der Kaufkraft der Geldeinheiten der Deponenten kompensiert werden. In dem vorgeschlagenen System, welches eine 100-prozentige Reservepflicht beinhaltet, würde die Kaufkraft der deponierten Geldeinheiten nicht nur nicht zurückgehen, sondern, wie wir gesehen haben, fortschreitend und beständig wachsen. Dieser enorme Vorteil für *alle* Bürger wäre bedeutend größer als der angebliche „Vorteil“ des Erhalts einer expliziten Verzinsung, welche kaum für die Abwertung des Geldes kompensiert. Mithin ist heute in den meisten Fällen die Realverzinsung von Depositen (nach Abzug des Kaufkraftrückgangs des Geldes) beinahe Null oder sogar negativ.

In einer Gesellschaft mit einer reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht würden *alle* Bürger durch den fortschreitenden beständigen Kaufkraftanstieg ihrer Geldeinheiten gewinnen. Sie würden Zinsen auf ihre effektiven Ersparnisse erhalten und wären offen und explizit dazu gezwungen, den Marktpreis für die legitimen Bankdienstleistungen zu zahlen, die sie nutzen

⁶⁴ Unter Wettbewerbsbedingungen erfreuen sich die Eigentümer der teilgedeckten Bankverbindlichkeiten selbst eines Teils der Gewinne in Form von expliziten Zinszahlungen oder gesenkten Bankgebühren oder einer Kombination dieser. (Selgin, „Are Banking Crises a Free-Market Phenomena?“ S. 3)

wollen. Das vorgeschlagene System würde daher viel kohärenter als das gegenwärtige Finanz- und Banksystem sein und geradezu sicher den Leuten im Allgemeinen mehr Vorteile bringen.⁶⁵ Im Hinblick auf das Argument, dass Regierungen und Bankiers nicht in der Lage sein würden, weiterhin von dem gegenwärtigen System zu profitieren, ist dies statt eines Defekts oder eines Motivs zur Kritik an unserem System vielmehr eine positive Folge, welche eine *prima facie* Rechtfertigung für dieses System bieten würde. In der Tat haben wir oben die große Bedeutung dessen betont, dass Regierung daran gehindert werden, die Inflation und Kreditausweitung zur heimlichen Finanzierung ihrer Ausgaben zu nutzen. Weiterhin brauchen wir nicht die Details der obskuren rechtlichen Basis und der schädlichen Wirkungen zu wiederholen, welche die Macht der privaten Banken zur Darlehens- und Depositenemission mit sich bringt.

4. „Eine 100-prozentige Reservepflicht stellt einen staatlichen Eingriff dar und gefährdet die Vertragsfreiheit der Parteien.“ Moderne Vertreter der Neobanking-Schule, welche ein teilgedecktes Bankfreiheitssystem verteidigen argumentieren oft, dass es aus „libertärer“ Sicht unakzeptabel ist, die Vertragsfreiheit der Parteien zu begrenzen. Im Besonderen sei es unakzeptable die Fähigkeit der Deponenten zu limitieren, aus freien Stücken mit ihren Bankiers Verträge abzuschließen, bei denen erstere einwilligen, Sichteinlagenkonten zu eröffnen, bei denen nur eine Teildeckung aufrecht erhalten wird. In den ersten drei Kapiteln sahen wir, dass eine 100-prozentige Reservepflicht für Sichteinlagen ganz und gar nicht einen nicht ertragbaren Regierungseingriff („Gesetzgebung durch Befehle“ in der Hayekschen Terminologie) darstellt. Stattdessen repräsentiert diese Pflicht lediglich die natürliche Anwendung der Prinzipien des traditionellen Eigentumsrechts auf den irregulären Gelddepositenvertrag („materielles Recht“ in der Hayekschen Terminologie).⁶⁶ Weiterhin sind eine freiwillige Entscheidung beider Parteien den Vertrag abzuschließen und das vollständige Wissen des Vertragszwecks (was im Übrigen im gegenwärtigen Finanz- und Banksystem nicht der Fall ist)

65 *Il n'y a pas lieu de rendre gratuitement des services qui en tout état de cause ont un coût qu'il faut bien supporter.* Si un déposant est affranchi des frais relatifs à la tenue de son compte, la banque doit les supporter. Dans la situation actuelle elle peut le faire, car elle bénéficie des profits correspondants à la création de monnaie par le mécanisme du crédit. Qui en supporte réellement le coût?: l'ensemble des consommateurs pénalisés par la hausse des prix entraînée par l'accroissement de la masse monétaire. (Allais, “Les conditions monétaires d'une économie de marchés,” S. 351)

66 [T]he free market does not mean freedom to commit fraud or any other form of theft. Quite the contrary. The criticism may be obviated by imposing a 100-percent reserve requirement, not as an arbitrary administrative fiat of the government, but as a part of the general legal defense of property against fraud. (Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 709)

Wie Jevons schrieb:

Es sollte als eine allgemeine gesetzliche Regel feststehen, dass jede Gewährung oder Verschreibung von nicht wirklich vorhandenen Werthen ohne Wirkung sei. Obwohl diese Regel im allgemeinen nicht beachtet wird, so gibt es doch viele Fälle, in welchen ihre Ausführung von grossem Vortheil sein würde. Jevons, *Geld und Geldverkehr*, S. 215 [Saarbrücken: Verlag Dr Müller, 2006] Im englischen Original liest sich die Stelle ähnlich: “It used to be held as a general rule of law, that any present grant or assignment of goods not in existence is without operation.” (Jevons, *Money and the Mechanism of Exchange*, S. 211–12) Diese allgemeine Regel müsste lediglich wiederbelebt werden und durchgesetzt werden, sodass alle Umlaufmittel verboten werden. Dann könnte das Bankwesen vollkommen frei gelassen werden und es würde sich nicht von einer 100-prozentigen Reservedeckung entfernen.

notwendige Bedingungen für die Rechtmäßigkeit einer Operation. Sie sind jedoch alleine in keiner Weise hinreichend um nach den traditionellen Rechtsprinzipien die Rechtmäßigkeit zu gewährleisten. In der Tat ist der Vertrag, wenn dritte Parteien als Folge Schaden erleiden, illegitim, Null und nicht, da er die öffentliche Ordnung stört.⁶⁷ Der in diesem Buch vorgestellten Analyse zu Folge ist es gerade dieses Fehlen von Rechtmäßigkeit, welche auf das Teildeckungsbankwesen zu trifft. Diese Praxis führt nicht nur zur Schaffung neuer Zahlungsmittel zum Schaden aller Bürger, die zusehen wie die Kaufkraft ihrer Geldeinheiten sinkt;⁶⁸ sie täuscht auch im großen Stil die Unternehmer, indem sie diese dazu veranlasst, an einem Ort und einem Zeitpunkt zu investieren, an dem sie dies nicht tun sollten und verursacht wiederkehrende Aufschwungs- und Rezessionszyklen mit sehr hohen menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Kosten.

Schließlich müssen wir dem oft gehörten Argument begegnen⁶⁹, welches sich um die Behauptung dreht, dass Wirtschaftssubjekte nicht *freiwillig* ein Bankensystem, welches auf einer 100-prozentigen Reservepflicht beruht, etablieren wollen, und dass ihre Abneigung durch die Tatsache belegt ist, dass sie heute zu Tage frei ein ähnliches Arrangement, wie die Benutzung der von Banken auf dem Markt vermieteten Tresorfächer, treffen könnten, jedoch dies nicht tun. Diesem Argument ist zu entgegnen, dass die Dienstleistung der Vermietung eines Tresorfaches in keiner Weise dem Vertrag des Depositum irregulare nahe stehe, der für vertretbare Güter wie Geld gilt. Vielmehr steht diese Dienstleistung mit einem typischen regulären Depositenvertrag für spezifische Güter in Verbindung. Weiterhin könnte das Geschäft mit den Tresorfächern, welches für die Kunden Kosten bedeutet und in ihrer subjektiven Sicht nicht die gleichen Leistungen wie ein monetärer

67 Ebenso wäre ein freier und freiwilliger „Vertrag“, bei dem beide Parteien übereinstimmen, dass eine die andere für die Ermordung einer dritten Partei bezahlt, nichtig, da er die öffentliche Ordnung stören würde und dritten Parteien zum Nachteil gereichen würde. Der Vertrag wäre sogar in Abwesenheit von Täuschung oder Betrug Null und nichtig; sogar wenn beide Parteien vorsätzlich und mit vollständigen Wissen über seine Natur den Vertrag eingegangen sind.

68 Wir beziehen uns hier nicht auf einem absoluten Rückgang der Kaufkraft, sondern einen relativen. Der Rückgang ist relativ zu dem Anstieg, welchen die Kaufkraft des Geld in einem Bankensystem mit einer 100-prozentigen Reserveredeckung erfahren hätte. Außerdem sind die wirtschaftlichen Konsequenzen der gegenwärtigen Bankpraktiken in dieser Hinsicht identisch mit denen der Geldfälschung, eine Aktivität, bei der alle übereinstimmen, dass sie als Bruch der öffentlichen Ordnung bestraft werden sollte, selbst wenn es unmöglich ist, ihre Opfer zu identifizieren.

69 Juan José Toribio Dávila benutzt dieses kritische Argument unter anderem in seinem Aufsatz, „Problemas Éticos en los Mercados Financieros,“ welchen er auf dem Encuentros sobre la dimensión ética de las instituciones y mercados financieros, der in Madrid unter dem Patronat der Fundación BBV im Juni 1994 statt fand, präsentiert. Weiterhin argumentiert Toribio Dávila, dass eine stabile Geldpolitik mit jeder beliebigen Reserveredeckung erreicht werden könnte. Er berücksichtigt dabei nicht die Gründe für die theoretische Unmöglichkeit der Planwirtschaft im Allgemeinen und ihre Anwendung auf den Finanzsektor im Besonderen. Diese Gründe sind für die Unfähigkeit und das fehlende Verlangen der Zentralbanker verantwortlich, adäquat die Geldnachfrage zu berechnen und das Angebot zu kontrollieren, welches angeblich der Nachfrage entsprechen sollte. Weiterhin übersieht Toribio Dávila die stark verzerrenden Effekte, welche ein jedes Geldmengenwachstum in Form von Kreditausweitung (d.h. von realen Ersparnisse ungedeckt) auf die Produktionsstruktur ausübt. Schließlich besteht eine klare Verbindung zwischen einer 100-prozentigen Reservepflicht und der Ethik der Tätigkeiten der Finanzinstitutionen. In der Tat ist diese Verbindung nicht nur in der Menge von ethisch unverantwortlichem Verhalten evident, welches für die fieberartige von der Kreditausweitung hervorgerufene Spekulation charakteristisch ist, sondern auch in der Verletzung des ethischen Prinzips, welches die Aufrechterhaltung einer 100-prozentigen Reservepflicht für monetäre Sichteinlagenverträge fordert.

Bankdepositenvertrag erbringt, niemals wirklich zu gleichen Bedingungen mit dem gegenwärtigen teilgedeckten Depositensystem konkurrieren. In der Tat zahlen Banken gemeinhin für Depositen heute zu Tage Zinsen (was auf die unangemessene Nutzung hindeutet). Zudem offerieren Banken wertvolle Leistungen, ohne explizit Kosten in Rechnung zu stellen. Dies macht es freiwilligen Depositenverträgen mit einer 100-prozentigen Reserve unmöglich zu konkurrieren und zu prosperieren, vor allem in einem inflationsgeplagten Umfeld, in dem die Kaufkraft des Geldes kontinuierlich fällt. Ein sehr ähnliches Gegenargument wird angewandt, wenn es um öffentliche Güter geht, die offenbar keine direkten Kosten für den Konsumenten hätten. Es ist offenkundig in einer freien Marktwirtschaft sehr schwierig, dass irgendein privates Unternehmen, welches die gleichen Leistungen zu Marktpreisen anzubieten plant, prosperiert, weil es einen unfairen, privilegierten Wettbewerb von den Staatsinstitutionen gibt. Diese Institutionen offerieren den Bürgern „kostenlose“ Vorteile und generieren hohe Verluste, welche wir alle letztlich mit unseren Steuern über den Staatshaushalt decken.⁷⁰

5. „*Finanzinnovationen*“ werden unweigerlich die Wiederauferstehung des *Teildeckungsbankwesens* anstoßen. Nach diesem Argument wird keine rechtliche Vorkehrung zum Verbot des Teildeckungsbankwesens und damit zur Etablierung einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlagen ausreichend sein; derartige Maßnahmen werden letztlich immer durch neue Geschäftsformen und „*Finanzinnovationen*“ umgangen. Dies mag mit oder ohne Gesetzesumgehung geschehen und wird tendenziell das gleiche Ergebnis erreichen wie das Teildeckungsbankwesen. Mithin hat sogar Hayek bereits 1937 versichert:

It has been well remarked by the most critical among the originators of the scheme that banking is a pervasive phenomenon and the question is whether, when we prevent it from appearing in its traditional form, we will not just drive it into other and less easily controllable forms.⁷¹

Hayek zitiert die Peelsche Bankakte von 1844 als den bemerkenswertesten Präzedenzfall. Weil jene, die das Gesetz einführten, es versäumten eine 100-prozentige Reservepflicht für Depositen vorzuschreiben, geschah die monetäre Expansion von diesem Zeitpunkt an hauptsächlich in der

⁷⁰ Weiterhin hat Hülsmann erklärt, dass

[T]he confusion between monetary titles and fractional-reserve IOUs brings into operation what is commonly known

as Gresham's Law. Imagine a potential bank customer who is offered two types of deposits with a bank. He believes that both deposits deliver exactly the same services. The only difference is that he has to pay for the first type of deposit, whereas he does not have to pay—or even receives payment—for the second type of deposit. Clearly he will choose not to be charitable to his banker and will subscribe to a deposit of the second type. When genuine money titles and fractional-reserve IOUs are confused, therefore, the latter will drive the former out of the market. (Hülsmann, “Has Fractional-Reserve Banking Really Passed the Market Test?” S. 399–422; das Zitat ist auf S. 408–09)

⁷¹ Hayek, *Monetary Nationalism and International Stability*, S. 82. Zum gleichen Theme siehe Simons, “Rules versus Authority in Monetary Policy,” S. 17.

Form von Depositen anstatt in der Form von Banknoten.⁷²

Zunächst muss gesagt werden, dass, selbst wenn dieser Einwand gerechtfertigt wäre, er noch nicht einmal ansatzweise ein Argument gegen den Versuch das ideale Ziel zu erreichen, darstellen würde. Dieses Ziel besteht in der angemessenen Definition und Verteidigung der traditionellen Prinzipien des Eigentumsrechts in Bezug auf die Sichteinlagen. In der Tat sehen wir in vielen Kontexten, z.B. bei kriminellen Aktivitäten, dass, obgleich aus technischer Sicht es oft sehr schwierig ist, die korrespondierenden traditionellen Rechtsprinzipien anzuwenden und zu verteidigen, dennoch eine kompromisslose Anstrengung gemacht werden sollte, den rechtlichen Rahmen angemessen zu definieren und zu verteidigen.⁷³

Weiterhin ist das Teildeckungsbankwesen im Gegensatz zur Ansicht einiger Beobachtern nicht so „allgegenwärtig“, dass es unmöglich wäre, es in der Praxis zu bekämpfen. Es stimmt, dass wir in diesem Buch verschiedenen rechtliche Formen von Geschäften betrachtet haben, welche als eine Gesetzesumgehung ersonnen wurden, um einen monetären Bankdepositenvertrag als einen anderen Vertrag zu maskieren. Wir haben die Pensionsgeschäfte mit einem Rückkauf zu ihrem Nominalwert; die verschiedenen Transaktionen mit „amerikanischen Putoptionen“; sogenannte „Termineinlagen“, welche in der Praxis als echte Sichteinlagen fungieren; und Sichteinlagen, welche durch die vollkommen unverwandte Institution der Lebensversicherung verkörpert werden, angesprochen. Die spezifischen Kombinationen der rechtlichen Formen dieser Geschäft sowie jede ähnlich Form oder Kombination, welche sich in der Zukunft entwickeln mag, sind einfach unter dem Zivilrecht und Strafrecht zu identifizieren und klassifizieren; genauso wie wir es im zweiten Abschnitt dieses Kapitel (Fußnote 40) vorgeschlagen haben. Denn es ist jedem unparteiischen Richter oder Beobachter relativ einfach zu festzustellen, ob das Wesen einer Operation, die jederzeitige Abhebung der ursprünglich deponierten Gelder ermöglicht und ob aus subjektiver Sicht

72 Wir können uns jedoch vorstellen, wie verschieden die Wirtschaftsgeschichte der letzten 150 Jahr gewesen wäre, wenn die Peelsche Bankakte es nicht versäumt hätte, eine 100-prozentige Reservepflicht auch für Depositen vorzuschreiben! Im Übrigen hat Hayek argumentiert, dass es unmöglich ist, die verschiedenen Instrumente, welche Gold als allgemein akzeptiertes Tauschmittel repräsentieren könnten, genau zu trennen. Es würde mithin nur ein „Kontinuum“ von verschiedenen Liquiditätsgraden geben, was die Herausforderung noch komplizieren würde, zu bestimmen, wann die von uns hier verteidigten traditionellen Rechtsprinzipien aufrecht erhalten werden und wann nicht. Wir erachten Hayek's Argument jedoch nicht als stichhaltig. Wie Menger schreibt, ist es immer in der Praxis unmöglich, adäquat zwischen Geld und allen anderen hoch liquiden Instrumenten zu unterscheiden, welche, nichtsdestoweniger, nicht unmittelbare und allgemein akzeptierte Tauschmittel darstellten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Güterarten liegt in der Tatsache, dass Geld nicht nur ein sehr liquides Instrument ist; *es ist das einzige vollkommen liquide Gut*. Mithin sind die Leute bereit es nachzufragen, selbst wenn sie keine Zinsen für sein Halten bekommen, während die Besitzer anderer, grenzwertiger Instrumente, denen es an *perfekter* Liquidität fehlt, Zinsen für das Halten dieser Instrumente verlangen. Der grundlegende Unterschied zwischen Geld und anderen peripheren „Mitteln“ besteht in der Existenz der *perfekten* Liquidität. Das Kriterium lautet also, ob eine perfekte, unmittelbare Verfügbarkeit besteht, oder nicht. Gerald P. O'Driscoll bespricht diesen Punkt ausführlich in seinem Aufsatz, „Money: Menger's Evolutionary Theory,“ S. 601-16.

73 Beispielsweise ist es gewiss möglich, mittels eines hoch entwickelten Gifts einen Mord zu begehen, der keine Spuren hinterlässt und die Beweissammlung hinsichtlich der wahren Ursache und der Natur der Ermordung schwer behindert. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass Mord eine Verletzung der fundamentalen Rechtsprinzipien ist und dass alle möglichen Anstrengungen, die notwendig sind, um diese Art von Verhalten zu verhindern und zu bestrafen, unternommen werden sollten.

das menschliche Verhalten zeigt, dass die Leute gewisse Forderungen als Geld betrachten, d.h. als ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel, welches zu jeder Zeit vollkommen verfügbar, d.h. liquide, ist.

Außerdem hat die Kreation neuer Geschäfts- und „Vertragsarten“ mit dem Ziel die grundlegenden Rechtsprinzipien zu umgehen, welche das Bankwesen regeln sollten, in einem Umfeld statt gefunden, in dem die Wirtschaftssubjekte nicht in der Lage waren zu erkennen, in welchem Grade diese „Neuheiten“ illegitim sind und der Wirtschaft und Gesellschaft großen Schaden zu fügen. Wenn von jetzt an die juristischen und öffentlichen Instanzen die von uns in diesem Buch analysierten Angelegenheiten klar identifizieren, wird es weitaus einfacher sein, abweichendes Verhalten, welches im Finanzsektor auftauchen mag, zu bekämpfen. Es überrascht nicht, dass die Peelsche Bankakt von 1844 von einer überproportionalen Expansion der Bankdepósitos gefolgt wurde, denn zu dieser Zeit hatten die Ökonomen noch nicht die absolute Äquivalenz von Bankdepósitos und Banknoten in Hinblick auf ihre Wesen und ihre Effekte etabliert. Die Peelsche Bankakte verfehlte ihr Ziel nicht wegen der „allgegenwärtigen“ Natur des Teildeckungsbankwesens, sondern gerade wegen des menschlichen Fehlers, nicht zu realisieren, dass Banknoten und Depósitos dieselbe Natur haben und dieselben ökonomischen Folgen haben. Im Gegensatz dazu hat die heutige Wirtschaftstheorie die Richter mit analytischen Werkzeugen von unschätzbarem Wert ausgestattet. Diese Werkzeuge lenken sie in Richtung der richtigen Identifikation von kriminellen Verhalten und der Verkündung von fairen und abgewogenen Gerichtsurteilen bei allen „fragwürdigen“ Fällen, die in der Praxis aufkommen mögen.

Schließlich müssen wir eine wichtige Klarstellung im Hinblick auf den Begriff „Innovation“ auf dem Finanzmarkt und die technologischen und unternehmerischen Innovationen, welche im Industrie- und Handelssektor eingeführt werden, abgeben. Während jede erfolgreich im Handel und der Industrie eingeführte Innovation von Beginn an begrüßt werden sollte, da diese Veränderungen tendenziell die Produktivität erhöhen und die Bedürfnisse der Konsumenten besser befriedigen, *sollten „Innovationen“ im Finanzsektor, dessen Aktivitäten immer in einem unveränderlichen Rahmen von stabilen, vorhersehbaren Rechtsprinzipien stattfinden sollten, zunächst mit Argwohn betrachtet werden.* In der Tat mögen technologische und unternehmerische Innovationen im Bereich des Bank- und Finanzwesens als positiv betrachtet werden, wenn sie beispielsweise im Einsatz von neuer Computer- und Softwareausrüstung, neuen Vertriebskanälen, etc., bestehen. Wenn jedoch die „Innovationen“ direkt die grundlegenden Rechtsprinzipien in ihrer Rolle eines unverletzlichen Rahmens für das Funktionieren des gesamten Marktes beeinflussen, werden diese Veränderungen tendenziell der Gesellschaft ernsthaften Schaden zufügen. Die Gesellschaft sollte diese „Innovationen“ ablehnen und hart gegen diese durchgreifen. Mithin erscheint es als ein schlechter

Scherz etwas als „Finanzinnovation“ zu bezeichnen, was letztlich darauf ausgelegt ist, Betrug zu verbergen und die allgemeinen Rechtsprinzipien, die für das reibungslose Funktionieren und den Erhalt einer Marktwirtschaft vital sind, zu umgehen.⁷⁴

Finanzprodukte genügen den verschiedenen Vertragstypen, welche sich traditionell innerhalb des Rechts entwickelt haben. Die grundlegende Struktur dieser Typen kann nicht modifiziert werden, ohne die grundlegenden Rechtsprinzipien zu verzerren und zu verletzen. Der einzig vorstellbare Weg zur Einführung „neuer“ Finanzprodukte“ besteht deshalb darin, verschiedenen Kombinationen von legitimen, existierenden Rechtsverträgen zusammenzustellen, obgleich die Innovationsmöglichkeiten auf diesem Gebiet recht begrenzt sind. Wir müssen auch daran erinnern, dass in vielen Fällen „Innovationen“ durch die fiskalische Gier der Regierungen und das Durcheinander der Steuergesetzgebung, welche sie in allen geschichtlichen Perioden einführen, erzwungen werden. In vielen Fällen zielen derartige „Innovationen“ darauf ab, soweit als möglich die Steuerlast zu verringern und führen zu den seltsamsten und gezwungendsten, kompliziertesten und juristisch unnatürlichsten Geschäftsformen. An dieser Stelle ist die direkte Verletzung der traditionellen Rechtsprinzipien nur einen Schritt entfernt⁷⁵, und die Erfahrung zeigt, dass die Versuchung aus den großen Gewinnen, welche das Teildeckungsbankwesen generiert, Kapital zu schlagen, viele dazu veranlasst, diesen Schritt ohne zu Zögern zu tun. Daher ist es in diesem Feld essentiell, eine konstante, rigorose Wachsamkeit aufrecht zu erhalten und eine präventive Haltung gegen die Verletzung der traditionellen Rechtsprinzipien einzunehmen.

6. „*Das vorgeschlagene System würde es der Geldmenge nicht gestatten mit der gleichen Rate wie die Wirtschaft zu wachsen*“. Die Wirtschaftssubjekte haben sich an das gegenwärtige inflationäre Umfeld gewöhnt und glauben, dass ein Wirtschaftswachstum ohne eine gewisse Menge an Kreditausweitung und Inflation unmöglich ist. Weiterhin haben verschiedene Schulen des wirtschaftlichen Denkens das Ansteigen der effektiven Nachfrage gepriesen und dahin tendiert, die immer populären Appelle zur Inflation zu verstärken. Nichtsdestoweniger würden sich die Wirtschaftssubjekte genauso, wie sie sich an das inflationäre Umfeld gewöhnt haben, sich an ein Umfeld anpassen, in dem die Kaufkraft der Geldeinheit kontinuierlich und fortschreitend steigt.

⁷⁴ Es gibt auch Finanzinnovationen, die wie Übernahmeangebote eine legitime Funktion im Markt erfüllen und selbst kein traditionelles Rechtsprinzip verletzen, jedoch in Präsenz des Teildeckungsbankwesens und einer nicht durch reale Ersparnisse gedeckten Kreditausweitung beschädigt werden. Eine präzise, jedoch erschöpfende Analyse der „Finanzinnovationen“, welche als Ergebnis des unglücklicherweise als „Finanzderegulierung“ bezeichneten Prozesses entstanden sind (der hauptsächlich in Verminderung der Einhaltung der traditionellen Rechtsprinzipien durch den Finanzsektor bestanden hat), ist in Luis Barrallat's Buch, *La banca española en el año 2000: un sector en transición* (Madrid: Ediciones de las Ciencias Sociales, 1992), S. 172–205, zu finden. Wir sollten darauf hinweisen, dass viele dieser „Finanzinnovationen“ im fruchtbaren Umfeld fieberartiger Spekulationen („irrationale Ausgelassenheit“ [„irrational exuberance“]) entstehen. Diese Spekulationen sind die Folge der Kreditausweitung, welche das Teildeckungsbankwesen antreibt.

⁷⁵ Damit ist dies ein weiteres Beispiel, welches perfekt die akuten, verderbenden Effekte illustriert, welche die fiskalischen und ökonomischen Eingriffe, welche der Staat auf das Konzept des materiellen Rechts, die zugehörigen sozialen Gepflogenheiten und den Gerechtigkeitssinn ausübt. Wir haben dieses Thema ausführlich in Huerta de Soto, *Socialismo, cálculo económico y función empresarial*, S. 126–33 behandelt.

Hier ist es erneut wichtig, zwischen den beiden verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „Deflation“ (und „Inflation“) zu unterscheiden, welche vielfach in der theoretischen Diskussion und Analyse verwechselt werden. Deflation bezieht sich entweder auf einen absoluten Rückgang bzw. Kontraktion der Geldmenge oder auf das Ergebnis, welche eine derartige Kontraktion im Allgemeinen (jedoch nicht immer) erzeugt, d.h. ein Anstieg in der Kaufkraft der Geldeinheit, bzw. in anderen Worten ein Rückgang im allgemeinen „Preisniveau“. Das vorgeschlagene System eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht würde offensichtlich im Hinblick auf Kontraktionen vollkommen unelastisch sein und *daher würde es jede Deflation verhindern als einen Rückgang der Geldmenge verhindern. Dies kann das gegenwärtige „flexible Geldsystem“ nicht garantieren. Daran uns die Wirtschaftskrisen immer wieder erinnern.*⁷⁶

Wenn wir unter „Deflation“ einen Rückgang des allgemeinen Preisniveaus oder einen Anstieg in der Kaufkraft des Geldes verstehen, ist es klar, dass in dem Ausmaß, in dem die allgemeine wirtschaftliche Produktivität schneller als die Geldmenge steigt, eine derartige „Deflation“ in dem von uns empfohlenen Geldsystem präsent sein würde. Wir haben oben das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung beschrieben. Es bringt den großen Vorteil mit sich, dass es nicht nur Wirtschaftskrisen und Rezessionen verhindert, sondern auch die Wohltaten der wirtschaftlichen Entwicklung auf alle Bürger durch die Stimulation eines fortschreitenden, kontinuierlichen Wachstums der Kaufkraft der Geldeinheiten aller Person und einen parallel Rückgang der Geldnachfrage aller Personen verteilt.

Wir müssen zugestehen, dass das vorgeschlagene System nicht eine Geldeinheit mit einer sich nicht verändernden Kaufkraft garantieren würde. Dies ist ein unerreichbares Ziel. Selbst wenn es erreicht würde, würde es keinen anderen Vorteil mit sich bringen als die Prämie zu eliminieren, welche im Zinssatz in Abhängigkeit der erwarteten künftigen Entwicklung der Kaufkraft des Geldes berücksichtigt wird. Jedoch ist es in dieser Hinsicht nur wichtig, dass in der Praxis die Wirtschaftssubjekte in der Lage sind, ohne Schwierigkeiten die Evolution der Kaufkraft des Geldes zu prognostizieren und bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Dies wäre ausreichend, um die plötzliche, ungerechte Einkommensumverteilung zwischen Gläubigern und Kreditnehmern abzuwenden, die in der Vergangenheit immer die expansiven Kredit- oder Geldmengenschocks begleitet haben, welche die Wirtschaftssubjekte nicht rechtzeitig vorhersahen.

Es ist argumentiert worden, dass wenn die Metallgeldmenge langsamer als die Produktivität der

⁷⁶ Nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 wurde eine Kreditklemme nur vorübergehend durch die massiven Liquiditätsspritzen, welche in das System injiziert wurden, abgewendet. Trotz dieser Maßnahmen waren in der folgenden Wirtschaftsrezession (1990-1991) die Zentralbanker nicht in der Lage, die Wirtschaftssubjekte dazu bewegen, neues Geld zu leihen, obgleich die Zinssätze auf historischen Tiefstständen (2-3 Prozent in den Vereinigten Staaten) waren. Unlängst (2001) haben die japanischen Geldbehörden die Zinssätze in diesem Land auf 0,15 Prozent gesenkt, ohne den vorhergesagten expansiven Effekte zu provozieren. Später hat sich die Geschichte wieder nach dem Marktcrash von 2001-2002 und der Festlegung des Zinssatzes auf 1 Prozent durch die Federal Reserve wiederholt.

Wirtschaft wächst, der folgende Anstieg in der Kaufkraft des Geldes (bzw. der Rückgang des allgemeinen Preisniveaus) unter gewissen Umständen sogar die soziale Zeitpräferenzrate, welche im Marktzins enthalten ist, übersteigen könnte.⁷⁷ Obgleich die soziale Zeitpräferenz von den subjektiven Wertschätzungen der Menschen abhängt und daher ihre künftige Entwicklung nicht theoretisch ermittelt werden kann, müssen wir zugestehen, dass wenn sie auf sehr niedrige Niveaus verursacht durch einen beträchtlichen Anstieg in der gesellschaftlichen Sparneigung fällt, der obige Effekt tatsächlich gelegentlich eintreten könnte. Jedoch würden die Marktzinssätze unter keinen Umständen Null und noch viel weniger negativen Zahlen erreichen. Zunächst kommt der wohl bekannte Pigoueffekt zum Tragen: der Anstieg in der Kaufkraft der Geldeinheiten würde den Wert der realen Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte erhöhen. Ihr Reichtum würde real gesehen ansteigen und sie würden ihren Konsum steigern, was die soziale Zeitpräferenzrate wieder anheben würde.⁷⁸ Außerdem würden die Unternehmer immer eine Finanzierung mittels eines positiven Zinssatzes für alle Investitionsprojekte zu finden, deren erwartete buchhalterischen Gewinne den am Markt vorherrschenden Zinssatz jederzeit übersteigt, egal wie niedrig dieser ist. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass fortschreitende Reduzierungen des Marktzinssatzes tendenziell den Gegenwartswert der Kapitalgüter und Investitionsgüter steigen lässt: ein Rückgang von 1 auf 0,5 Prozent wird den Gegenwartswert von langlebigen Kapitalgütern verdoppeln. Dieser Wert verdoppelt sich erneut, wenn die Zinssätze von 0,5 auf 0,25 Prozent fallen. Es ist daher nicht vorstellbar, dass die Nominalzinssätze Null erreichen: sobald sie sich dieser Grenze nähern, wird der Anstieg des Gegenwartswerts der Kapitalgüter zu fantastischen Möglichkeiten zur Erzielung bedeutender unternehmerischer Gewinne führen. Dies garantiert immer einen unerschöpflichen Fluss von unternehmerischen Gewinnen und Investitionsmöglichkeiten.

Mithin ist ein vorhersehbarer Aspekt des vorgeschlagenen Modells, dass die Nominalzinsen historische Tiefststände erreichen würden. In der Tat würde es, wenn wir im Durchschnitt einen jährlichen Produktivitätsanstieg von ungefähr drei Prozent bei einem Wachstum von einem Prozent der weltweiten Goldreserven annehmen, zu einer leichten jährlichen „Deflation“ von ungefähr zwei Prozent kommen. Wenn wir einen annehmbaren realen Zinssatz einschließlich der Risikoprämie zwischen drei und vier Prozent annehmen, dann können wir einen Marktzins zwischen ein und zwei Prozent jedes Jahr erwarten, der in einem sehr engen Rahmen von ungefähr einem achtel Prozentpunkt schwankt. Wirtschaftssubjekte, die nur in Zeiten von Inflation basierend auf einer Geld- und Kreditausweitung gelebt haben, mag das gerade beschriebene Panorama als wie von einem anderen Stern vorkommen. Es wäre jedoch eine höchst günstige Situation und die

⁷⁷ Dies ist das von C. Maling in seinem Aufsatz „The Austrian Business Cycle Theory and its Implications for Economic Stability under Laissez-Faire,” Kapitel 48 von J.C. Wood und R.N. Woods, *Friedrich A. Hayek: Critical Assessments* (London: Routledge, 1991), Bd. 2, S. 267, präsentierte Argument.

⁷⁸ Zum Pigoueffekt siehe Don Patinkin's Aufsatz, „Real Balances,” *The New Palgrave: A Dictionary of Economics*, Bd. 4, S. 98–101.

Wirtschaftssubjekte würden sich an sie ohne größere Problem gewöhnen.⁷⁹

Sogar verschiedene Mitglieder der Neo-Banking Schule des Teildeckungsbankwesens haben die angeblichen Gefahren der „Deflation“ übertrieben. So hat beispielsweise Stephen Horwitz den fortschreitenden, kontinuierlichen Preisrückgang in unserem Modell in Frage gestellt und behauptet, dass genauso wie heute plötzliche Veränderungen das Preiswachstums beeinflussen, in dem von uns vorgeschlagenen System (!) abrupte Preisrückgänge unvermeidbar wären. Horwitz erkennt nicht, dass ein Geldstandard, der keine Kontraktionen zulässt, derartige abrupte Rückgänge praktisch unmöglich macht, außer in außergewöhnlichen Umständen wie Naturkatastrophen, Kriege und andere ähnliche Phänomene. Unter normalen Umständen würde kein Grund bestehen, dass die Geldnachfrage immer weiter auf traumatische Weise ansteigt. In der Tat würde sie fortschreitend fallen, da der Anstieg der Kaufkraft der Geldeinheiten es unnötig machen würde, dass die Wirtschaftssubjekte derart hohe reale Kassenvorräte halten.⁸⁰

Die leichte, fortschreitende und kontinuierliche „Deflation“, welche in einem auf einem reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht ruhenden System aufkommen würde, würde nicht nur nicht eine nachhaltige, harmonische wirtschaftliche Entwicklung behindern, sondern sie auch aktiv fördern. Weiterhin ist es dazu in der Vergangenheit verschiedentlich gekommen. Wir haben bereits den Fall der Vereinigten Staaten während der Zeit von 1867 nach dem amerikanischen Bürgerkrieg bis 1879 erwähnt. Sogar Milton Friedman und Anna J. Schwartz mussten zugeben, dass diese Periode was a vigorous stage in the continued economic expansion that was destined to raise the United States to a first rank among the nations of the world. *And their coincidence casts serious doubts on the validity of the now widely held view that secular price deflation and rapid economic growth are incompatible.*⁸¹

79 In einer Welt sinkender Preise hätte sich das Denken aller Wirte den Verhältnissen ebenso anpassen müssen wie es sich den steigenden Preisen angepasst hat. Heute ist jedermann geneigt, in steigendem Geldeinkommen den Ausdruck einer Verbesserung seiner Lage zu erblicken; die Aufmerksamkeit ist vor allem auf das Steigen des Geldausdrucks der Löhne und der Vermögen gerichtet und weniger auf das Verhältnis, in dem sich die Versorgung mit Sachgütern verbessert hat. In einer Welt sinkender Kaufkraft würde man sich wohl mehr mit dem Sinken der Lebenshaltungskosten befassen. Das Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts, der die Versorgung erleichtert und verbessert, würde dabei klarer hervortreten. (Mises, *Nationalökonomie*, 426-27).

80 Horwitz, „Keynes’ Special Theory,“ Fußnote 18 auf S. 431–32. Außerdem hat Horwitz behauptet, dass die Österreicher, welche eine 100-prozentige Reservepflicht verteidigen, nicht in der Lage gewesen sind, zu zeigen, warum ein Rückgang der Geldnachfrage notwendigerweise im Hinblick auf die Förderung des Entstehens von Wirtschaftskrisen von einem Geldmengenanstieg verschieden ist. Horwitz übersieht die Tatsache, dass es die Gewährung von Umlaufmitteln ungedeckt durch reale Ersparnisse, d.h. Kreditausweitung, und nicht ein allgemeiner Rückgang in der Geldnachfrage, ist, welche die Produktionsstruktur verzerrt und Krisen verursacht. Ceteris paribus könnte ein Rückgang der Geldnachfrage nur einen Rückgang der Kaufkraft der Geldeinheit verursachen und würde nicht notwendigerweise die Schaffung von Darlehen, welche nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, und damit die gesellschaftliche Produktionsstruktur beeinflussen. Mithin müssen wir Horwitz Schlussfolgerung, dass „100-percent reserve banking is insufficiently flexible to maintain monetary equilibrium“ ablehnen, da die Ansicht auf einer fehlgeleiteten theoretischen Analyse beruht, welche nicht adäquat die Fehl Abstimmungsmechanismen behandelt, welche im Konjunkturzyklus ausgelöst werden.

81 Friedman and Schwartz, *A Monetary History of the United States, 1867–1960*, S. 15; Hervorhebung hinzugefügt.

7. „Die Aufrechterhaltung eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht wäre wegen der benötigten wirtschaftlichen Ressourcen sehr kostspielig und würde daher die wirtschaftliche Entwicklung behindern.“

Das Argument, dass ein reiner Goldstandard aus Sicht der wirtschaftlichen Ressourcen sehr teuer wäre, wurde von John Maynard Keynes aufgebracht, der einen derartigen Standard als nicht mehr als eine „barbarisches Relikt“ der Vergangenheit betrachtete. Dieses Argument hat dann seinen Eingang in verbreitetsten Lehrbücher gefunden. So schreibt zum Beispiel Paul A. Samuelson: „(It) is absurd to waste resources digging gold out of the bowels of the earth, only to inter it back again in the vaults of Fort Knox.“⁸² Es ist offensichtlich, dass ein reiner Goldstandard mit einer leichten „Deflation“, d.h. einem konstanten, fortschreitenden Anstieg der Kaufkraft der Geldeinheit, einen kontinuierlichen Anreiz generieren würde, neue Goldlagerstätten zu finden und das Gold zu fördern. Damit würden wertvolle, knappe ökonomische Ressourcen für die Suche, Förderung und Distribution des gelben Metalls verwendet. Obgleich es keine einhellige Schätzung der wirtschaftlichen Kosten dieses Geldstandards gibt, wollen wir um des Arguments willen sogar annehmen, wie es Leland B. Yeager tut, dass diese Kosten ungefähr einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts jeder Nation entsprechen würde.⁸³ Es ist offensichtlich viel billiger, Papiergeld auszugeben als aus der Erde Gold zu fördern, was ungefähr ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Länder der ganzen Welt kosten würde.

Nichtsdestoweniger würde man sich täuschen, wenn man diesen Geldstandard basierend auf den angeblichen Kosten des Goldstandard ablehnen würde, so wie es Keynes und Samuelson tun. Es ist nicht korrekt, lediglich die Kosten der Goldproduktion mit jenen der Papiergeldemission zu vergleichen. Man muss stattdessen die direkten und indirekten Gesamtkosten der beiden Geldsysteme vergleichen. Dabei müssen wir nicht nur den ernsten Schäden, welche die zyklischen Wirtschaftsrezessionen der Volkswirtschaft und der Gesellschaft zufügen, berücksichtigen, sondern auch eine Reihe von Kosten, welche damit zusammen hängen, dass der Geldstandard elastisch ist, vollkommen auf Vertrauen beruht und vom Staat kontrolliert wird. Pflichtlektüre zu diesem Thema ist unter anderem Roger W. Garrison's Aufsatz „The Costs of a Gold Standard.“⁸⁴ In diesem Aufsatz schätzt Professor Garrison die Opportunitätskosten eines reinen Zwangsgeldstandards und vergleicht sie mit jenen eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht.

Mises kommt zu einer identischen Schlussfolgerung in *Money, Method, and the Market Process*, S. 90–91 und er vermittelt die gleiche Idee in dem schon zitierten Memorandum für die Spezialisten des Finanzkommittees des Völkerbunds aus dem Jahr 1930. Vgl. zudem die detailliert ökonomische Studie der Periode von 1973 bis 1896, welche Selgin in seinem Buch, *Less than Zero*, S. 49-53, vorlegt.

82 Samuelson, *Economics*, 8. Aufl. (New York: Macmillan, 1970).

83 Leland B. Yeager, „Introduction,“ *The Gold Standard: An Austrian Perspective*, S. x.

84 Roger W. Garrison, „The Costs of a Gold Standard,“ Kapitel 4 von, *The Gold Standard: An Austrian Perspective*, S. 61–79

Garrison schreibt:

The true costs of the paper standard would have to take into account (1) the costs imposed on society by different political factions in their attempts to gain control of the printing press, (2) the costs imposed by special-interest groups in their attempts to persuade the controller of the printing press to misuse its authority (print more money) for the benefit of special interests, (3) the costs in the form of inflation-induced misallocation of resources that occur throughout the economy as a result of the monetary authority succumbing to the political pressures of the special interests, and (4) the costs incurred by businesses in their attempts to predict what the monetary authority will do in the future and to hedge against likely, but uncertain, consequences of monetary irresponsibility. With these considerations in mind, it is not difficult to believe that a gold standard costs less than a paper standard.⁸⁵

Außerdem sollten wir noch die hohen Kosten für die Aufrechterhaltung eines weltweiten Netzwerkes von Zentralbanken und ihrer gut bezahlten Angestellten, sowie die beträchtlichen ökonomischen Ressourcen, welche bei der Zusammenstellung von Statistiken und der Finanzierung von Forschungsprojekten, internationaler Konferenzen und Treffen (dem Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, etc.) anfallen, dazu zählen. Wir sollten auch die bedeutenden Kosten berücksichtigen, welche die exzessive Bereitstellung von Bankdienstleistungen mit sich bringt; vor allem die übertriebene Vermehrung von neuen Filialen und die reine Verschwendung von humanen und ökonomischen Ressourcen, welche dies mit sich bringt.⁸⁶ Daher kommt es nicht überraschend, dass sogar Milton Friedman, der jahrelang mit der Mehrheit übereinstimmte, dass die Kosten eines reinen Goldstandards zu hoch seien, seine Meinung geändert hat und nun aus ökonomischer Sicht empfindet, dass ein reiner Goldstandard keine Opportunitätskostenproblem darstellt.⁸⁷

Kurzum kommen wir zum Schluss, dass ein Geld- und Bankensystem, welches auf einem reinen Goldstandard und einer 100-prozentigen Reservepflicht für die Banken basiert eine „soziale Institution“ darstellt, die für das korrekte Funktionieren einer jeden Marktwirtschaft essentiell ist. Eine soziale Institution kann als eine Gruppe von Verhaltensformen, welche spontan über eine sehr

⁸⁵ Ebenda, S. 68.

⁸⁶ Weiterhin erinnert uns Roger W. Garrison daran, dass die Kosten in Hinblick auf die realen Ressourcen, welche bei der Produktion und Distribution von Gold anfallen, zum großen Teil unvermeidlich sind, da die Leute weiterhin ein bedeutendes Volumen von ökonomischen Ressourcen der Förderung, Veredelung, Distribution und Lagerung des gelben Metalls widmen; unabhängig davon, ob dieses die Basis des Goldstandards ausmacht. Ebenda, S. 70.

⁸⁷ Vgl. Friedman and Schwartz, “Has Government any Role in Money?” S. 37–62. Es ist daher klar, dass ein reiner Goldstandard und eine 100-prozentige Reservepflicht bei Monetaristen guten Anklang finden sollte, da dieses Arrangement einer relative stabilen Geldmengenregel äquivalent wäre und es durch die unzerstörbare Natur der Goldmenge plötzliche Kontraktionen der Geldmenge ausschließen und gleichzeitig den willkürlichen Machtgebrauch der Regierungen auf dem monetären Gebiet eliminieren würde. Aus dieser Warte ist es aus Gründen strikter Kohärenz nicht überraschend, dass Monetaristen wie Friedman sich zunehmend einem reinen Goldstandard, einem System, welches sie in der Vergangenheit kategorisch missachtet hatten, zugeneigt haben.

lange Zeitperiode als Resultat der Beiträge entstanden sind, die mannigfaltige Generationen von Menschen durch ihre Mitwirkung an den sozialen Prozessen gemacht haben, definiert werden. Mithin enthalten derartige Institutionen wie ein reiner Goldstandard, das private Eigentumsrecht, und die Familie ein enormes Informationsvolumen und haben sich in den verschiedensten historischen, zeitlichen und örtlichen Begebenheiten als erfolgreich erwiesen. Darum können wir nicht ohne Schaden auf diese Institutionen verzichten. Wir können auch nicht Prinzipien der Moral opfern, ohne dafür hohe soziale Kosten auf uns zu nehmen. Denn Verhaltensregeln, Traditionen und moralische Prinzipien sind weit davon entfernt „repressive oder hemmende soziale Traditionen zu sein“ (wie sie von Rousseau und im Allgemeinen „szientistischen“ Gelehrten auf verantwortungslose Weise bezeichnet wurden). Vielmehr haben sie die Entwicklung der Zivilisation möglich gemacht. Wenn die Menschen die Vernunft vergöttern und zu dem Glauben kommen, sie könnten die sozialen Institutionen modifizieren und „verbessern“ oder sogar sie ex novo wieder aufbauen (Keynesianer und Monetaristen haben diese Einstellung am stärksten unter Ökonomen gefördert), dann verlieren sie vitale Grundsätze und Referenzpunkte aus dem Blick und rationalisieren ihre atavistischsten und primitivsten Leidenschaften. Sie gefährden damit die gesellschaftlichen, spontanen Kooperations- und Koordinationsprozesse. Der Goldstandard und das Prinzip einer 100-prozentigen Reservedeckung machen einen integralen Bestandteil dieser vitalen sozialen Institutionen aus, welche als eine Art Autopilot fungieren, bzw. eine Leitlinie für das praktische menschliche Verhalten in den sozialen Kooperationsprozessen sein sollten. Die unverantwortliche Eliminierung dieser Institutionen generiert exzessive, unvorhersehbare Kosten in der Form von sozialen Spannungen und FehlAbstimmungen, welche den friedvollen, harmonischen Fortschritt der Zivilisation und Menschheit gefährden.

8. „Die Errichtung eines Systems, wie das von uns vorgeschlagene, würde die Welt zu abhängig von Ländern machen, die wie Südafrika und die ehemalige Sowjetunion immer die größten Goldproduzenten gewesen sind.“ Die Gefahr, dass ein reiner Goldstandard zu stark von der Goldproduktion Südafrikas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion abhängig wäre, ist stark übertrieben worden. Weiterhin basieren derartige Warnungen auf der verfehlten Missachtung der Tatsache, dass obgleich diese Ländern jedes Jahr einen substantiellen Anteil des *neuen* Goldes fördern (Südafrika mit 34 Prozent und die ehemalige Sowjetunion mit 18 Prozent der jährlichen (neuen) Goldproduktion),⁸⁸ die relative Bedeutung des von ihnen produzierten Volumens im Vergleich zur in der Welt existierenden Goldmenge (welche in der Geschichte der Zivilisation angehäuft wurde, da Gold unveränderlich und unzerstörbar ist) praktisch bedeutungslos (nicht mehr als 0,5 Prozent pro Jahr) ist. In der Tat ist der Großteil der weltweiten Goldmenge auf Länder wie die Europäische Union, Amerika und Südasien verteilt. Weiterhin ist es nach Beendigung des

⁸⁸ Skousen, *Economics on Trial*, S. 142.

Kalten Krieges unklar wie Nationen wie Südafrika und die ehemalige Sowjetunion, deren jährliche Goldproduktion nur einen winzigen Bruchteil der gesamten weltweiten Goldmenge ausmacht, eine Unruhe stiftende Rolle spielen könnten; vor allem da sie die ersten Nationen wären, die an den Folgen einer Politik leiden würden, welche auf eine künstliche Verringerung der Goldproduktion abzielt.

In jedem Fall müssen wir zugeben, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden, dass der Übergang zu einem Geldsystem wie zu dem von uns empfohlenen, den heutigen Marktwert des Goldes ausgedrückt in gegenwärtigen Geldeinheiten vervielfachen würde (vielleicht mehr als verzwanzigfachen). Dieser Wertanstieg würde zunächst und unweigerlich zu einem bedeutendem, einmaligen Kapitalgewinn der gegenwärtigen Goldbesitzer und vor allem der Unternehmen, welche dieses fördern und verteilen, führen. Jedoch stellt der Wunsch, gewisse dritte Parteien davon abzuhalten, von der Wiedererrichtung eines Geldsystems mit so vielen Vorteilen für die Gesellschaft, wie das vorgeschlagene, (vielleicht) unverdient zu profitieren, überhaupt kein Prima-facie-Argument gegen ein derartiges System dar.⁸⁹

9. „*Der angebliche Fehlschlag einer 100-prozentigen Reservepflicht in Argentinien unter dem Regime General Peróns.*“ Das zwanzigste Jahrhundert bietet einen historischen Versuch, zumindest *rhetorischer* Art, eine 100-prozentige Reservepflicht für Banken einzuführen. Jedoch wurde in diesem Fall die Reform nicht durch eine allgemeine Privatisierung des Geldsystems und eine Eliminierung der Zentralbank begleitet. Stattdessen wurde der Kredit vollständig verstaatlicht; ein Schritt, der die Inflation auf ein hohes Niveau trieb und profunde Kreditverzerrungen verursachte, welche die argentinische Wirtschaft verwüsteten. Mithin illustriert dieses Beispiel überhaupt nicht einen Nachteil der von uns vorgeschlagenen Reform. Im Gegenteil bietet es die perfekte historische Bestätigung der abträglichen Effekte, welche Staatseingriffe für den Finanz-, den Geld- und den Kreditsektor haben. Wir werden nun die Geschichte des argentinischen „Experiments“ genauer untersuchen.

⁸⁹ Wie Murray N. Rothbard schreibt:

Depending on how we define the money supply—and I would define it very broadly as all claims to dollars at fixed par value—a rise in gold price sufficient to bring the gold stock to 100 per cent of total dollars would require a ten- to twenty-fold increase. This of course would bring an enormous windfall gain to the gold miners, but this does not concern us. *I do not believe that we should refuse an offer of a mass entry into Heaven simply because the manufacturers of harps and angels' wings would enjoy a windfall gain.* (Rothbard, “The Case for a 100-Percent Gold Dollar,” S. 68; Hervorhebung hinzugefügt)

In jedem Falle müssen wir, genauso wie es Rothbard tut, zugeben, dass eine derartiger Wertanstieg des Goldes hauptsächlich während der ersten Jahr nach der Transition der Goldminen- und Golddistributionsindustrie einen gewaltigen Schub verleihen und folglich die gegenwärtige Struktur des internationalen Handels, sowie der Migrations- und Kapitalströme modifizieren würde. Murray Rothbard änderte später seine Meinung. Um zu verhindern, dass die Banken ungerechtfertigterweise von der Reform profitierten, schlug er vor, dass die Banknoten die ausschließliche Basis für den Goldumtausch bilden sollten. Trotz dieses Sinneswandels von Rothbard halten wir unseren Vorschlag (der im weiteren noch präsentiert werden wird) für um einiges überlegen, da er die unnötige Deflation vermeiden würde, welche bei Rothbard's Vorschlag resultieren würde. Vgl. Murray N. Rothbard, “The Solution,” *The Freeman: Ideas on Liberty* (November 1995): 697–702.

Die Reform wurde in Argentinien kurz nach der Amtseinführung General Peróns im Jahr 1946 eingeführt; sie wurde durch die Rechtsverordnung mit der Nummer 11554 implementiert. Diese wurde durch das Gesetz 12962 ratifiziert. Diese rechtlichen Bestimmungen nationalisierten die Bankdepositen, da sie die offizielle Erklärung enthielten, dass alle Depositen fortan von der argentinischen Nation garantiert würden. Die Begründung dieser Texte enthielt neben anderen Betrachtungen folgendes:

In der Tat haben jetzt, da alle Depositen in den Banken auf Kosten der Zentralbank verbleiben und diese die Finanz- und Verwaltungskosten trägt und die empfangenden Banken nicht mehr länger die Depositen ohne die Zustimmung der Zentralbank benutzen dürfen, diese aufgehört, auf den Banken sozusagen zu „lasten“ und die Banken dahin zu bewegen, die Darlehen über die nützlichen Grenzen hinaus auszudehnen. Dies ist der Weg zu einem gesunden Kredit, der sich mehr auf die langfristigen wirtschaftlichen Ziele denn auf die Erreichung der rein finanziellen Zwecke der Banken ausrichtet.⁹⁰

Nichtsdestoweniger war Perón's Bankreform trotz dieser anscheinend einwandfreien Rhetorik von Beginn an zum Scheitern verurteilt. In der Tat basierte die Reform auf der vollständigen Verstaatlichung des Geld- und Bankensektors, sodass die Verantwortung für die Gewährung neuer Darlehen auf die Zentralbank fiel und die Zentralbankangestellten direkt von der Regierung abhingen. In anderen Worten ging der Staat nicht nur darin fehl, die Finanz- und Geldinstitutionen nicht vollständig zu privatisieren und es dem Kredit zu ermöglichen, spontan mit der nationalen Sparrate übereinzustimmen, sondern die Zentralbank begann tatsächlich eine rücksichtslose Kampagne expansiver Darlehensgewährung an privilegierte Empfänger. Diese Darlehen gelangten in das Wirtschaftssystem durch Offenmarktoperationen an der Börse und vor allem durch die Diskontkredite, die den der Regierung am Nächsten stehenden Banken angeboten wurden. Die Reform gab der Zentralbank die Macht jedes Jahr Offenmarktoperationen in einer Höhe von bis zu 15 Prozent der gesamten Geldmenge auszuführen. Sie hat zudem die argentinische Währung vollkommen ihrer Golddeckung beraubt und die zuvor bestehende Beziehung zwischen dieser Währung und Gold eliminiert. Im Jahr 1949 modifizierte das Gesetz 13571 die Konstitution den Verwaltungsrats der Zentralbank und ernannte den Finanzminister zum Präsidenten dieses Rats. Damit wurde die Institution in ein reines Anhängsel der Regierung konvertiert. Schließlich setzte die Reform fest, dass von diesem Zeitpunkt an der Kredit von der Zentralbank in der Form von Diskontkrediten an die verschiedenen Banken gewährt wurde. Dabei wurde keine Grenze für das Volumen oder die expansive Kapazität gesetzt. Daher wurde diese enorme Macht zugunsten jener

⁹⁰ Eine kurze, klare Beschreibung des von General Perón etablierten Bankensystems erscheint in José Heriberto Martínez' Aufsatz, "El sistema monetario y bancario Argentino," in *Homenaje a Lucas Beltrán* (Madrid: Editorial Moneda y Crédito, 1982), S. 435–60. Der obige Ausschnitt findet sich auf S. 447–48.

Institutionen benutzt, welche dem derzeitigen politischen Regime am sympathischsten waren. Folglich und trotz der anfänglichen Phrasen förderte Perón's Reform ein beispielloses Wachstum der Kreditmenge, eine enorme Ausweitung der Zahlungsmittel und eine scharfe Inflation, welche die Produktionsstruktur des Landes in grober Weise verzerrte und zu einer tiefen Wirtschaftsrezession führte, von der sich Argentinien erst nach vielen Jahren erholte. So stieg die Geldmenge während der ersten Amtszeit Perón's (von 1946-1955) um mehr als 970 Prozent und das Gold und die Devisen, welche die emittierten Noten deckten, fielen von 137 Prozent im Jahr 1946 auf knapp über 3,5 Prozent im Jahr 1955.

Die Reform wurde von den Revolutionären abgeschafft, welche General Perón 1955 entmachteten und die Depositen wieder privatisierten. Nichtsdestoweniger war diese Maßnahme unzureichend, um das finanzielle Chaos zu beenden und die privaten Banken nahmen mit neuem Enthusiasmus ihre expansive Politik wieder auf. Sie folgten damit dem von der Zentralbank unter Perón gegebenen Beispiel. Als Folge davon wurde die argentinische Hyperinflation chronisch und in der ganzen Welt berühmt-berüchtigt.⁹¹

Wir kommen zu dem Schluss, dass die Väter des argentinischen Experiments lediglich die Vorteile der Kreditausweitung für die Regierung reservieren und so die privaten Banken davon abhalten wollten, von dieser Expansion zu einem Großteil zu profitieren, so wie es bis dahin der Fall gewesen war. In jedem Fall gab es niemals die Intention, das Geldsystem zu privatisieren und die Zentralbank abzuschaffen. Die peronistischen Reformen bestätigen die von uns hier zugegebene Tatsache: eine 100-prozentige Reservedeckung zusammen mit einem Zentralbankmonopol der Währungs- und Darlehensausgabe kann die Wirtschaft ebenso ernsthaft verzerren, wenn sich die geldpolitischen Behörden aus politischen Gründen dazu entschließen, eine Kreditausweitung zu beginnen (entweder durch die direkte Schaffung und Gewährung von Darlehen oder durch Offenmarktkäufe an der Börse). Mithin stellt das Scheitern des argentinischen Experiments unter General Perón keine historische Illustration der Nachteile einer 100-prozentigen Reservedeckung dar. Vielmehr bestätigt sie die Notwendigkeit, eine derartige Reform konsequent mit einer vollständigen Privatisierung des Geldes und einer Eliminierung der Zentralbank zu kombinieren. Kurzum zielte Perón's System darauf ab, die expansive Darlehensschaffung durch private Banken

⁹¹ Kurioserweise wurden die Bankdepositen erneut, während der neuen, kurzen Peronistischen Periode, welche 1973 begann, unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Diese Entscheidung die Depositen zu nationalisieren wurde rückgängig gemacht, als eine Militärjunta das Regime am 24. März stürzte und die Macht übernahm. Was als nächstes geschah ist in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen und hat gezeigt, dass das folgende System der „Bankfreiheit“ und Unverantwortlichkeit genauso zerstörerisch war, wie das zuvor von Perón eingeführte System. Im Dezember 2001 hatte Argentinien erneut die fragwürdige Ehre die Wirtschaftstheorie zu veranschaulichen. In diesem Fall brach sein teilgedecktes 10 Jahre zuvor eingeführtes Currency Board zusammen, nachdem sich das Vertrauen der Öffentlichkeit in Luft aufgelöst hatte und es in der Folge einen Ansturm auf die Dollars der Bankdepositen gegeben hatte. Dies veranlasste Minister Cavallo dazu, den Betrag, welchen die Leute wöchentlich aus den Banken abziehen konnten auf 250 Dollar zu begrenzen (die Begrenzung ist im Volksmund als der „corralito“ bekannt). Dies zeigt eindeutig eine der grundlegenden theoretischen Prinzipien, welche in diesem Buch hervorgehoben werden: ein teilgedecktes Bankensystem ohne einen Kreditgeber letzter Instanz ist nicht möglich.

unmöglich zu machen. Jedoch wurde diese Aktivität durch einer noch größere Schaffung ungedeckter Darlehen durch die Hände der Zentralbanker und der Regierung selbst ersetzt. Damit wurde das Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Landes letztlich noch stärker geschädigt. Es ist mithin nichts gewonnen, wenn nach der Eliminierung eines Kreditausweitungsprozesses (jenes des privaten Teildeckungsbankwesens) der Staat selbst direkt und in einem noch größeren Ausmaß die Kredite ausweitet.⁹²

10. „Die vorgeschlagene Reform könnte nicht von einem Land allein erfolgreich vollendet werden, sondern würde ein schwieriges und teures internationales Abkommen erfordern.“ Obgleich der vorteilhafteste Handlungsweg in einer weltweiten Einrichtung eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht besteht und obwohl eine Vereinbarung zur internationalen Einführung dieses Standards den Übergang zu einem solchen System extrem erleichtern würde, besteht kein Grund dafür, dass die verschiedenen Staaten nicht getrennt auf die Einrichtung des idealen Geldsystems hinarbeiten sollten bis ein derartiges internationales Abkommen möglich ist. Dies ist genau das, was Maurice Allais für Frankreich empfahl, bevor das Land sich entschloss, in die europäische Währungsunion einzutreten.⁹³ Allais weist darauf hin, dass die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht und die Aufrechterhaltung einer äußerst rigorosen Geldpolitik seitens der Zentralbank (eine Politik, welche das Wachstum der monetären Basis auf nicht mehr als zwei Prozent pro Jahr begrenzen würde) ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre und dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, Japan, Russland oder irgendein anderes Land diesen Schritt alleine unternehmen könnte. Weiterhin müssen wir diese Idee berücksichtigen, wenn wir die verschiedenen Programme des monetären Zusammenschluß evaluieren, welche in gewissen prominenten Wirtschaftszonen, vor allem in der Europäischen Union, etabliert worden sind. Weiterhin könnte die Einführung von festen, jedoch anpassungsfähigen Wechselkursen zwischen den verschiedenen Ländern die Nationen einer Wirtschaftszone dazu zwingen, dem Vorbild jener Staaten zu folgen, welche am klarsten und stetig in die ideale Richtung voranschreiten. Mithin mag es zu einem unaufhaltsamen Trend zur Erreichung des vorgeschlagenen Ziels kommen.⁹⁴

⁹² Perón's Experiment bewies nicht das Scheitern einer 100-prozentigen Reservedeckung, sondern das Scheitern der Verstaatlichung des Kredits und es brachte alle jene abträglichen Effekte hervor, welche Ludwig von Mises in seinem Aufsatz von 1929 zu diesem Thema vorausgesagt hatte: *Die Verstaatlichung des Kredits: Mutalisierung des Kredits* (Bern, München, und Leipzig: Travers-Borgstroem Foundation, 1929). Dieser Aufsatz wurde später ins Englische übersetzt mit dem Titel, "The Nationalization of Credit?" Er erschien in *A Critique of Interventionism: Inquiries into the Economic Policy and the Economic Ideology of the Present* (New York: Arlington House, 1977), S. 153–64.

⁹³ Vgl. Allais, "Une objection générale: la construction européenne," S. 359–60 seines Aufsatzes, "Les conditions monétaires d'une économie de marchés."

⁹⁴ In jedem Falle würden starke Volkswirtschaften, wie die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, wenn sie einen Goldstandard und eine 100-prozentige Reservepflicht einführen, ein äußerst mächtiges Beispiel im monetären Bereich setzen; ein Beispiel, dem sich andere Länder zu folgen genötigt sähen.

EINE ÖKONOMISCHE ANALYSE DES REFORM- UND ÜBERGANGSPROZESSES ZUM VORGESCHLAGENEN GELD- UND BANKENSYSTEM

Zu Beginn dieses Abschnitts werden wir kurz die Hauptpunkte jeder politischen Strategie für eine Wirtschaftsreform auf einem beliebigen Gebiet - auch dem der Finanz, des Kredits und des Geldes - betrachten.

EINIGE GRUNDLEGENDE STRATEGISCHE PRINZIPIEN

Die größte Gefahr für alle strategischen Reformen liegt im *politischen Pragmatismus des politischen Tagesgeschäfts*, welcher vielmals die Regierenden dazu veranlasst, ihre Endziele aufzugeben, weil es auf kurze Sicht "unmöglich" ist, sie zu erreichen. Dies ist eine große Gefahr, die in der Vergangenheit verschiedene Reformprogramme sabotiert hat. In der Tat hat der Pragmatismus Politiker systematisch dazu veranlasst, gemeinsame *ad hoc* Entscheidungen zu treffen, um politische Macht zu erringen oder zu behalten. Diese Entscheidungen sind oftmals fundamental inkohärent und kontra-produktiv im Hinblick auf die sehr erstrebenswerten langfristigen Ziele. Weiterhin sind die Endziele verschoben oder komplett vergessen worden, weil sich die Diskussion exklusiv auf das politisch Machbare in der unmittelbar kurzfristigen Sicht konzentriert hat. Auf diese Weise haben die Behörden weder das notwendige, detaillierte Studium dieser Ziele vorgenommen noch diese den Leuten mitgeteilt. In der Folge wird die Möglichkeit der Schaffung einer Interessenkoalition für die Reform kontinuierlich unterminiert, da andere Programme und Ziele, welche als auf kurze Sicht als drängender angenommen werden, derartige Anstrengungen schwächen und überschatten.

Die angemessenste Strategie für die von uns vorgeschlagene Reform muss daher auf einem *dualen* Prinzip beruhen. Der erste Teil besteht im kontinuierlichen Studium und der Erziehung der Öffentlichkeit über die substantiellen Vorteile, welche sie aus der Erreichung der mittel- und langfristigen Endziele ziehen würde. Der zweite Teil involviert die Anwendung einer kurzfristigen Politik der graduellen Annäherung an diese Ziele. Diese Politik muss immer mit diesen Zielen *kohärent* sein. Diese Strategie allein wird es mittel- und langfristige politisch möglich machen, was heute als besonders schwierig zu erreichen scheint.⁹⁵

95 Vgl. Willam H. Hutt's inzwischen klassisches Werk *Politically Impossible...?* (London: Institute of Economic Affairs, 1971). Eine der im Text präsentierten sehr ähnliche Analyse - jedoch bezogen auf die Reform des spanischen Sozialversicherungssystems - erscheint in Huerta de Soto, "The Crisis and Reform of Social Security: An Economic Analysis from the Austrian Perspective," *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 5, Nr. 1 (März 1994): 127-55. Schließlich haben wir unsere Ideen zu den besten politischen Schritten zur Deregulierung der Wirtschaft erneuert, weiterentwickelt, und präsentiert in Jesús Huerta de Soto, "El economista liberal y la política," *Manuel Fraga: homenaje académico* (Madrid: Fundación Cánovas del Castillo, 1997), Bd. 1, S. 763-88. Die englische Version trägt den Titel, "A Hayekian Strategy to Implement Free Market Reforms," in *Economic Policy in an Orderly Framework: Liber Amicorum for Gerrit Meijer*, J.G. Backhaus, W. Heijmann, A. Nentjes, and J. van Ophem, eds. (Münster: LIT Verlag, 2003), S. 231-54.

Wir sollten nun zu unserem Thema zurückkehren: die Bankenreform in Marktwirtschaften. In den folgenden Abschnitten werden wir einen Prozess zur Reform des gegenwärtigen Systems vorschlagen. Bei der Formulierung unserer Empfehlung haben wir die obige Strategie und die grundlegenden in diesem Buch analysierten Prinzipien berücksichtigt.

STUFEN DER REFORM DES FINANZ- UND BANKENSYSTEM

Graphik IX-1 reflektiert die fünf grundlegenden Stufen für einen Reformprozess des Finanz- und Bankensystems. In unserer Übersicht gehen die Stufen naturgemäß von rechts nach links; das heißt von den am stärksten kontrollierten Systemen (jenen mit zentraler Planung im Bank- und Finanzsektor) zu den am wenigsten kontrollierten (jenen, in denen die Zentralbank abgeschafft worden ist und vollkommene Freiheit vorherrscht, die Bankenindustrie jedoch den Rechtsprinzipien, einschließlich der 100-prozentigen Reversepflicht, unterworfen ist).

Die *erste Stufe* korrespondiert mit der "zentralen Planung" der Finanz- und Bankangelegenheiten; in anderen Worten einem strikt von der Zentralbank kontrollierten und regulierten System. Diese Art von Arrangement herrscht bis heute in den meisten westlichen Ländern vor. Die Zentralbank hält das Monopol der Geldausgabe und bestimmt zu jedem Zeitpunkt die Größe der monetären Basis und die Diskontsätze, welche für die Privatbanken gelten. Die Privatbanken operieren mit einer Teildeckung und weitet die Kredite ohne Deckung durch reale Ersparnisse aus. Sie tun dies basierend auf einem Geldschöpfungsmultiplikator, welcher das Wachstum der Umlaufmittel reguliert, und von der Zentralbank etabliert wird. Mithin koordiniert die Zentralbank die Kreditausweitung und erhöht das Geldangebot mittels Offenmarktoperationen (welche auf die teilweise oder vollständige Monetisierung der Staatsschulden abzielen). Zusätzlich instruiert sie die Banken bezüglich der Strenge der Kreditbedingungen, welche sie anbieten sollen. Diese Stufe zeichnet sich durch die Unabhängigkeit der verschiedenen Ländern mit Hinblick auf die Geldpolitik (monetärer Nationalismus) aus. Dies geschieht in einem mehr oder weniger chaotischen internationalen Umfeld von flexiblen Wechselkursen, welche oft als schlagkräftige Waffe im internationalen Handel benutzt werden. Dieses System führt zu einer großen, inflationären Kreditausweitung, welche die Produktionsstruktur verzerrt und wiederholt Booms an den Aktienmärkten und ein nicht aufrecht erhaltbares Wirtschaftswachstum gefolgt von schweren Wirtschaftskrisen und Rezessionen, welche dazu tendieren sich auf den Rest der Welt auszudehnen, erzeugt.

In der *zweiten Stufe* schreitet der Reformprozess ein bißchen in die richtige Richtung voran. Die Zentralbank wird rechtlich "unabhängig" von der Regierung und eine Geldregel wird erdacht (im Allgemeinen eine Regel, die als Zwischenstufe angesehen werden kann), die das geldpolitische Ziel der Zentralbank zu reflektieren. Dieses Ziel wird für gewöhnlich als eine den Produktivitätsanstieg

übersteigende Geldmengenwachstumsrate ausgedrückt (zwischen 4 und 6 Prozent). Diese Modell wurde von der deutschen *Bundesbank* entwickelt und hat die Regel, welcher die Europäische Zentralbank und anderen Zentralbanken aus der ganzen Welt folgen, beeinflusst. Dieses System fördert den Anstieg der internationalen Kooperation verschiedener Zentralbanken und begünstigt sogar in großen geographischen Gebieten, in denen sich Wirtschaft und Handel ähnlicher sind, die Einführung eines System von festen (jedoch in einigen Fällen anpassbaren) Wechselkursen mit dem Ziel, die wettbewerbliche Anarchie zu beenden, welche für das chaotische Umfeld flexibler Wechselkurse typisch ist. Als eine Folge wird die Kreditausweitung moderater, obgleich sie nicht vollkommen verschwindet. Daher kommt es auch weiterhin zu Aktienmarktkrisen und Wirtschaftsrezessionen, obzwar diese weniger hart sind als in der ersten Stufe.⁹⁶

In der *dritten Stufe* verbleiben die Zentralbanken unabhängig und ein radikaler Schritt wird in die Reform aufgenommen: es wird eine 100-prozentige Reservspflicht für Privatbanken eingeführt. Wie wir zu Beginn dieses Kapitel herausstellten, würde dieser Schritt gewisse legislative Modifikationen des Handels- und Strafgesetzbuches notwendig machen. Diese Änderungen würden es uns erlauben, die gegenwärtige administrative Gesetzgebung der Zentralbanken zur Kontrolle der Depositen- und Kreditinstitutionen auszumerzen. Die einzige verbleibende Funktion der Zentralbank wäre es zu garantieren, dass die Geldmenge in einer Rate wächst, die der des Produktivitätsanstiegs in der Volkswirtschaft entspricht oder leicht höher ist. Wie wir wissen, schlägt Maurice Allais eine Wachstumsrate von etwa zwei Prozent pro Jahr vor.

DIE BEDEUTUNG DER DRITTEN UND DER NACHFOLGENDEN STUFEN DER REFORM: DIE MÖGLICHKEIT, DIE SIE ZUR BEGLEICHUNG DER STAATSSCHULDEN ODER DER RENTENVERBINDLICHKEITEN DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME BIETEN

In der Bankenindustrie würde sich die Reform darum drehen, aus den heutigen privaten Bankiers reine Investmentfondsmanager zu machen. Im Besonderen sollten die Behörden, sobald sie die Reform den Bürgern angekündigt und erklärt haben, den Besitzern der gegenwärtigen Sichteinlagen (bzw. ihrer Äquivalente) die Möglichkeit geben, in einem angemessenen Zeitrahmen ihren Wunsch zu manifestieren, diese Depositen durch Anteile an Investmentfonds zu ersetzen. Die Leute würde gewarnt, dass sie, falls sie diese Option wählen, ihnen nicht länger der Nominalwert ihrer Depositen garantiert wird und sie bei Liquiditätsbedarf gezwungen wären, ihre Anteile an der Börse zu veräußern und den aktuellen Kurs zum Verkaufszeitpunkt zu akzeptieren.⁹⁷ Jeder Deponent, der

⁹⁶ José Antonio de Aguirre erklärt in seinem Anhang zur spanischen Ausgabe von Vera C. Smith's Buch, *The Rationale of Central Banking and the Free Banking Alternative* (Indianapolis, Ind.: Liberty Press, 1990), warum es zu einem breiten Konsensus für die Unabhängigkeit der monetären Behörden gekommen ist.

⁹⁷ Ein Deponent bei einer Bank ist Besitzer des "Geldes" sofern er bereit ist, seine Depositen bei der Bank zu behalten,

diese Option wählt, würde eine Anzahl von Anteilen erhalten, welche strikt proportional zur Höhe seiner Depositen im Verhältnis zu den Gesamtdepositen in der Bank ist. Jede Bank würde ihre Vermögenswerte in einen Investmentfonds einfließen lassen, der den gesamten Reichtum und die Vermögenswerte der Bank enthält (mit Ausnahme des Teils, der dem Eigenkapital entspricht.) Nach der Periode, während der die Deponenten ihren Wunsch ausdrücken können, entweder Deponenten zu bleiben oder stattdessen Anteile an den in der Folge der Reform konstituierten Investmentfonds zu erwerben, sollte die Zentralbank wie von Frank H. Knight empfohlen⁹⁸ Geldscheine in einer Höhe drucken, welche der Gesamtmenge der Sichteinlagen und ihrer Äquivalente in den Bilanzen aller von der Zentralbank kontrollierten Banken entspricht (mit Ausnahme der Summe, welche durch die obige Tauschoption repräsentiert wird.) Die Notenemission durch die Zentralbank wäre eindeutig nicht inflationär, denn der einzige Zweck dieser Handlung wäre es, die Gesamtsumme der Sichteinlagen (und ihrer Äquivalente) zu decken und jede einzelne Bank würde Banknoten in einer Höhe erhalten, die ihren Depositen genau entspricht.

selbst wenn sie keine Zinsen einbringen. Die Tatsache, dass in Teildeckungsbanksystemen die Depositen mit Darlehen verwechselt worden sind, macht es aus unserer Sicht ratsam, den Depoenten in einem angemessenen Zeitrahmen die Möglichkeit zu geben, die Depositen in Anteile an Investmentfonds umzutauschen, die sich aus den Vermögenswerten der Bank zusammensetzen. Auf diese Weise würde es klar werden, welche Depositen subjektiv als Geld betrachtet werden und welche als echte Darlehen, die einen vorübergehenden Verfügbarkeitsverlust mit sich bringen, angesehen werden. Zudem würden massive, störende und unnötige Transfers von Depositen in Investmentfondsanteil nach Abschluß der Reform verhindert. Wie Ludwig von Mises herausstellt:

The deposits subject to cheques have a different purpose [than the credits loaned to banks]. They are the business man's cash like coins and bank notes. The depositor intends to dispose of them day by day. *He does not demand interest*, or at least he would entrust the money to the bank even without interest. (Mises, *Money, Method and the Market Process*, S. 108; Hervorhebung hinzugefügt)

98 The necessary reserve funds will be created by printing paper money and putting it in the hands of the banks which need reserves by simple gift. Even so, of course, the printing of this paper would be non-inflationary, since it would be immobilized by the increased reserve requirements. (Hart, "The Chicago Plan' of Banking Reform," S. 105–06, und Fußnote 1 auf S. 106, auf der Hart seinen Vorschlag Frank H. Knight zuschreibt.)

EINE ÜBERSICHT DER FÜNF STUFEN IM BANKREFORMPROZESS

GRAPHIK IX-1

Systeme mit einem vollkommen privaten Finanz- und Bankensektor Mischsysteme
 Systeme mit zentraler Planung im Finanz- und (den Rechtsprinzipien unterworfen)

		Bankensektor	
5. Stufe	4. Stufe	3. Stufe	
1. Vollkommene Bankfreiheit (den Rechtsprinzipien unterworfen; 100-prozentige Reservepflicht). Wahlfreiheit der Währung. (Wird Gold die Oberhand behalten?)	1. Abschaffung der Zentralbank (Bankfreiheit). Tausch des gesamten Gelds (Noten und Depositen) gegen Gold. Wahlfreiheit der Währung.	1. Unabhängige Zentralbank; Geldmengenregel: Geldmengenwachstum ungefähr 2%. 100-prozentige Reservepflicht im Bankwesen (Bankiers werden Fondsmanager)	1. Unabh: Zentralb: Geldmen: Geldmen: das den Produkti übersteig 6%.
2. Internationale Verbreitung und Konsolidierung der Reform.	2. Internationale Vereinbarung zur Einführung eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht.	2. Internationale Kooperation	2. Intern: Koopera: Bankang
3. Ein einziger weltweiter Geldstandard.	3. Ein einziger weltweiter Geldstandard (Äquivalent zu festen Wechselkursen)	3. Feste (jedoch anpassbare) Wechselkurse	3. Feste (anpassba Wechsell
4. Keine Kreditausweitung. Leichte, kontinuierliche „Deflation.“	4. Keine Kreditausweitung. Leichte, beständige „Deflation“. (Ein Anstieg der Goldproduktion kann anfänglich einen inflationären Schock erzeugen)	4. Keine Kreditausweitung. (Geldmengenwachstum finanziert Teil der Staatsausgaben) „Stabiler“ Geldwert.	4. Moder Kreditau moderate
5. Konstant nachhaltiges Wirtschaftswachstum.	5. Nachhaltiges Wachstum. Keine Aktienmarktkrisen und keine Wirtschaftsrezessionen.	5. Praktische Eliminierung der Aktienmarktkrisen und Wirtschaftsrezessionen	5. Moder Aktienm Wirtscha
Am wenigsten kontrollierte Systeme ←-----			
----- Am Stärksten kontrollierte Systeme			

Europäische Währungsunion

USA

Auf diese Weise könnte unverzüglich eine 100-prozentige Reservepflicht eingeführt werden. Es

sollte den Banken verboten, werden weitere Darlehen gegen Sichteinlagen zu vergeben. In jedem Fall müssten Sichteinlagen immer perfekt durch eine Reserve (in Form von der Bank gehaltenen Noten) gedeckt sein, die genau der Gesamtsumme der Sichteinlagen und ihrer Äquivalenten entspricht.

Wir sollten darauf hinweisen, dass Hart vorschlägt, dass das neue von der Zentralbank zur Depositendeckung gedruckte Papiergeld den Banken als ein *Geschenk* übergeben wird. Falls dies geschieht, ist es offensichtlich, dass die Bankbilanzen einen enormen Überschuss reflektieren werden, der genau der Summe der Sichteinlagen entspricht, die zu 100 Prozent durch Reserven gedeckt sind. Wir wollen uns nun fragen, wem die Gesamtsumme der Bankvermögenswerte, welche ihr Eigenkapital übersteigt, gehören sollte. Denn die von uns gerade beschriebene Operation offenbart, dass die Privatbanken, die mit einer Teildeckung operierten, in der Vergangenheit Zahlungsmittel in der Form von Darlehen *ex nihilo* produziert haben, und diese Darlehen es den Banken ermöglicht haben, sich fortschreitend Reichtümer vom Rest der Gesellschaft anzueignen. Wenn wir einmal die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Banken jeden Jahres berücksichtigen, ist der aggregierte Reichtum, den sich das Bankensystem auf diese Weise (durch einen Prozess, der die Wirkungen einer Steuer hat, genauso wie es die Inflation für die Regierung tut) angeeignet hat, ist genau gleich den Vermögenswerten, welche die Banken in Form von Grundbesitz, Bürogebäuden, Ausstattung und vor allem in Form ihrer Investitionen in Darlehen für Industrie und Handel, in Wertpapiere, die sie an der Börse und anderswo gekauft haben und in die von der Regierung ausgegebenen Staatsanleihen, halten.⁹⁹

Hart's Vorschlag, dass der Kern der Reform darin bestehen sollte, den Banken einfach die

99 Mises stellte als erster fest, dass Banknoten und Depositen, welche aus dem Nichts durch das Teildeckungsbankensystem geschaffen werden, einen Reichtum generieren, der als Gewinn für die Banken selbst betrachtet werden könnte. Wir haben diese Idee in Kapitel 4 erklärt, als wir zeigten, dass derartige Depositen eine unbegrenzte Finanzierungsquelle bieten. Die Tatsache, dass in den Rechnungsbüchern die *ex nihilo* geschaffenen Darlehen den ebenfalls *ex nihilo* geschaffenen Depositen entsprechen, verbirgt eine fundamentale wirtschaftliche Realität vor der allgemeinen Öffentlichkeit: Depositen sind letztlich Gelder, welche niemals aus der Bank abgezogen werden und die Bankvermögenswerte stellen eine große Masse an Reichtümern dar, welche vom Rest der Gesellschaft enteignet wurden und von denen die Bankinstitutionen und ihre Aktionäre ausschließlich profitieren. Kurioserweise haben die Bankiers selbst diese Tatsache schließlich implizit oder explizit anerkannt, wie Marx schreibt:

Soweit die Bank Noten ausgibt, die nicht durch den Metallschatz in ihren Gewölben gedeckt sind, *kreiert sie Wertzeichen, die nicht nur Umlaufmittel, sondern auch zusätzliches - wenn auch fiktives - Kapital* für sie bilden zum Nominalbetrag dieser ungedeckten Noten. Und dies Zusatzkapital wirft ihr einen zusätzlichen Profit ab. - B. A. 1857 fragt Wilson den Newmarch: 1563. "Die Zirkulation der eignen Banknoten einer Bank, d.h. der durchschnittlich in den Händen des Publikums verbleibende Betrag, bildet einen Zusatz zum effektiven Kapital jener Bank, nicht wahr? - Ganz gewiß." - 1564. "Aller Profit also, den die Bank aus dieser Zirkulation zieht, ist ein Profit, der vom Kredit und nicht von einem von ihr wirklich besessenen Kapital her stammt? - Ganz gewiß." (S. 557; Hervorhebung hinzugefügt)

Mithin kommt Marx zu dem Schluss:

Wir sehn hier also, wie die Banken Kredit und Kapital kreieren: 1. Durch Ausgabe eigener Banknoten; 2. durch Ausstellung von Anweisungen auf London mit bis zu 21 Tagen Laufzeit, die ihnen aber bei Ausstellung gleich bar bezahlt werden; 3. durch Wegzahlung diskontierter Wechsel, deren Kreditfähigkeit zunächst und wesentlich, wenigstens für den betreffenden Lokalbezirk, durch das Endossement der Bank hergestellt wurde.

(Karl Marx, in Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 25, "Das Kapital", Bd. III, Fünfter Abschnitt, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983)

Notensumme zu *geben*, welche sie brauchen, um eine 100-prozentige Reserverdeckung zu erreichen, ist eine schwer zu schluckende Pille. Diese Methode würde die Vermögenswerte, welche gegenwärtig in den Büchern der privaten Banken die Depositen decken, überflüssig machen. Sie würden daher aus buchhalterischer Sicht automatisch als Eigentum der Aktionäre der Banken angesehen werden. Murray N. Rothbard hat auch diese Lösung befürwortet¹⁰⁰, die nicht fair erscheint. Denn wenn eine Gruppe von Wirtschaftssubjekten im Laufe der Geschichte Vorteile aus dem Privileg der expansiven Darlehensvergabe ohne Deckung durch reale Ersparnisse gezogen hat, sind es genau die Aktionäre der Banken gewesen (in dem Ausmaß, in dem die Regierungen nicht zur gleichen Zeit die Gewinne dieser extrem lukrativen Aktivität enteignet haben, und damit die Banken dazu zwangen, einen Teil der von ihnen geschaffenen Geldmenge der Finanzierung des Staates selbst zu widmen).

Die Vermögenswerte der privaten Banken können und sollten an eine Reihe von Wertpapierfonds übergeben werden. Das Management dieser Fonds sollte die Hauptaktivität der privaten Bankinstitutionen nach der Reform werden. Wer sollte der Eigentümer der Anteile an diesen Investmentfonds werden, welche zum Zeitpunkt ihres Eintausches einen Wert haben, welcher der Gesamtsumme der Vermögenswerte des Bankensystem entspricht (mit Ausnahme derer, welche mit dem Eigenkapital der Aktionäre korrespondieren)? *Wir schlagen vor, dass die Anteile an den neuen Investmentfonds, die mit den Vermögenswerten des Bankensystems kreiert werden, in allen Ländern mit einer hohen Staatsschuld gegen die ausstehenden Staatsanleihen getauscht werden.* Die Idee ist ganz einfach: die Eigentümer der Staatsanleihen würden im Tausch für diese die entsprechenden Anteile an den Investmentfonds erhalten, welche mit den Vermögenswerten des Bankensystems gegründet werden.¹⁰¹

100 Zum Übergang zu einer 100-prozentigen Reservspflicht siehe Rothbard, *The Mystery of Banking*, S. 249-69. Im Allgemeinen stimmen wir dem von Rothbard formulierten Übergangsprogramm zu. Wir lehnen jedoch das *Geschenk*, welches er für die Banken vorsieht, ab. Dieses Geschenk würde es ihnen nämlich erlauben, die Vermögenswerte zu behalten, welche sie im Laufe der Geschichte von der Gesellschaft enteignet haben. Unserer Meinung nach wäre es vollkommen gerechtfertigt, diese Vermögenswerte für andere, von uns im Text angesprochenen Ziele zu verwenden. Rothbard selbst erkennt diesen Schwachpunkt in seiner Argumentation an, wenn er schreibt:

The most cogent criticism of this plan is simply this: Why should the banks receive a gift, even a gift in the process of privatizing the nationalized hoard of gold? The banks, as fractional reserve institutions are and have been responsible for inflation and unsound banking. (S. 268)

Rothbard scheint der Lösung seines Buches zugeneigt zu sein, weil er sicherstellen will, dass sowohl Noten als auch Depositen eine 100-prozentige Deckung erfahren; und nicht nur Noten, was offensichtlich deflationär wäre. Nichtsdestoweniger scheint er nicht die von uns im Text vorgeschlagene Idee bedacht zu haben. Wir sollten weiterhin daran erinnern, dass, wie wir am Ende von Fußnote 89 angedeutet haben, Rothbard kurz vor seinem Tod seine Meinung änderte und vorschlug, dass nur im Umlauf befindliche Noten gegen Gold getauscht würden (und nicht auch die Bankdepositen).

101 Idealerweise würde der Tausch zu den jeweiligen Marktpreisen von Staatsanleihen und den Anteilen an den entsprechenden Investmentfonds erfolgen. Diese Ziel würde es erfordern, dass diese Fonds einige Zeit bevor der Tausch stattfindet, geschaffen und auf dem Markt platziert werden (vor allem das Fondsvolumen jener Deponenten, die sich zuvor dafür entschieden haben, Anteilseigner zu werden und damit aufhört haben Deponenten zu sein.)

Dieser Schritt würden einen Großteil (wenn nicht alle) von der Regierung emittierten Anleihen eliminieren und damit alle Bürger begünstigen, denn von diesem Zeitpunkt an, würden sie nicht mehr länger Steuern zahlen müssen, um die Zinszahlungen auf diese Schulden zu finanzieren. Weiterhin würde sich dieser Schritt nicht negativ auf die gegenwärtigen Eigentümer der Staatsanleihen auswirken, denn ihrer festverzinslichen Wertpapiere würden durch Investmentfondsanteile ersetzt, die zum Zeitpunkt der Reform einen anerkannten Marktwert und Rendite haben.¹⁰² Weiterhin gibt es andere Verbindlichkeiten des Staates (beispielsweise auf dem Gebiet der staatlichen Rentenversicherung), welche in Anleihen konvertiert werden und auch gegen Anteile an den neuen Investmentfonds getauscht werden könnten; entweder Anstelle oder zusätzlich der Staatsanleihen mit höchst vorteilhaften wirtschaftlichen Auswirkungen.

Graphik IX-2 zeigt eine Aufgliederung der verschiedenen buchhalterischen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche in der konsolidierten Bilanz des Bankensystems erscheinen würden, sobald alle Bankdepósitos durch eine 100-prozentige Reserve gedeckt sind und die Investmentfonds mit Hilfe der Vermögenswerte des Systems geschaffen worden sind. Von diesem Zeitpunkt an würden die Bankaktivitäten lediglich darin bestehen, die mit ihren Vermögenswerten geschaffenen Investmentfonds zu *managen*, und die Bankiers könnten neue Darlehen erhalten (in Form von neuen Anteilen an diesen Fonds) und diese investieren, wobei sie einen niedrigen Prozentsatz als Gebühr für das Management dieser Art von Operationen erheben würden. Die Bankiers könnten auch weiterhin sich in anderen (legitimen) Aktivitäten engagieren, welche sie in der Vergangenheit immer unternommen haben (die Erbringung von Zahlungsverkehrs-, Auszahlungs- und Kontoführungsleistungen, Überweisungen, etc.) und sie könnten den entsprechenden Marktpreis für diese Leistungen erheben.

In jedem Fall würde die internationale Kooperation (und die festen, jedoch anpassbaren Wechselkurse) weiterhin in dieser dritten Stufe Bestand haben und sobald die Depósitos mit einer 100-prozentigen Reserve gedeckt sind, würde die Kreditausweitung vollkommen zu existieren aufhören. Wie wir gezeigt haben, würde die Zentralbank darauf beschränkt, die Geldmenge in einem geringen Prozentsatz zu erhöhen und diese Erhöhung zur Finanzierung eines Teils der

102 Beispielsweise beliefen sich 1997 in Spanien die Gesamtsumme von Depósitos und Äquivalenten auf sechzig Billionen Peseten (ungefähr 60 Prozent des BNP) und die ausstehenden Staatsanleihen in Händen von Individuen summierten sich auf rund vierzig Billionen. Daher könnte der von uns vorgeschlagene Tausch ohne ein größeres Trauma durchgeführt werden. Er würde die Rückzahlung aller Staatsanleihen auf einen Schlag ermöglichen ohne die Eigentümer der Staatsanleihen zu benachteiligen oder unnötige inflationäre Spannungen zu erzeugen. Gleichzeitig müssen wir uns vergegenwärtigen, dass Banken einen großen Anteil aller bestehenden Staatsanleihen halten und daher für diese Anleihen statt eines Tauschs eine einfache Streichung in den Büchern vorgenommen werden würde. Die Differenz zwischen den sechzig Billionen Peseten in Sichteinlagen und Äquivalenten, welche durch eine 100-prozentige Reserve gedeckt wären, und den vierzig Billionen Peseten an Anleihen könnte für einen ähnlichen, teilweisen Tausch gegen andere finanzielle Verbindlichkeiten des Staates (beispielsweise auf dem Gebiet der staatlichen Rentenverpflichtungen) verwendet werden. In jedem Fall wäre die für diese Art von Tausch verfügbare Summe jene, welche übrig bleibt, nachdem die Beträge abgezogen worden sind, welche den Eigentümer von Depósitos zustehen, welche sich freiwillig dazu entschlossen haben, ihre Depósitos gegen Anteile gleichen Werts an den obigen Investmentfonds einzutauschen.

Staatsausgaben zu benutzen, wie es Maurice Allais vorschlägt.¹⁰³ In keinem Fall würde dieses neue Geld dazu verwendet, Offenmarktkäufe vorzunehmen oder direkt die Kredite zu expandieren. Dies war auf zügellose Manier bei dem fehlgeschlagenen Versuch zur Bankreform in Argentinien unter General Perón geschehen. Die oben beschriebenen Reformen würden zu einer beinahe vollkommenen Eliminierung von Aktienmarktkrisen und Wirtschaftsrezessionen führen. Von diesem Zeitpunkt an würde das Verhalten von Sparern und Investoren im Markt sehr eng miteinander koordiniert sein. Die Einführung einer 100-prozentigen Reservepflicht ist eine notwendige Bedingung für die endgültige Abschaffung der Zentralbank, was in der *vierten Stufe* geschehen würde. Sobald das Privatbankwesen den Rechtsprinzipien unterworfen wird, sollte in der Tat eine vollkommene Bankfreiheit gefordert und die verbliebene Zentralbankgesetzgebung könnte genauso wie die Zentralbank selbst eliminiert werden. Die würde das Ersetzen des heutigen Zwangsgelds, welches nur die Zentralbank emittieren kann, durch eine Form privaten Geldes erfordern. Es ist unmöglich, einen Sprung ins Ungewisse zu unternehmen und einen künstlichen Geldstandard zu etablieren, der nicht durch einen evolutionären Prozess entstanden ist. Daher sollte die neue Geldform in der Substanz bestehen, welche die Menschheit historisch als das Gold par excellence betrachtet hat: Gold.¹⁰⁴

103 Maurice Allais fordert nicht nur, dass das monetäre Wachstum zur Finanzierung der laufenden Staatsausgaben verwendet wird (was die direkten Steuern und vor allem die Einkommensteuer verringern würde), sondern auch dass das Depositenbankgeschäft (mit einer 100-prozentigen Reservedeckung) radikal vom Investmentbankgeschäft, welches die Vergabe von Geldern, welche die Bank zuerst von ihren Kunden geliehen bekommen hat, an dritte Parteien involviert, getrennt wird. Vgl. Allais, "Les conditions monétaires d'une économie de marchés." Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Übergangsmaßnahmen, die Maurice Allais vorschlägt, ist auf den S. 319-20 des Buchs, *L'Impôt sur le capital et la réforme monétaire*, zu finden. Die Trennung von Depositenbankgeschäft und Investmentbankgeschäft wird auch von Hayek in seinem Werk, *Die Entnationalisierung des Geldes*, verteidigt.

104 Die Unmöglichkeit des Ersetzens des heutigen Zwangsgelds durch künstliche, private Geldstandards folgt aus dem Regressionstheorem des Geldes, welches wir in Fußnote 35 erklärten. Aus diesem Grund ist Murray N. Rothbard besonders kritisch mit Autoren, die wie Hayek, Greenfield, und Yeager, zuweilen empfohlen haben, ein künstliches Geldsystem basierend auf einem Warenkorb zu schaffen. Rothbard schreibt:

It is precisely because economic history is path-dependent that we don't want to foist upon the future a system that will not work, and that will not work largely because such indices and media cannot emerge "organically" from individual actions on the market. Surely, the idea in dismantling the government and returning (or advancing) to a free market is to be as consonant with the market as possible, and to eliminate government intervention with the greatest possible dispatch. Foisting upon the public a bizarre scheme at variance with the nature and functions of money and of the market, is precisely the kind of technocratic social engineering from which the world has suffered far too much in the twentieth century. (Rothbard, "Aurophobia: or Free Banking on What Standard?" S. 107 Fußnote 14)

Rothbard wählte diesen kuriosen Titel für seinen Aufsatz, um die Aufmerksamkeit auf die starrsinnigen Anstrengungen vieler Theoretiker zu lenken, in ihren mühseligen Studien auf der Suche nach einer idealen privaten Geldform auf Gold (historisch die typischste Geldform) zu verzichten. Zu Richard H. Timberlake's Kritik des Regressionstheorem des Geldes ("A Critique of Monetarist and Austrian Doctrines on the Utility and Value of Money," *Review of Austrian Economics* 1 [1987]: 81-96), vgl. Murray N. Rothbard's Aufsatz, "Timberlake on the Austrian Theory of Money: A Comment," veröffentlicht in *Review of Austrian Economics* 2 (1988): 179-87. Wie Rothbard scharfsichtig klarstellt, behauptet Timberlake resolut, dass Geld einen direkten, subjektiven Nutzen besitzt, wie jedes andere Gut. Timberlake erkennt jedoch nicht, dass Geld anders als Konsumgüter oder Zwischenprodukte nur als Tauschmittel Nutzen generiert und daher sein absolutes Volumen im Hinblick auf das Erfüllen dieser Funktion irrelevant ist. Daher müssen wir zum „Regressionstheorem des Geldes“ zurückkehren (welches einfach eine rückblickende Version von Menger's Theorie des evolutionären Entstehens des Geldes ist), um zu erklären, wie Wirtschaftssubjekte heute die Kaufkraft des Geldes auf Basis der Kaufkraft, die es in der Vergangenheit besessen hat, schätzen. Dies ist der Schlüssel zur Vermeidung eines Zirkelschlusses auf diesem Gebiet.

Murray N. Rothbard hat beträchtliche Überlegungen auf den Prozess des Tausches von Gold gegen die Gesamtheit der von der Federal Reserve emittierten Noten verwendet. Basierend auf den Daten von 1981 kommt Rothbard zu dem Schluss, dass dieser Tausch bei einem Goldpreis von 1.696\$ je Unze gelingt. Während der vergangenen fünfzehn Jahre ist der Preis, zu dem dieser Tausch gelingt, beträchtlich gestiegen. Wenn wir mithin berücksichtigen, dass der gegenwärtige [1997] Goldpreis ungefähr 350\$ pro Unze beträgt, ist es klar, dass in einem Land mit einer Wirtschaft, die so groß wie die der Vereinigten Staaten ist, eine vollständige Privatisierung des Zwangsgeldes und seine Ersetzung durch Gold beinahe einen zwanzigfachen Anstieg im gegenwärtigen Marktpreises des Goldes erforderlich machen würde.¹⁰⁵ Dieser scharfe Anstieg des Goldpreises würde zunächst sein Angebot steigern und vielleicht einen inflationären Schock verursachen, den wir kaum quantifizieren können. Er würde jedoch nur einmal gespürt werden und keine akuten, verzerrenden Effekte auf die reale Produktionsstruktur auslösen.¹⁰⁶

105 Rothbard, "The Case for a Genuine Gold Dollar," Kapitel 1 von *The Gold Standard: An Austrian Perspective*, S. 14; vgl. zudem "The Solution," S. 700.

106 Mithin ist es unnötig und schädlich den 1937 von F.A. Hayek gemachten Vorschlag zu implementieren. Hayek kam dort im Hinblick auf eine 100-prozentige Reservepflicht für das Bankwesen im Kontext eines reinen Goldstandards zu dem Schluss:

[I]t would clearly require as an essential complement an international control of the production of gold, since the increase in the value of gold would otherwise bring about an enormous increase in the supply of gold. But this would only provide a safety valve probably necessary in any case to prevent the system from becoming all too rigid. (Hayek, *Monetary Nationalism and International Stability*, S. 82)

In jedem Fall könnte der anfängliche Schock reduziert werden, wenn während der Jahre, die dem Übergang zur fünften Stufe vorangehen, die Zentralbanken ihren 2-prozentigen Anstieg in der Geldmenge in Form von Offenmarktkäufen von Gold injizieren würden.

Graphik IX-2

Die konsolidierte Bilanz des Bankensystems
(in dem Banken lediglich zu Fondsmanagern werden)

□ Vermögenswerte

□ Verbindlichkeiten

Vermögenswerte, die dem Eigenkapital der Eigentümer entsprechen (Eigentum der Bankaktionäre).

=

Das Eigenkapital der Eigentümer vor der Reform (Eigentum der Bankaktionäre)

Banknoten, die produziert werden, um die Gesamtsumme der Depositen zu decken und den Banken übergeben werden, sodass sie ab dem Beginn der Reform eine 100-prozentige Reserverdeckung haben.

=

Die Summe der Sichteinlagen und ihrer Äquivalente, die auf Wunsch ihrer Eigentümer nicht gegen Anteile an dem Fonds getauscht werden. (Die größte Position der Buchverbindlichkeiten der Banken vor der Reform)

Die Gesamtsumme aller anderen Bankvermögenswerten, welche an die Investmentfonds transferiert und von den Banken gemanagt werden. (Die Staatsanleihen, welche die Banken halten, werden in den Büchern gestrichen).

=

Die Summe der neuen Fondsanteile, welche die ausstehenden Staatsanleihen ersetzen und falls möglich benutzt werden, um ganz oder teilweise andere Staatsverbindlichkeiten zu liquidieren (Staatliche Renten etc.)

SUMME AKTIVA

=

SUMME PASSIVA

Die gesamte M (Geldmenge) ist vor und nachdem die Sichteinlagen 100-prozentig in der Form von Banknoten gedeckt sind dieselbe.

Die *fünfte und letzte* Stufe bei der Privatisierung des Finanz- und Banksystems würde beginnen, wenn die Bedingungen der Goldproduktion und Distribution sich stabilisiert hätten. Diese letzte Stufe würde durch eine absolute Bankfreiheit charakterisiert, obgleich das System den Rechtsprinzipien und daher einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlagen unterworfen wäre. Außerdem würde das System sich durch einen einzigen, weltweiten Goldstandard mit einer 100-prozentigen Reservedeckung in einem Umfeld leichter, gradueller „Deflation“ und nachhaltigem Wirtschaftswachstums auszeichnen. In jedem Fall würde der evolutionäre Prozess des Experimentierens auf dem Feld des Geldes und der Finanzen weitergehen und es ist unmöglich vorherzusagen, ob Gold weiterhin die Währung sein wird, welche durch den Markt als Tauschmittel gewählt wird oder ob künftige Änderungen in den sozialen Umständen spontan durch einen Evolutionsprozess zur Entstehung eines alternativen Standards führen würden.

In dieser fünften und letzten Stufe, in der sich ein einziger Goldstandard in der Welt ausbreitet, ist es ratsam für die verschiedenen Ländern eine internationale Vereinbarung zu treffen, die darauf ausgelegt ist, zu verhindern, dass der Übergangsprozess unnötige, reale Effekte zeitigt (abgesehen von dem anfänglichen inflationären Schock, der unvermeidbar ist, da der Sprung des Goldpreis einen ansteigenden Zustrom des Metalls auf den Markt auslösen würde). Eine derartige Vereinbarung würde die vorangehende Schaffung einer Struktur fester Wechselkurse zwischen allen Währungen festlegen. Dies würde es möglich machen, das gesamte Weltangebot von Umlaufmitteln einheitlich zu bewerten und unter den Wirtschaftssubjekten und privaten Banken das Gold, welches von den Zentralbanken der Welt gehalten wird, umzuverteilen. Diese Umverteilung würde genau in Proportion zu der Summe der Depositen und Noten in jedem Land erfolgen. Damit wäre die letzte Stufe der Privatisierung des Bank- und Finanzsektors abgeschlossen und die Wirtschaftssubjekte würden den spontanen Marktprozess des Experimentierens auf dem Gebiet des Geldes und der Finanzen wiederaufnehmen; ein Prozess, der in der Geschichte durch die Nationalisierung des Geldes und die Schaffung und Stärkung der Zentralbanken unterbrochen worden war.

DIE ANWENDUNG DER THEORIE DER BANK- UND FINANZREFORM AUF DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION UND DIE SCHAFFUNG DES FINANZSEKTORS IN DEN VOLKSWIRTSCHAFTEN DES EHEMALIGEN OSTBLOCKS

Die obigen Bemerkungen zur Reform des westlichen Bank- und Finanzsystems können beim Design und Management der Europäischen Währungsunion, einem Thema, welches gegenwärtig großes Interesse unter den Spezialisten dieses Feldes hervorruft, hilfreich sein.¹⁰⁷ Diese

107 Siehe beispielsweise das Buch, *España y la unificación monetaria europea: una reflexión crítica*, Ramón Febrero, Hrsg. (Madrid: Editorial Abacus, 1994). Andere relevante Arbeiten zu dieser Debatte beinhalten: Pascal

Betrachtungen geben zumindest einen Hinweis auf die Richtung, welche eine europäische Währungsreform egal zu welchem Zeitpunkt nehmen sollte, und die Gefahren, die es dabei zu meiden gilt. Es ist evident, dass wir einem System aus dem Weg gehen sollten, in dem monopolistische nationale Währungen miteinander in einem chaotischen Umfeld flexibler Wechselkurse konkurrieren. Weiterhin sollten wir die Aufrechterhaltung einer europäischen Zentralbank vermeiden, welche den Wettbewerb von Währungen in einer großen Wirtschaftszone verhindert, nicht die Anforderungen einer Bankreform (100-prozentige Reservepflicht) erfüllt, nicht einen Level von monetärer Stabilität garantiert, der zu jedem Zeitpunkt der Geschichte mindestens so hoch ist wie jener der stabilsten nationalen Währung, und kurzum ein unüberwindbares Hindernis für nachfolgende Reformen darstellt, d.h. die Eliminierung der zentralen Planungsbehörde der Finanzwesens (die Zentralbank). Daher ist auf kurze und mittlere Sicht das praktikabelste und angemessenste Modell die Einführung einer vollkommenen Wahlfreiheit der Währungen in Europa. Dabei bezieht sich die Wahlfreiheit sowohl auf staatliche und private Währungen als auch auf Währungen, die innerhalb und außerhalb der Union ihren Ursprung haben. Die nationalen Währungen, die aus Traditionsgründen noch in Gebrauch sind, würden durch ein System fester Wechselkurse¹⁰⁸ ersetzt werden, in dem die Geldpolitik der Staaten der solventesten und stabilsten Geldpolitik angepasst wird, die von einem Land der Union zu jedem Zeitpunkt verfolgt wird. Mithin bliebe zumindest die Tür für die Möglichkeit offen, dass Nationalstaaten der Europäischen Union in der Zukunft auf den drei fundamentalen Feldern der Geld- und Bankreform (Wahlfreiheit der Währung, Bankfreiheit, und einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlagen) voran schreiten. In dem sie dies tun, würden diese Staaten, so wie es Maurice Allais behauptet, andere Mitglieder der Union dazu zwingen, ihrer starken Führung auf dem Gebiet des Geldes zu folgen.

Sobald die Europäische Zentralbank am 1. Juni 1998 geschaffen wurde, wurde es wichtig, dass die Kritik an dieser Institution und an der einzigen Europäischen Währung sich auf die Distanz dieses Systems von dem Ideal eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht konzentriert. Viele libertäre Gelehrte (vor allem jene der Chicago Schule) haben irrtümlicherweise

Salin, *L'unité monétaire européenne: au profit de qui?* (Paris: Economica, 1980); und Robin Leigh Pemberton, *The Future of Monetary Arrangements in Europe* (London: Institute of Economic Affairs, 1989). Zu den verschiedenen Ideen zu Europa und der Rolle seiner Nationen siehe Jesús Huerta de Soto, "A Theory of Liberal Nationalism," *II Politico* LX, no. 4 (1995): 583–98.

108 Die Empfehlung fester Wechselkurse ist traditionell unter Österreicherischen Ökonomen, welche diese als zweitbeste Lösung auf der Suche eines idealen Geldsystems ansehen. Das ideale Geldsystem würde in einem reinen Goldstandard bestehen, in dem die wirtschaftlichen Ströme frei von unnötigen monetären Störungen wären. Eine erschöpfende österreichische Analyse von festen Wechselkursen erscheint in Hayek's Buch, *Monetary Nationalism and International Stability*. Auch Mises verteidigt feste Wechselkurse (vgl. sein Buch, *Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War* [New York: Arlington House, 1969], S. 252, und auch *Nationalökonomie*, S. 665–891). Eine wertvolle Analyse aus österreichischer Sicht der ökonomischen Theorie zugunsten fester Wechselkurse kann in José Antonio de Aguirre's Buch *La moneda única europea* (Madrid: Unión Editorial, 1990), S. 35ff.

ihre Kritik auf die Tatsache fokussiert, dass das neue Arrangement das vorherige System des monetären Nationalismus und flexibler Wechselkurse abschafft. Jedoch würde ein einziger europäischer Geldstandard, der so starr wie nur möglich ist, einen gesunden Schritt hin zu einem reinen Goldstandard repräsentieren. Weiterhin würde dieser Schritt den institutionellen Rahmen des europäischen Freihandelssystems komplementieren, da er eine monetäre Beeinflussung und Manipulation seitens der Mitgliedsstaaten ausschließen und jene Staaten mit starrerem Wirtschaftsstrukturen (zum Beispiel Deutschland und Frankreich) dazu zwingen würde, die Flexibilität einzuführen, welche sie brauchen, um in einem Umfeld zu konkurrieren, in dem der Rückgriff auf eine inflationäre, nationale Geldpolitik zur Kompensation von strukturellen Starrheiten keine Option mehr ist.

Ähnliche Gedanken könnten zur notwendigen Errichtung eines Finanz- und Banksystems in den Volkswirtschaften des ehemaligen Ostblocks Anwendung finden. Obzwar wir anerkennen müssen, dass diese Volkswirtschaften nach Jahrzehnten zentraler Planwirtschaft von einer sehr ungünstigen Position aus starten, bietet der gegenwärtige Übergang zu einer Marktwirtschaft eine einmalige und äußerst wichtige Möglichkeit, um die großen Fehler zu vermeiden, welche im Westen bis heute begangen worden sind und direkt zumindest auf die dritte oder vierte Stufe unseres Reformplans vorzustoßen. Gleichzeitig würde ein direkter Sprung auf die vierte Stufe für die ehemalige Sowjetunion ganz praktikabel sein. Ihre reichlichen Goldreserven würden die Errichtung eines reinen Goldstandard erlauben. Diese Maßnahme würde diesen Nationen stark zugute kommen. In jedem Fall wird, wenn diese Ländern nicht aus der Erfahrung anderer lernen und versuchen, in misslicher Nachahmung des Westens ein Teildeckungsbankensystem geführt von einer Zentralbank zu errichten, der finanzielle Druck des jeweiligen Augenblicks zu einer Politik ungezügelter Kreditausweitung und enormen Schaden für die Produktionsstruktur führen. Eine derartige Politik wird eine fieberartige Spekulation fördern und ein Klima sozialer Unruhen schaffen. Dieses Klima könnte sogar den gesamten Übergang dieser Gesellschaften zu vollwertigen Marktwirtschaften gefährden.¹⁰⁹

109 In Kapitel 6 (Fußnote 110) beziehen wir uns auf die schweren Bankkrisen, die bereits in Russland, der Tschechischen Republik, Rumänien, Albanien, Lettland und Litauen wegen der Nichtbeachtung von Empfehlungen wie jene, welche wir im Text machen, ausgebrochen sind. Vgl. Richard Layard and Andrea Richter, "Who Gains and Who Loses from Russian Credit Expansion?" *Communist Economies and Economic Transformation* 6, Nr. 4 (1994): 459–72. Zu den verschiedenen Themen, welche die Pläne für Währungsreformen in den ex-kommunistischen Ländern behindern vgl. unter anderen Quellen, *The Cato Journal* 12, no. 3 (Winter, 1993). Siehe auch das Werk von Stephen H. Hanke, Lars Jonung, und Kurt Schuler, *Russian Currency and Finance* (London: Routledge, 1993). Die Autoren dieses Buches schlagen die Einführung eines Currency-Board-Systems als das Idealmodell für eine monetäre Transition der ehemaligen Sowjetunion vor. Aus den in Fußnote 91 gegebenen Gründen erachten wir diesen Reformplan für weniger angemessen als unseren Vorschlag zur Einführung eines reinen Goldstandards und einer 100-prozentigen Reservepflicht unter Benutzung der substantiellen russischen Goldreserven.

SCHLUSSFOLGERUNG: DAS BANKENSYSTEM EINER FREIEN GESELLSCHAFT

Die Theorie des Geldes, des Bankkredits und der Finanzmärkte stellt die größte theoretische Herausforderung für die Ökonomen zu Beginn des 21. Jahrhunderts dar. In der Tat ist es keine Übertreibung zu behaupten, dass sobald einmal die theoretische Lücke der Analyse des Sozialismus gefüllt worden war, vielleicht das wichtigste, jedoch am wenigsten verstandene Gebiet, das des Geldes war. Denn dieses Gebiet ist, wie wir durch das ganze Buch hindurch zu zeigen versucht haben, mit methodologischen Fehlern, theoretischer Konfusion und als eine Folge mit systematischen staatlichem Zwang beladen. Die sozialen Beziehungen, in denen Geld involviert ist, sind bei weitem die abstraktesten und unklarsten und das durch sie generierte Wissen ist das umfangreichste, komplexeste und am schwierigsten zu verstehende. Folglich ist der systematische durch den Staat und die Zentralbanken auf diesem Gebiet ausgeübte Zwang der bei weitem am Schaden bringendste. In jedem Fall hat der intellektuelle Rückstand auf dem Gebiet der Geld- und Banktheorie die Entwicklung der Weltwirtschaft stark beeinträchtigt, wie wir an den akuten, wiederkehrenden Zyklen von Aufschwung und Rezession ablesen können, welche weiterhin zum Anbruch des neuen Jahrtausends unsere Marktwirtschaften im Griff haben.

Nichtsdestoweniger reichen, wie wir gesehen haben, ökonomische Betrachtungen zu Bankangelegenheiten recht weit zurück. Sie können sogar bis zu den Gelehrten der Schule von Salamanca zurückverfolgt werden. Weniger weit in der Vergangenheit treffen wir auf die Debatte zwischen Banking und Currency Schule. Diese Debatte legte das Grundgerüst für die Entwicklung der nachfolgenden Lehren. Wir haben eine Anstrengung unternommen, um zu zeigen, dass es keine vollständige Übereinstimmung zwischen der Bankfreiheitsschule und der Banking Schule auf der einen Seite und zwischen Zentralbanksschule und Currency Schule auf der anderen Seite gibt. Viele Vertreter der Bankfreiheit stützten ihre Position auf die fehlerhaften, unseriösen Argumente der Banking Schule und die meisten Theoretiker der Currency Schule wollten ihre Ziele der finanziellen Solvenz und wirtschaftlichen Stabilität mittels der Gründung einer Zentralbank zur Zügelung von Missbräuchen erreichen. Jedoch sahen es bestimmte fähige Theoretiker der Currency Schule es von Anfang an als unmöglich und utopisch an, zu glauben, dass die Zentralbank die entstandenen Probleme nicht weiter verschärfen würde. Diese Gelehrten waren sich dessen bewusst, dass der beste Weg zur Begrenzung der Umlaufmittelschaffung und zur Erreichung einer monetären Stabilität ein Bankfreiheitssystem war, welches wie alle anderen Wirtschaftssubjekte den traditionellen Prinzipien des Privat- und Handelsrechts (d.h. einer 100-prozentigen Reservepflicht für Sichteinlagen) gehorchte. Paradoxerweise gelangten schließlich beinahe alle Verteidiger der

Banking Schule dahin, die Einführung einer Zentralbank freudig zu akzeptieren. Diese Zentralbank sollte als ein Kreditgeber letzter Instanz die expansiven Privilegien des privaten Bankensystems garantieren und weiterführen. In der Zwischenzeit versuchten die privaten Bankiers mit gesteigerter Entschlossenheit an dem lukrativen „Geschäft“ der Umlaufmittelschaffung durch Kreditausweitung teilzuhaben, ohne zu viele Gedanken an Liquiditätsprobleme zu verwenden, da jederzeit Unterstützung durch die Zentralbank, den Kreditgeber letzter Instanz, angeboten wurde.

Außerdem waren die Theoretiker der Currency Schule, obzwar sie beinahe mit all ihren theoretischen Beiträgen richtig lagen, nicht in der Lage zu sehen, dass jedes einzelne der Probleme, welche sie richtigerweise in der Freiheit der Privatbanken zur Umlaufmittelemission in Form von Banknoten ausmachten, auch dem „Geschäft“ der expansiven Darlehensgewährung gegen Sichteinlagen bei den Banken inhärent ist. Jedoch sind diese Probleme in diesem Falle verborgenerer und verstörenderer Art, was sie viel gefährlicher macht. Diese Theoretiker begingen einen weiteren Fehler, als sie behaupteten, dass die angemessenste Politik die Einführung einer Gesetzgebung wäre, welche lediglich die Freiheit zur nicht durch Gold gedeckten Notenausgabe abschafft und eine Zentralbank zur Verteidigung der fundamentalsten Geldprinzipien einsetzt. Nur Ludwig von Mises, welcher der Tradition von Modeste, Cernuschi, Hübner, und Michaelis folgte, war in der Lage zu erkennen, dass die Empfehlung einer Zentralbank seitens der Currency Schule ein Fehler und dass der beste und einzige Weg zur Aufrechterhaltung der soliden Geldprinzipien dieser Schule ein Bankfreiheitssystem war, das dem Privatrecht ohne Privilegien unterstand (d.h. mit einer 100-prozentigen Reservepflicht).

Das Scheitern der Mehrheit der Theoretiker der Currency Schule erwies sich als fatal. Diese Theoretiker waren für die Tatsache verantwortlich, dass die Peelsche Bankakte von 1844, trotz ihrer ehrenwerten Intentionen, nicht die Schaffung von ungedeckten Depositen eliminierte, obgleich sie die Emission von ungedeckten Banknoten verbot. Weiterhin haben die Vertreter der Currency Schule auch die Institution eines Zentralbanksystems verteidigt, welches schließlich -hauptsächlich unter dem negativen Einfluss der Theoretiker der Banking School- dazu benutzt werden sollte, eine Politik der monetären Sorglosigkeit und der finanziellen Exzesse zu rechtfertigen; eine Politik, die viel törichter ist als jene, welcher diese Theoretiker ursprünglich Abhilfe schaffen wollten.

Mithin kann die Zentralbank, verstanden als eine zentrale Planungsstelle im Bereich des Geldes und der Banken, nicht als ein natürliches Produkt der Evolution des freien Marktes betrachtet werden. Ganz im Gegenteil ist sie als Ergebnis des Versuchs der Regierungen von den höchst lukrativen Möglichkeiten im Teildeckungsbankwesen zu profitieren von Beginn an diktatorisch aufgezwungen worden. In der Tat sind die Regierungen von ihrer grundlegenden Funktion abgewichen, da sie

aufgehört haben, die Eigentumsrechte der Bankdeponenten adäquat zu definieren und zu verteidigen. Sie haben die praktisch unbegrenzten Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschaffung ausgenutzt, welche ihnen die Einführung einer Teildeckung (für Noten und Depositen) eröffnet hat. Sie haben mithin in der Verletzung der Prinzipien des privaten Eigentumsrechts im Wesentlichen ihren ersehnten Stein der Weisen gefunden, der ihnen eine unbegrenzte Finanzierung geboten hat, ohne auf Steuern zurückgreifen zu müssen.

Die Errichtung eines echten Bankfreiheitssystems muss sich mit der Wiedereinführung einer 100-prozentigen Reservepflicht für als Sichteinlagen erhaltene Beträge überschneiden. Die originäre Vernachlässigung dieser Verpflichtung hat zu all den Bank- und Geldproblemen geführt, die das heutige Finanzsystem mit seinem hohen Level an Staatseingriffen zu Folge hatten.

Letztlich ist eine wegweisende Idee von Hayek auf das Gebiet des Geldes und der Banken anzuwenden. Nach dieser Idee kommt es, wenn immer eine traditionelle Verhaltensregel entweder durch institutionellen staatlichen Zwang oder die Gewährung von speziellen Privilegien durch den Staat an bestimmte Personen oder Organisationen gebrochen wird, früher oder später zu schwerwiegenden und unerwünschten Konsequenzen, die dem spontanen Prozess der sozialen Kooperation ernststen Schaden zufügen.

Wie wir in den ersten drei Kapiteln gesehen haben, ist die traditionelle Verhaltensregel, welche in das Bankgeschäft übergegangen ist, das Rechtsprinzip, dass sich die Verpflichtung zur sicheren Aufbewahrung - ein grundlegendes Element bei einem Depositum eines nicht vertretbaren Gutes (zum Beispiel Geld) - in der Pflicht manifestiert, jederzeit eine Reserve von 100 Prozent des vertretbaren als Depositum empfangenen Gutes (Geld) zu halten. Mithin impliziert jeder Gebrauch dieses Geldes, vor allem die Gewährung von Darlehen mit ihm, eine Verletzung dieses Prinzips und damit den illegitimen Akt der Veruntreuung.

In jeder geschichtlichen Epoche sind Bankiers umgehend in Versuchung geführt worden und haben diese traditionelle Verhaltensregel gebrochen, in dem sie das Geld ihrer Deponenten für ihre eigenen Interessen genutzt haben. Zunächst taten sie dies heimlich und mit einem Schamgefühl, da sie sich noch der unehrenhaften Natur ihres Verhaltens bewusst waren. Erst später erreichten es die Bankiers die Verletzung des traditionellen Rechtsprinzips zu einer offenen und legalisierten Praxis zu machen, als sie von der Regierung das *Privileg* erhielten, das Geld ihrer Deponenten zu benutzen. Dies geschah beinahe immer in Form von Darlehen, welche zu Beginn oft direkt an die Regierung vergeben wurden. Mithin entstand eine Komplizenschaft und Interessenkoalition, welche zwischen Regierungen und Banken üblich geworden sind und das gegenwärtige „Verständnis“ und die „Kooperation“ zwischen diesen beiden Typen von Institutionen erklären. Ein derartiges Klima

der Kollaboration ist mit nur subtilen Unterschieden in allen westlichen Ländern in beinahe allen Umständen evident. Denn die Bankiers erkannten bald, dass die Verletzung des obigen traditionellen Rechtsprinzips zu einer Finanzaktivität führte, die ihnen zwar fette Gewinne einbrachte, die jedoch in jedem Fall die Existenz eines Kreditgebers letzter Instanz erforderte; einer Zentralbank, die in Krisenzeiten, zu denen es, wie es die Erfahrung lehrte, immer wieder früher oder später kam, die notwendige Liquidität bereitstellten. Die Zentralbank war also für die Koordination von gemeinsamen, abgestimmten Kreditausweitungen und für die Durchsetzung ihrer eigenen monopolistischen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel für alle Bürger verantwortlich. Nichtsdestoweniger wurden die unglücklichen sozialen Konsequenzen dieses den Bankiers (jedoch keiner anderen Institution oder Individuum) gewährten Privilegs erst gänzlich verstanden, als Mises und Hayek die Österreichische Konjunkturtheorie entwickelten, welche sie auf der Geld- und Kapitaltheorie bauten, die wir in Kapitel 5 bis 7 analysiert haben. Kurzum haben die Österreichischen Ökonomen gezeigt, dass die Verfolgung des theoretisch unmöglichen Ziels (aus vertragstheoretischer und technisch-ökonomischer Sicht) des Angebots eines Vertrags mit fundamental inkompatiblen Elementen - ein Vertrag, welcher die Bestandteile eines typischen Investmentfonds (vor allem die Möglichkeit des Zinsertrags auf „Depositen) mit denen, welche für einen traditionellen Depositenvertrag typisch sind (welcher per Definition die jederzeitige Abhebung des Nominalwertes erlauben muss), kombiniert – immer früher oder später gewisse spontane Anpassungen auslösen wird. Zunächst nehmen diese Anpassungen die Form einer unkontrollierten Expansion der Geldmenge, Inflation und eine allgemein schlechte Allokation der Produktivkräfte auf mikroökonomische Ebene an. Letztendlich manifestieren sie sich in einer Rezession, der Beseitigung der Fehler, welche die Kreditausweitung der Produktionsstruktur zufügte, und Massenarbeitslosigkeit.

Es ist wichtig zu verstehen, dass das Privileg, welches es den Banken erlaubt, mit einer Teildeckung zu arbeiten, einen klaren Angriff seitens der Regierungsstellen auf die korrekte Definition und Verteidigung der Privateigentumsrechte der Deponenten darstellt. Der Respekt dieser Rechte ist essentiell für das reibungslose Funktionieren jeder Marktwirtschaft. Als eine Folge kommt es unweigerlich zu einem typischen „Tragik der Allmende“-Effekt, so wie es immer geschieht, wenn Eigentumsrechte nicht adäquat definiert und verteidigt werden. Dieser Effekt besteht in der gesteigerten Neigung der Bankiers zu versuchen, sich von ihren Wettbewerbern abzusetzen, in dem sie ihre eigene Kreditbasis schneller und stärker ausweiten als ihre Rivalen. Folglich tendiert das Teildeckungsbankensystem immer zu einer mehr oder weniger zügellosen Expansion, selbst wenn es von Zentralbankern „überwacht“ wird, welche sich -entgegen dem, was normalerweise in der Vergangenheit geschehen ist- ernsthaft mit der Begrenzung dieser Expansion beschäftigen (und nicht nur auf rhetorische Weise).

Kurzum sollte es das grundlegende Ziel der Geldpolitik sein, die Banken den traditionellen Prinzipien des Zivil- und Handelsrechts zu unterwerfen, nach denen jedes Individuum und jedes Unternehmen gewisse Obligationen (eine 100-prozentige Reservepflicht) unter strikter Befolgung der in jedem Vertrag vereinbarten Bedingungen erfüllen muss.

Gleichzeitig müssen wir dem Großteil der Literatur, die auf die Veröffentlichung von Hayek's Buch, *Die Entnationalisierung des Geldes*, in den späten siebziger Jahren folgte und ein Modell einer teilgedeckten Bankfreiheit verfolgte, kritisch gegenüber stehen. Die wichtigste Schlussfolgerung, die aus all dieser Literatur zu ziehen ist, ist, dass diese Autoren zu oft nicht erkennen, dass sie häufig die alten Fehler der Banking Schule begehen. Wie wir in Kapitel 8 erklärt haben, trifft dies auf die Werke von White, Selgin und Dowd zu. Es nichts schlechtes daran, dass sie auf die Vorteile eines Interbankenclearingsystem in Hinsicht auf die Selbstkontrolle der Kreditausweitung und darauf hinweisen, dass in diesem Sinne ihr System bessere Resultat produzieren würde als das gegenwärtige Zentralbankensystem, wie es ursprünglich Ludwig von Mises heraus gestellt hat. Jedoch ist eine teilgedeckte Bankfreiheit immer noch nur eine zweitbeste Lösung, welche ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Banken ausgelöst durch eine Welle exzessiven Optimismus nicht davon nicht verhindern könnte. In jedem Falle erkennen diese Autoren nicht, dass solange das Teildeckungsprivileg besteht, es in der Praxis unmöglich sein wird, auf eine Zentralbank zu verzichten. Kurzum ist, wie wir in diesem Buch gezeigt haben, der einzige Weg zur Eliminierung der zentralen Planungsbehörde auf dem Gebiet der Banken und des Kredits (der Zentralbank) die Beseitigung des Teildeckungsbankprivilegs, dessen sich private Bankiers gegenwärtig erfreuen. Dies ist eine notwendige Maßnahme. Jedoch ist sie nicht hinreichend. Zusätzlich muss die Zentralbank gänzlich abgeschafft und das von ihr bis heute geschaffene Zwangsgeld privatisiert werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass -wenn wir ein wahrhaft stabiles Geld- und Finanzsystem für das 21. Jahrhundert errichten wollen, ein System, das unsere Volkswirtschaften soweit als menschenmöglich vor Krisen und Rezessionen schützen wird- wir folgendes tun müssen: (1) eine vollkommene Wahlfreiheit der Währung basierend auf einem Metallstandard (Gold), der das gesamte in der Vergangenheit emittierte Zwangsgeld ersetzen würde, sicher stellen; (2) ein Bankfreiheitssystem einrichten; und am wichtigsten (3) darauf bestehen, dass alle Wirtschaftssubjekte, die im Bankfreiheitssystem involviert sind, den traditionellen Rechtsregeln und Prinzipien unterworfen sind und diese einhalten; vor allem das Prinzip, dass niemand, noch nicht einmal ein Bankier sich des Privilegs erfreuen kann, etwas zu verleihen, was ihm als Sichteinlage anvertraut worden ist (d.h. wir müssen auf einem Bankfreiheitssystem mit einer 100-prozentigen Reservepflicht bestehen).

Bis die Spezialisten und die Gesellschaft im Allgemeinen die grundlegenden theoretischen und

rechtlichen Prinzipien, die mit dem Geld, dem Bankkredit und den Konjunkturzyklen verbunden sind, gänzlich begreifen, können wir realistischere weiteres Leid in der Welt als Folge der schädigenden Wirtschaftsrezessionen erwarten, welche unvermeidbar und fortwährend auftauchen werden, solange die Zentralbanken nicht die Macht verlieren, Papiergeld als gesetzliches Zahlungsmittel zu emittieren, und die Bankiers nicht ihr von den Regierungen gewährtes Privileg einbüßen mit einer Teildeckung zu operieren. Wir können das Buch nun, so wie wir es begonnen haben, mit dieser Feststellung abschließen: Jetzt da wir den historischen Fall des Sozialismus in Theorie und Praxis gesehen haben, wird es die größte Herausforderung in diesem neuen Jahrhundert für professionelle Ökonomen und Freiheitsfreunde sein, ihre gesamte intellektuelle Kraft darauf zu verwenden, sich der Institution der Zentralbank und dem von den Privatbankiers genutzten Privileg entgegen zu stellen.